



20.090

Organspende fördern – Leben retten.**Volksinitiative.****Transplantationsgesetz.****Änderung****Pour sauver des vies****en favorisant le don d'organes.****Initiative populaire.****Loi sur la transplantation.****Modification***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.21 (FORTSETZUNG - SUITE)

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): In der allgemeinen Aussprache beraten wir auch den Antrag der Minderheit Amaudruz zur Abstimmungsempfehlung sowie den Antrag von Siebenthal auf Nichteintreten auf den indirekten Gegenvorschlag.

Wasserfallen Flavia (S, BE), für die Kommission: Wir nehmen heute das Thema der Organspende wieder auf, nachdem sich das Parlament zuletzt 2015 mit diesem Thema beschäftigt hat. Die Organspende, die persönliche Spendebereitschaft, die Organentnahme und damit verbunden auch die Auseinandersetzung mit dem Tod sind sehr sensible Themen. Die verschiedenen Haltungen dazu sind denn auch geprägt durch persönliche Erfahrungen, persönliche Einstellungen oder religiöse Bezüge.

Warum diskutieren wir heute über die Organspende? Einerseits zwingt uns eine eingereichte Volksinitiative dazu. Auf der anderen Seite ist weitgehend unbestritten, dass die heutige Situation bei der Organspende unhaltbar ist. In der Schweiz fehlen lebensrettende Organe. 2019 befanden sich über 1400 Menschen auf der Warteliste für ein passendes Organ, darunter auch Kinder. Im gleichen Jahr sind 46 Menschen gestorben, weil nicht rechtzeitig das passende Organ gefunden werden konnte. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren leider eher noch verschlechtert. Die Zahl der Organspenderinnen und -spender in der Schweiz lag 2020 mit 146 Spenden rund 7 Prozent tiefer als im Jahr zuvor. Die Warteliste wird länger und damit verbunden auch die Wartezeit für die betroffenen Menschen.

Ihre Kommission hat sich für diese notwendige Diskussion Zeit genommen, um mit dem sensiblen Thema mit dem nötigen Respekt, mit der notwendigen Ausführlichkeit und würdevoll umzugehen. Eingestiegen ist Ihre Kommission mit breiten Anhörungen am 14. Januar 2021, an denen nebst dem Initiativkomitee auch die Religionsgemeinschaften, die Nationale Ethikkommission, die Ärzteschaft, der Berufsverband der Pflegefachpersonen, Patientinnen- und Patientenorganisationen sowie Swisstransplant ihre unterschiedlichen Haltungen zur Organspende und selbstverständlich insbesondere zum diskutierten Widerspruchsmodell geäußert haben.

Ihre Kommission hat die Initiative sowie den indirekten Gegenvorschlag, der Änderungen des Transplantationsgesetzes vorsieht, gemeinsam behandelt, wobei zuerst die Detailberatung zum indirekten Gegenvorschlag vorgenommen wurde. Die Abstimmung über die Empfehlung zur Volksinitiative wurde dann am Ende der Detailberatung vorgenommen. Wir werden heute hier im Rat gleich verfahren: Wir diskutieren in einer ersten allgemeinen Debatte den Entwurf 2, den indirekten Gegenvorschlag, und den Entwurf 1, die Volksinitiative, und behandeln anschliessend die Blöcke 1 und 2.

Der Aktionsplan "Mehr Organe für Transplantationen" wurde 2013 vom Bundesrat mit dem Ziel lanciert, die Spenderate angesichts der tiefen Organspendezahlen bis Ende 2018 auf 20 Spenden pro Million Einwohnerinnen und Einwohner zu steigern. Die einzelnen Massnahmen des Aktionsplans, die insbesondere auch



organisatorische und strukturelle Massnahmen beinhalten, wurden basierend auf den guten Erfahrungen von Ländern mit hoher Spenderate ausgearbeitet. Der Aktionsplan umfasste vier Handlungsfelder: die Ausbildung des medizinischen Fachpersonals, die Verbesserung der Prozesse und des Qualitätsmanagements, die Verbesserung der Strukturen und Ressourcen in den Spitälern und zuletzt, selbstverständlich, eine breite Bevölkerungskampagne und eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit.

Die eingeführten Massnahmen haben zunächst eine positive Entwicklung ausgelöst. Dennoch wurde das Ziel von 20 postmortalen Organspenden pro Million Einwohnerinnen und Einwohner nicht erreicht. Seit drei Jahren – ich habe es erwähnt – stagnieren die Zahlen oder gehen gar zurück. In der Schweiz herrscht nach wie vor ein Mangel an Organen, die für Transplantationen zur Verfügung stehen. In der Kommission war weitgehend unbestritten, dass der Status quo nicht befriedigend ist und es Anstrengungen für eine höhere Spenderate braucht. Das widerspiegelt sich denn auch im einstimmigen Eintreten auf den indirekten Gegenvorschlag.

Was gilt heute? Heute gilt in der Schweiz die sogenannte Zustimmungslösung. Das heisst, für die Zulässigkeit der Organentnahme muss die verstorbene Person der Organentnahme zu Lebzeiten zugestimmt haben. Liegt keine derartige

AB 2021 N 835 / BO 2021 N 835

Zustimmung vor, kommt Artikel 8 Absatz 2 des Transplantationsgesetzes zur Anwendung. Dieser besagt: Liegt keine dokumentierte Zustimmung oder Ablehnung vor, sind die nächsten Angehörigen anzufragen, ob ihnen eine solche Äusserung bekannt ist. Wenn dies nicht der Fall ist, dürfen die nächsten Angehörigen anstelle der verstorbenen Person entscheiden und sollen dabei den mutmasslichen Willen der verstorbenen Person beachten.

Nun ist es so, dass diese Situation letztlich auch für die nächsten Angehörigen sehr belastend ist. Sie verlieren einen ihnen nahestehenden Menschen und müssen in kurzer Zeit einer Organentnahme bei dieser Person aktiv zustimmen. Das führt zu einer Ablehnungsrate von 60 Prozent. Das ist ein Problem. Dieser Wert der Ablehnung von 60 Prozent kollidiert stark mit der hohen Spendebereitschaft, die sich in regelmässigen Umfragen, die in der Bevölkerung durchgeführt werden, zeigt. Sie beträgt nämlich bis zu 80 Prozent. Das heisst nichts anderes, als dass die Angehörigen eine Organentnahme regelmässig ablehnen, obwohl die verstorbene Person wahrscheinlich einverstanden gewesen wäre.

Welches Modell führt uns nun zum Ziel, welche Massnahmen sind die richtigen? Wir haben – ich habe es erwähnt – auf der einen Seite die Volksinitiative "Organspende fördern – Leben retten". Sie wurde von verschiedenen Einzelpersonen lanciert und am 22. März 2019 eingereicht. Sie möchte in Artikel 119a der Bundesverfassung zur Transplantationsmedizin einen neuen Absatz 4 einfügen. Dieser sieht einen Wechsel von der heute geltenden Zustimmungs- hin zur Widerspruchslösung vor. Bei Annahme der Initiative wäre jede Person in der Schweiz im Todesfall Organspenderin oder Organspender, sofern sie zu Lebzeiten nicht ihren Widerspruch geäussert hat.

Ihre Kommission hat mit 11 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen Zustimmung zur Volksinitiative "Organspende fördern – Leben retten" beschlossen. Die Zustimmung erfolgte auch als Bekräftigung für den Handlungsbedarf und für die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Systemwechsels von der Zustimmungsregel zur Widerspruchslösung. Aber die Volksinitiative geht einer grossen Minderheit der Kommission zu weit, weil sie die Rolle der nächsten Angehörigen nicht explizit berücksichtigt und somit für sie ethisch nicht vertretbar ist. Wir werden die Rolle der Angehörigen im Block 1 diskutieren. Ein Teil der Minderheit zieht vor, dass wir bei der Zustimmungsregel bleiben und diese durch das Erklärungsmodell in Artikel 7a verstärken, das auch zur Diskussion steht.

Ich komme nun zum indirekten Gegenvorschlag. Wie gesagt, Eintreten war unbestritten und ist einstimmig erfolgt. Das betone ich auch mit Blick auf den Einzelantrag von Siebenthal. Eine Beibehaltung des Status quo war für die Kommission keine Option. Der indirekte Gegenvorschlag sieht nun die Einführung einer sogenannten erweiterten Widerspruchslösung vor. Wer nach seinem Tod keine Organe spenden möchte, soll dies neu festhalten müssen. Liegt kein dokumentierter Wille der verstorbenen Person vor, sollen die nächsten Angehörigen angefragt werden. Wenn sie deren Willen nicht kennen, dann können sie selber noch Widerspruch einlegen; aber man geht in diesem Fall von einer Entnahme aus.

Diese Lösung hat sich auch in Ländern wie Frankreich, Italien, England oder Holland durchgesetzt. Deutschland kennt noch die Zustimmungsregel. Aber wir haben, auch durch wissenschaftliche Untersuchungen, mehr und mehr die Erkenntnis gewonnen, dass ein sogenanntes Widerspruchsmodell die Spenderate erhöht. Ihre Kommission ist der Grundlogik des bundesrätlichen Gegenvorschlages für eine erweiterte Widerspruchslösung ohne Kombination mit einer Erklärungsregel gefolgt; das sehen wir dann noch. In der Gesamtabstimmung hat Ihre Kommission mit 17 zu 5 Stimmen ohne Enthaltungen dem Gegenentwurf zugestimmt.



Ich weise zuletzt noch auf die Verbindungs- und Alternativklausel im Gesetz hin. Damit wird der indirekte Gegenvorschlag zum Gesetz und wird im Bundesblatt publiziert, sobald die Volksinitiative zurückgezogen oder abgelehnt wird. Es gibt ja – zumindest konnten wir das lesen und in der Kommission auch so hören – starke Anzeichen dafür, dass die Initiantinnen und Initianten die Initiative möglicherweise zurückziehen, wenn der Gegenvorschlag, so wie er vorgeschlagen wurde, verabschiedet wird.

Nantermod Philippe (RL, VS), pour la commission: "On trouve des chercheurs qui cherchent, on cherche des chercheurs qui trouvent." Cette phrase caustique adressée par le général de Gaulle à la recherche scientifique vaut malheureusement aussi pour les personnes qui cherchent aujourd'hui un organe.

Fin 2019, lorsque l'initiative populaire a été déposée, 1415 personnes en Suisse figuraient sur la liste d'attente pour recevoir un ou plusieurs organes. A ce moment, 582 patients avaient bénéficié d'une greffe et 46 étaient malheureusement décédés, faute d'avoir pu bénéficier à temps d'une transplantation. Si l'un des défis majeurs consiste à augmenter le nombre de donneurs, il n'est pas le seul. On estime que durant les cinq dernières années, environ 330 personnes sont mortes faute d'organes trouvés à temps. La Suisse souffre d'un manque de donneurs d'organes. Ce sont surtout des personnes qui souffrent de ce manque. C'est un fait. Un fait qui coûte des vies humaines.

Le plan d'action "Plus d'organes pour des transplantations" a été lancé en 2013 par le Conseil fédéral en raison de ce faible nombre de donneurs d'organes. L'objectif était de porter le nombre de dons à vingt dons par million d'habitants d'ici à fin 2018. Les différentes mesures prévues par le plan d'action reposaient sur l'expérience de pays présentant un taux de dons élevé, qui ont investi principalement dans des mesures d'ordre organisationnel et structurel.

Les mesures mises en oeuvre ont eu des effets positifs. Les donneurs potentiels sont aujourd'hui mieux identifiés. Les processus et les structures des hôpitaux ont par ailleurs été améliorés. L'objectif de vingt dons par million d'habitants n'a toutefois pas été atteint. Malgré les succès du plan d'action, les organes manquent toujours en Suisse et de nombreuses personnes n'ont pas pu recevoir d'organe à temps. Chaque cas est tragique.

Le 22 mars 2019, la Jeune chambre internationale Riviera a déposé l'initiative populaire "pour sauver des vies en favorisant le don d'organes", munie de 112 000 signatures valables.

Trois modèles s'opposent dans le domaine du don d'organes. Le premier est celui qui est actuellement appliqué en Suisse, soit le modèle dit du consentement explicite. Le don d'organes n'existe que s'il est consenti du vivant de la personne. Si cette personne n'a pas exprimé sa volonté, les proches sont alors consultés.

Les auteurs de l'initiative proposent d'ajouter un alinéa 4 à l'article 119 de la Constitution, qui traite de la médecine transplantatoire, afin d'introduire le consentement présumé au sens strict. Celui-ci implique que toute personne qui ne s'est pas déclarée opposée au don d'organes est considérée comme donneuse.

Dans le contre-projet soutenu par le Conseil fédéral c'est une version atténuée de ce consentement au sens strict, que l'on appelle le consentement présumé au sens large qui est proposée. Le contenu de l'initiative y est repris avec, en plus, un droit de veto dans les mains des proches.

A ces trois modèles s'ajoute encore un quatrième qui n'est pas incompatible avec le précédent. C'est le modèle dit de la "déclaration", qui vise à pousser, inciter les gens, à déclarer autant que faire se peut s'ils sont favorables ou défavorables au don d'organes, en ce qui les concerne. Le consentement présumé est devenu la norme dans la plupart des pays qui nous entourent; c'est le cas en France, en Italie, aux Pays-Bas, et depuis peu au Royaume-Uni. Souvent, un registre permet de consigner les refus.

En revanche, l'Allemagne a conservé le principe du consentement explicite, comme c'est aujourd'hui encore le cas en Suisse.

Une large majorité de la population suisse, environ 80 pour cent, est favorable au don d'organes. Au moment difficile du choix toutefois, du passage à l'acte, le don devient difficile pour les proches qui n'ont, passez-moi l'expression, pas la tête à cela. Les expériences étrangères ont montré que le consentement présumé permettait d'augmenter le taux de

AB 2021 N 836 / BO 2021 N 836

dons d'organes. Les cinq pays affichant les taux de dons les plus élevés ont tous adopté le principe du consentement présumé.

Ainsi, en comparaison avec les autres pays, l'Allemagne et la Suisse affichent les taux de dons les plus faibles, et c'est malheureux.

Le but de l'initiative et du contre-projet qui vous sont proposés est d'offrir une solution qui encourage le don d'organes et libérera les proches du poids de décider à la place du défunt.



Le 14 janvier 2021, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national a procédé aux auditions des milieux concernés par l'initiative, notamment le comité d'initiative, les milieux médicaux et les milieux religieux.

Une proposition individuelle von Siebenthal vous est soumise aujourd'hui concernant le contre-projet, l'entrée en matière concernant l'initiative étant acquise de plein droit. L'auteur de cette proposition exige un vote populaire sur la question et considère que, vu que les initiants ont déclaré en substance être disposés à retirer l'initiative, il se justifiait de ne pas lui opposer de contre-projet et d'aller en votation.

En commission, l'entrée en matière sur le contre-projet n'a été combattue par personne.

Au final, la commission vous propose un contre-projet indirect qui reprend le consentement présumé avec un droit de veto des proches et un registre des déclarations. Le principe sera de rendre possible le prélèvement des organes d'une personne décédée, sauf si la personne décédée s'y est opposée de son vivant en inscrivant sa déclaration dans le registre, ou si ses proches, en se fondant sur l'opinion de cette dernière, s'y opposent. La minorité Amaudruz propose de recommander de rejeter l'initiative populaire.

Par 11 voix contre 10 et 2 abstentions, une petite majorité de la commission a décidé de soutenir également l'initiative populaire. Il convient à ce sujet de souligner que, selon les propos des initiants – qui doivent encore être confirmés publiquement –, le contre-projet tel qu'il est proposé justifierait un retrait de l'initiative populaire. Un certain nombre de propositions individuelles seront débattues, notamment pour la solution de la déclaration en plus du consentement présumé. Les opposants au principe du consentement présumé s'inquiètent principalement, de leur côté, de potentielles dérives d'un tel système. Dérives qui n'ont pas été constatées à l'étranger – faut-il le souligner? Mais de quelles dérives parle-t-on? Quels sont les risques?

Le risque qu'une personne décédée qui n'avait pas fait part de son avis voie ses organes prélevés? S'il vous importe que l'on ne prélève pas vos organes, vous pourrez le dire à vos proches, vous pourrez l'inscrire dans un registre. C'est simple. A défaut, on peut douter de la gravité de la dérive, du dérapage.

Mais, à l'inverse, une autre dérive se produit souvent aujourd'hui, celle conduisant à ce que l'on ne prélève pas les organes d'une personne qui était favorable au don. Lorsque l'on sait que 80 pour cent des Suisses sont en faveur du don d'organes, il est évident que cela arrive tous les jours. Or, les conséquences de cette dérive-là sont beaucoup plus graves. Lorsque l'on ne prélève pas l'organe d'un mort qui voulait en faire don, il peut arriver qu'on laisse mourir une autre personne. Une cinquantaine de personnes, pour être précis, chaque année en Suisse. Et ce sont souvent des enfants.

Ainsi, dans cette pesée d'intérêts, entre deux dérives, nous devons choisir entre sauver les morts et sauver les vivants. Et la majorité de la commission a choisi la solution qui préserve la vie.

Präsidentin (Kälin Irène, erste Vizepräsidentin): Frau Amaudruz spricht zum Antrag ihrer Minderheit und auch für die SVP-Fraktion.

Amaudruz Céline (V, GE): L'initiative dont nous allons parler aujourd'hui n'est pas une question de gauche ou de droite, d'hommes ou de femmes. Les questions qui nous sont posées sont finalement assez simples: voulons-nous sauver des vies? La réponse, je pense, est clairement oui. Est-on pour le don d'organes? La réponse, à mon sens, est également oui. Il est donc de notre devoir de trouver une solution permettant d'avoir plus de donneurs sans pour autant aller à l'encontre de l'opinion de certains citoyens qui verraient une atteinte à leur intégrité, à leur autodétermination.

La pénurie d'organes en Suisse est avérée. Les mesures susceptibles de lutter contre cette pénurie sont donc à saluer. Le don d'organes est sans doute le geste ultime le plus généreux qu'il soit possible de faire. C'est un acte altruiste majeur d'autant plus méritoire qu'il est désintéressé. Au seuil de la mort, une personne permet à une autre, ou même à plusieurs, de surmonter une pathologie et de retrouver leur vie d'avant. Le geste n'est pourtant pas anodin. De nombreux facteurs pèsent dans la prise d'une pareille décision. Les considérations religieuses, personnelles, familiales s'affrontent. Il peut arriver qu'au terme de la réflexion, le choix de refuser de donner ses organes s'impose. On pourrait qualifier cette détermination d'égoïste, mais nous touchons à la sphère la plus intime de la personne, son corps et les éléments qui le constituent. Chacun doit pouvoir décider pour lui-même, sans pression, sans jugement.

Les mesures pour lutter contre la pénurie doivent respecter les principes éthiques reconnus. Dans le cas du don d'organes, le droit du donneur à l'autodétermination et à l'intégrité physique doit être respecté dans tous les cas. Le droit à l'autodétermination est respecté si le donneur d'organes a donné son consentement. La solution purement contradictoire repose sur l'hypothèse que tout donneur potentiel d'organes a en principe consenti au don, sauf s'il s'y est expressément opposé.

Une telle hypothèse n'est pas forcément justifiable. L'absence d'opposition peut être due à un manque d'in-



formation sur les règles relatives au don d'organes, à l'oubli d'inscrire son nom dans le registre ou au fait de ne pas avoir abordé le sujet. L'absence d'objection ne peut donc pas être automatiquement assimilée à un consentement.

Le groupe UDC souhaite que la médecine puisse disposer d'un nombre de donneurs suffisant pour répondre aux besoins des patients en attente et salue l'intention des initiants, mais souhaite donner une plus grande place à la décision personnelle par le biais de la déclaration préalable dite solution de la déclaration. Nous désirons favoriser le choix personnel avant le principe selon lequel qui ne dit mot consent. La déclaration préalable libère les proches de la décision et assure le respect de la volonté ainsi clairement exprimée.

Répétons-le, il n'y a pas plus beau geste que de permettre à d'autres de retrouver une vie normale alors qu'on quitte la sienne. Les personnes qui ont bénéficié d'une telle générosité le savent. Celles qui ont vu un proche s'en aller faute de donneurs aussi. Il n'y a sans doute pas d'attente plus douloureuse que celle d'un organe. Finalement, c'est le hasard qui décide. Un donneur compatible se présente, c'est la vie; il n'y en a pas, c'est la mort.

Résumé de pareille manière, le don d'organes devrait aller de soi. Ce n'est pourtant pas le cas compte tenu de ce que je viens d'évoquer. Nous nous trouvons ainsi en présence de trois cas de figure. Le premier, c'est le plus simple: la personne a fait part de son accord, sa volonté est mise en oeuvre. Dans ce cas, la déclaration préalable lève les éventuels doutes. La situation est claire.

La deuxième possibilité, c'est le cas où la personne ne s'est pas déterminée de son vivant. Faute d'opposition, on part du principe qu'elle accepte de donner ses organes, mais il faut solliciter l'avis des proches, ce qui peut prendre du temps alors qu'il y a urgence. Le consentement présumé facilite la procédure, mais ce n'est pas encore la garantie d'un résultat positif.

Pour terminer, dans le cas où le choix exprimé est de refuser tout don d'organes, une nouvelle fois, la situation est claire, la volonté de la personne est respectée. Dans ce dernier cas, la cohérence voudrait que le refus soit valable dans les deux sens, aussi bien pour le donneur que pour le receveur, mais ce n'est pas encore l'objet de ce débat.

Nous ne résoudrons pas les mystères de la vie au moyen d'une simple loi, mais nous pouvons nous assurer que la médecine puisse donner sa pleine mesure, dans les meilleures

AB 2021 N 837 / BO 2021 N 837

conditions. Avec une solution d'objection étroite, des cas seraient concevables dans lesquels des dons d'organes auraient lieu alors qu'aucun consentement n'aurait été réellement donné, ce qui ne serait pas compatible avec le droit à l'autodétermination. La solution de l'objection étroite doit donc être rejetée – je parle ici de l'initiative.

C'est la raison pour laquelle je vous recommande, au nom du groupe UDC, de recommander le rejet de cette initiative.

Selon une opinion répandue, le droit à l'autodétermination peut être respecté si la volonté présumée de la personne décédée peut être établie. On parle de l'objection dite élargie qui est proposée par le Conseil fédéral. On peut considérer que cette proposition tient compte de cette circonstance, dans la mesure où les proches doivent être associés à la décision. L'implication des proches est un moyen de s'assurer que les souhaits présumés de la personne soient respectés. En cas de consentement ou d'opposition, les proches doivent toujours fonder leur décision sur la volonté présumée de la personne. Le contre-projet du Conseil fédéral peut répondre aux attentes de certains.

Force est de constater qu'il y a quand même des personnes qui s'opposent très sérieusement à cette proposition. Dans un esprit constructif et pour pouvoir garantir le don d'organes, il est de notre devoir, au sein de ce Parlement, de proposer une alternative respectant l'autodétermination.

C'est la raison pour laquelle je vous remercie encore de soutenir le contre-projet indirect en y ajoutant la solution de la déclaration.

Pourquoi? Le donneur potentiel choisit en toute responsabilité, par suite d'une réflexion intime, de faire don de ses organes au cas où ces circonstances se présenteraient. Cette façon de faire s'inscrit dans une vision libérale de l'individu, considérant la personne comme responsable et apte à décider de son destin durant la vie et au moment de la quitter.

Si j'insiste sur cette solution de déclaration, c'est parce qu'il y a énormément d'oppositions, ne serait-ce qu'au niveau du contre-projet. Comme je l'ai dit en introduction, il ne s'agit pas d'une question de débat gauche-droite, ou homme-femme, c'est une question liée au fait de pouvoir respecter toutes les solutions et les envies des citoyennes et citoyens de ce pays.

Les initiants l'ont dit: avec la solution de la déclaration, ils retirent également leur initiative. La déclaration



préalable évite toute perte de temps dans une situation où chaque seconde compte, la vie et la mort se jouant au chronomètre. En résumé, la déclaration préalable permet à chacun de faire part de sa décision sans la moindre équivoque; elle décharge les proches d'un choix difficile à un moment pénible et elle facilite la transplantation en évitant tout retard.

Pour toutes ces raisons, le groupe UDC – ou du moins une partie du groupe, car, vous l'avez entendu, certains d'entre nous ne souhaitent pas soutenir le contre-projet – vous invite à ancrer ce principe dans le texte, ceci afin d'assurer les meilleures chances de survie dans ce genre de situations.

Feri Yvonne (S, AG): Offenbar steht die Bevölkerung der Organspende mehrheitlich positiv gegenüber. Dennoch äussern nur wenige die Bereitschaft zur Spende explizit. In der Folge tragen die Angehörigen der verstorbenen Person die Last der Entscheidung, und letztlich stehen nicht genügend Organe zur Verfügung, um Leben zu retten. So sterben jährlich unnötig Menschen, darunter auch Kinder, weil Spenderorgane fehlen.

Die Volksinitiative sieht einen Wechsel von der heute geltenden Zustimmungslösung hin zur Widerspruchslösung vor: Bei Annahme der Initiative wäre jede Person in der Schweiz im Todesfall Organspenderin oder Organspender, sofern sie zu Lebzeiten nicht ihren Widerspruch geäussert hat. Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, weil der Initiativtext eine enge Widerspruchslösung vorsieht und die Rolle der nächsten Angehörigen nicht explizit berücksichtigt. Für den Bundesrat ist das ethisch nicht vertretbar.

Aus diesem Grund stellte er der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Dieser sieht die Einführung einer erweiterten Widerspruchslösung vor: Wer nach seinem Tod keine Organe spenden möchte, soll dies neu festhalten müssen. Liegt kein dokumentierter Wille der verstorbenen Person vor, sollen die nächsten Angehörigen aktiv angefragt werden und unter Berücksichtigung des mutmasslichen Willens der verstorbenen Person über die Spende entscheiden können. Die Kommission hat in der Folge den Gegenvorschlag beraten, über den wir jetzt diskutieren.

Folgende Gründe sprechen für den Gegenvorschlag und stehen der Initiative kritisch gegenüber: Eine Regelung, wie sie die Initiative will und die sich nicht zur Rolle der Angehörigen äussert, hat klare Nachteile. Ob es sich bei einem fehlenden Widerspruch um die Wahlfreiheit der betroffenen Person und somit um eine Zustimmung handelt, wissen wir letztlich nicht. Eine nicht geäusserte Zustimmung lässt Interpretationsspielraum offen und bewirkt Unsicherheit über den wirklichen Willen der verstorbenen Person. Es kann verschiedene Gründe für einen fehlenden Eintrag im Widerspruchsregister geben: Man ist nicht informiert über das Register; man vergisst oder verdrängt es, sich mit diesem existenziellen Thema auseinanderzusetzen. Zentral ist die Respektierung des geäusserten Willens der verstorbenen Person. Das öffentliche Interesse an einer Erhöhung der Zahl der Spenderorgane und die allfällige Einführung einer neuen Regelung müssten mit einer regelmässigen und umfassenden Information der Bevölkerung ergänzt werden. Der Gegenvorschlag nimmt diese wichtigsten Punkte auf, entlastet die Angehörigen und sorgt dafür, dass der Wille des Verstorbenen tatsächlich umgesetzt wird.

Wir sprechen bei diesem Geschäft über sehr wichtige, aber auch sehr heikle und persönliche Fragen. Jeder Mann und jede Frau soll und muss sich künftig damit auseinandersetzen, was nach dem Tod mit den eigenen Organen geschehen soll. Dürfen diese entnommen werden, um anderen Menschen zu helfen, ja gar um Leben zu retten? Oder möchte jemand darauf verzichten? Es ist gut, dass jede Person selber diese Fragen beantworten muss, denn bis anhin haben mehrheitlich die Angehörigen eine grosse Verantwortung getragen. Das muss sich unbedingt ändern.

Mit diversen Anträgen der SP-Delegation wurden Bedürfnisse verschiedener Kreise aufgenommen, sodass nicht nur ein Widerspruch, sondern auch eine explizite Zustimmung im Spendenregister festgehalten wird. Das gibt die Möglichkeit, den Willen noch genauer festzuhalten und ein allfälliges Veto der Angehörigen zu verhindern. Auch konnte mit unseren Anträgen aufgegleist werden, dass Swisstransplant auch in Zukunft das Organspendenregister führen wird.

Die Mitglieder der SP-Fraktion werden bei der Initiative unterschiedlich abstimmen, der Gegenvorschlag wird durch unsere Fraktion grossmehrheitlich unterstützt. Unser Ziel ist klar: Wir brauchen mehr Spenderorgane, um Leben zu retten. Dafür brauchen wir eine ausführliche und klare gesetzliche Grundlage. Die SP-Fraktion ist bereit dazu.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): En 2020, 72 personnes inscrites sur la liste d'attente sont décédées en Suisse. Parmi ces 72 personnes, les plus jeunes avaient respectivement 8 mois, 6 ans et 18 ans. L'âge moyen des personnes décédées était de 57 ans. Depuis 2016, 335 personnes sont décédées parce qu'il n'y avait pas d'organes disponibles.

C'est la dure réalité du manque d'organes que nous avons dans notre pays, dans un pays qui pourtant connaît



des sondages records quant au soutien au don d'organes. Le rapporteur, Philippe Nantermod, a rappelé qu'entre 78 et 80 pour cent des gens se déclarent favorables au don d'organes. Malheureusement, et toute la difficulté est là, au moment où il faut que ce don d'organes se fasse, les taux de refus montent à près de 60 pour cent. Ce n'est pas parce que les gens sont tout à coup contre le don d'organes, mais parce que trop souvent les proches ne savent pas ce que la personne décédée aurait pensé du don d'organes, parce que cette information manque.

Donc, dans le système actuel, ce sont les proches qui doivent décider à la place de la personne décédée. Mais cette responsabilité est extrêmement lourde. Elle doit en plus être prise à un moment particulièrement tragique et difficile. Donc, malheureusement, dans le doute, beaucoup de proches renoncent au don d'organes parce qu'ils se sentent dans la posture de devoir décider à la place de quelqu'un d'autre.

AB 2021 N 838 / BO 2021 N 838

L'initiative, comme le contre-projet, changent cette logique. Ils apportent une nouvelle approche pour les proches: ces derniers ne doivent plus décider à la place de la personne décédée, mais il leur est simplement demandé s'ils ont une information sur le fait que leur proche était contre le don d'organes. S'ils ont cette information, ils peuvent la transmettre et, dans ce cas, les organes ne seront pas prélevés. Les proches n'ont plus à décider à la place du défunt, ils peuvent s'exprimer pour essayer de donner une information qui manque aux personnes qui effectuent le prélèvement. Ce serait un immense soulagement pour les proches qui n'auraient ainsi plus à décider à la place de la personne décédée, mais simplement à indiquer s'ils connaissent la volonté du défunt.

Nous pensons que cette clarification peut amener à une baisse du taux de refus, et donc à une augmentation du nombre d'organes donnés, à davantage de vies sauvées, à moins de décès et à un moins grand nombre de jeunes qui meurent faute d'organes. Voilà la réalité de ce débat. Elle est simple et elle devrait nous amener à faire des changements importants.

J'ajoute pour terminer que la question éthique est importante. Mais, comme l'a très bien dit le rapporteur de commission, nous devons intégrer dans ce débat éthique la personne qui se trouve sur liste d'attente. Nous devons intégrer ces centaines de familles qui souffrent faute de pouvoir envisager un transfert d'organe. Il y a ceux qui meurent et il y a tous ceux qui craignent de mourir. Pour certains organes, le taux de mortalité des personnes se trouvant sur liste d'attente approche les 10 pour cent. Cela représente autant de centaines de personnes qui ont peur de la mort alors qu'une solution simple existe pour continuer à vivre. Dans le débat éthique, nous devons faire exister aussi la personne qui attend. Et, comme l'a aussi très bien dit le rapporteur de commission, le risque de prendre l'organe d'une personne qui n'a pas pensé utile d'exprimer son avis de son vivant existe, mais il existe aussi le risque de ne pas prélever un organe chez une personne qui aurait été favorable au don et qui aurait ainsi sauvé une vie. Ce risque-là doit peser dans le débat éthique et il pèse clairement en faveur de l'initiative ou du contre-projet.

Dans ce débat, le groupe socialiste sera partagé sur l'initiative. Il se prononcera presque unanimement en faveur du contre-projet et vous invitera à suivre les propositions de majorité en vous rappelant que, dans ce domaine, beaucoup de pays ont choisi la solution du consentement présumé et que c'est grâce à ces pays qui nous entourent que nous sauvons des vies d'enfants, de jeunes et d'autres personnes en Suisse, car nous importons des organes de ces pays qui ont accepté une solution que nous vous proposons de reprendre par solidarité avec l'ensemble de ceux qui attendent un organe pour continuer à vivre.

Lohr Christian (M-E, TG): Organspende ist etwas, das jede und jeden von uns etwas angeht, das jeden Einzelnen betrifft. Deshalb ist es ganz wichtig, dass der Wille der oder des Verstorbenen weiterhin immer im Vordergrund steht. Die eingereichte Volksinitiative will einen Automatismus einführen. Die Mitte-Fraktion kann dies nicht unterstützen und lehnt die Initiative mit einer deutlichen Mehrheit ab. Den indirekten Gegenvorschlag hingegen, den wir heute auch diskutieren, haben wir als einen Vorschlag erachtet, der dank der in der Kommission vorgenommenen Präzisierungen eine praktikable Lösung ist, die dem Problem der mangelnden Organspenden einigermaßen entsprechen kann.

Wir erachten den indirekten Gegenvorschlag als ethisch vertretbar. Es ist aber, und das möchte ich nicht verhehlen, nicht so, dass wir für diesen Gegenvorschlag von Anfang an Begeisterung empfunden haben. Unsere Fraktion und auch die Vertreterinnen der EVP haben anfänglich ganz klar den Wunsch geäußert, dass man der Nationalen Ethikkommission folgt und ein Erklärungsmodell prüft. Unsere beiden EVP-Vertreterinnen werden diesen Weg heute denn auch weitergehen.

Lassen Sie mich noch etwas spezifischer darauf eingehen: Die Organspende ist etwas äusserst Persönliches. Sie verlangt deshalb auch, dass man ihr mit höchster Sensibilität begegnet. Die Unversehrtheit des Körpers ist



in der Bundesverfassung geschützt. Das dürfen wir – gerade auch am heutigen Tag – nicht vergessen. So darf man auch einmal ganz deutlich festhalten, dass man den menschlichen Körper nicht einfach als Ersatzteillager für andere Menschen verstehen darf. Es ist dies aber, und das möchte ich auch ausdrücklich sagen, nicht ein Widerspruch zur Spendebereitschaft, die verbessert werden muss, damit mehr Leben gerettet werden können. Ethisch sind beide Haltungen zu akzeptieren.

Ich möchte namentlich auch sagen, dass mich ein Punkt schon in eine gewisse innerliche Zerrissenheit bringt, und zwar der Aspekt der Solidarität. Es ist richtig, dass wir handeln müssen. Es ist auch richtig, dass wir in dem Sinne handeln müssen, dass wir schauen, dass wir z. B. jungen Menschen, die erkrankt sind und ein neues Organ brauchen, Perspektiven und Hoffnung geben. Es ist auch wichtig, dass man Menschen unterstützen kann, die einen Unfall erleiden, um ihr Leben zu verlängern. Das möchten wir überhaupt nicht in Abrede stellen. Da braucht es Verbesserungsmassnahmen, das ist unbestritten.

Wir dürfen aber trotz allem, wenn wir in diesem Spannungsfeld drinstehen, nicht einfach den ethischen Kompass verlieren. Für uns ist klar: Jeder und jede muss sich irgendwann im Leben einmal mit dem Thema Organspende auseinandersetzen. Für uns ist deshalb die Idee des zentralen Registers etwas, das durchaus prüfenswert ist und bleibt. Eine Willensäusserung muss sein, und zwar von der Person selber, von Angehörigen oder – und das wird ja auch explizit im Gegenvorschlag aufgeführt – von Vertrauenspersonen. Uns ist es wichtig, dass ein Wille bekannt ist, der berücksichtigt werden soll, bevor man ein Organ entnimmt.

Das Anliegen, die Anzahl von Spenderorganen zu erhöhen, ist vielfältig zu stärken. Wir wissen, es ist ein Anliegen, das unsere Gesellschaft etwas angeht, bei dem wir alle auch unseren Beitrag leisten müssen. Ich habe vorhin erwähnt, dass wir durchaus überlegt haben, der Nationalen Ethikkommission und ihrem Erklärungsmodell zu folgen. Wir wollen deshalb vom Bundesrat explizit noch einmal wissen, weshalb man diesen Weg nicht weitergegangen ist und warum man – das muss man an dieser Stelle einbringen – die Nationale Ethikkommission quasi auch desavouiert hat. Die Antwort, welche wir in der Kommission dazu erhalten haben, ist, so meine ich, etwas dünn ausgefallen.

Das Thema Tod gehört zum Leben. Sprechen wir mehr darüber. Sprechen wir zur richtigen Zeit darüber. Schaffen wir es auch, die Würde des Menschen zu stärken, wenn wir frühzeitig über den Tod sprechen. Die klärenden Worte dann zu suchen und zu finden, kann von grossem Wert sein.

Weichelt-Picard Manuela (G, ZG): Haben Sie gewusst, dass fast 1500 Mitmenschen auf ein Organ und über 100 Menschen auf eine Niere warten? Haben Sie gewusst, dass 75 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer zwar für eine Organspende sind, aber ihren Willen nicht schriftlich festhalten? Haben Sie gewusst, dass über 60 Prozent der Angehörigen die Organspende verweigern, da sie den Willen der verstorbenen Person nicht kennen? Wenn wir keine Kehrtwende herbeiführen, werden 2021 die Transplantationsaktivitäten um 20 Prozent einbrechen, sodass die Anzahl Personen auf den Wartelisten um knapp 10 Prozent steigen wird.

Eine Transplantation ist und soll ein persönlicher Entscheid bleiben. Ob wir für oder gegen Organtransplantationen sind: Jeder Entscheid hat immer auch einen ethischen Aspekt. Für einmal geht es hier nicht um Parteipolitik. Wir respektieren jeden Entscheid, unabhängig davon, ob er für oder gegen die Organspende getroffen wird. Den Grünen ist jedoch wichtig, dass der Wille festgehalten wird. Den Grünen ist wichtig, dass die Behörden alles unternehmen, damit der Wille festgehalten wird. Der Tod gehört genauso wie die Geburt zu unserem Leben. Wir müssen uns damit anfreunden, dass wir alle irgendwann sterben. Wir sind deshalb gut beraten, zu Lebzeiten zu entscheiden, ob wir dann bereit sind, unsere Organe zu spenden, und zwar für Menschen, die damit noch einige Jahre leben können.

Angehörige sollen, wenn immer möglich, nicht für eine verstorbene Person entscheiden müssen. In einem emotional

AB 2021 N 839 / BO 2021 N 839

äusserst anspruchsvollen Zeitpunkt sollen die Angehörigen nicht noch mit dieser Entscheidung belastet werden. Es ist in unser aller Verantwortung, dass wir uns zu Lebzeiten mit der Organspende auseinandersetzen und unseren Willen festhalten. Wir sollten diesen schwierigen Entscheid nicht unseren Angehörigen überlassen.

Den Grünen ist der würdevolle Umgang mit Organtransplantationen wichtig. Der Abschied von einem sterbenden Menschen ist enorm wichtig. Wir haben auch ein übergeordnetes öffentliches Interesse, dass sich mehr Personen dazu bekennen, ihre Organe zur Verfügung zu stellen. Die Organspende soll nicht daran scheitern, dass man sich nicht damit befasst und seinen Willen nicht kundgetan hat.

Die grüne Fraktion ist für eine erweiterte Widerspruchslösung. Wir Grünen wollen ein einfaches und praktisches System. Es muss auch auf einfache Art möglich sein, seine Meinung im Laufe des Lebens zu ändern.



Die meisten Länder Europas haben heute Formen der Widerspruchslösung. Die Zeichen der Zeit sprechen für die Widerspruchslösung, sogar für eine erweiterte Widerspruchslösung, wie sie der Bundesrat beantragt und die SGK-N noch verbessert hat. Jüngst etwa hat auch Grossbritannien die Widerspruchslösung eingeführt und folgt damit Ländern wie Österreich, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal oder Belgien. Die Vorlage des Bundesrates ist nahezu unbestritten; das zeigt auch, dass in der Schweiz die Zeit für den nächsten Schritt reif ist.

Den Minderheitsantrag Herzog Verena lehnen wir ab. Über die Frage, wer ein Organ erhalten soll, soll nach Dringlichkeit entschieden werden und sicher nicht nach dem Kriterium, ob man selbst spendet oder nicht. Die Schwächsten sollen geschützt werden. Wer am dringendsten ein Organ braucht, soll es am schnellsten bekommen. Es gibt nicht wertvollere und weniger wertvolle Menschenleben. Die Grünen stehen für Solidarität mit denjenigen ein, die es am meisten brauchen.

Die grüne Fraktion beantragt Ihnen, den indirekten Gegenvorschlag mit den Anträgen der Mehrheit der SGK-N anzunehmen und auch der Initiative zuzustimmen. Besten Dank für Ihre Unterstützung – im Wissen darum, dass die Initiative bei Unterstützung des Gegenvorschlages, wie er von der SGK-N beantragt wird, zurückgezogen wird.

Herzog Verena (V, TG): Frau Kollegin Weichelt-Picard, wenn ich Ihnen zuhöre, dann stelle ich Folgendes fest: Eigentlich müssten Sie dem Erklärungsmodell zustimmen, wenn Sie wollen, dass die Leute wirklich am besten informiert werden. Aber das tun Sie ja nicht. Sie lehnen nun auch mein Reziprozitätsprinzip ab. Aber haben Sie meinen Antrag richtig gelesen? Erst an vierter Stelle kommt dieses zur Wirkung. Klar ist: Die Dringlichkeit geht vor. Der Zustand der Person geht vor. Die Wartefrist geht vor. Erst in einem vierten Punkt, in Buchstabe d, kommt dann das Reziprozitätsprinzip zur Anwendung.

Weichelt-Picard Manuela (G, ZG): Die grüne Fraktion wird den Antrag der Minderheit Nantermod unterstützen, wonach die Behörden verpflichtet sein sollen, dort, wo sie irgendwie können, die Leute darauf aufmerksam zu machen, dass sie ihren Willen festhalten. Den Antrag Ihrer Minderheit können wir Grünen, es tut mir leid, nicht unterstützen. Denn dort steht trotzdem im Hintergrund die Frage, wer wertvoller ist, wer eher ein Organ bekommen soll – und das können wir, liebe Kollegin, nicht unterstützen.

Porchet Léonore (G, VD): Dans le communiqué de presse de Swisstransplant le plus récent, on peut voir que, alors que les chiffres de transplantation étaient déjà bas et que les listes d'attente ne font que s'allonger depuis 2019, eh bien le nombre de donneurs en Suisse a encore diminué durant le premier trimestre de 2021. Si aucun changement de cap n'intervient en 2021, les activités de transplantation diminueront de 20 pour cent, et le nombre de personnes sur liste d'attente augmentera de près de 10 pour cent. Une hausse du nombre de patients recevant trop tard l'organe qui leur aurait sauvé la vie se profile.

Il faut rappeler que le don d'organes sauve des vies. Chaque jour, tous les jours, des enfants, des adultes survivent grâce à un don d'organes. La Suisse manque encore aujourd'hui d'organes destinés à la transplantation et cela coûte des vies. Il y a 1400 personnes en attente et 47 personnes auraient pu être sauvées en 2019, si elles avaient reçu suffisamment tôt un organe. Cela correspond à peu près à une vie par semaine.

Ce manque de dons est aussi lié à un chiffre: dans 60 pour cent des cas, les proches refusent le prélèvement d'organes de la personne défunte alors que 81 pour cent des Suissesses et des Suisses se prononcent en faveur du don d'organes. Alors, pour sauver des vies, il faut changer de paradigme, lever un tabou, affronter cette discussion éthique intéressante mais difficile, et présumer d'un consentement pour les défunts.

L'initiative offre une telle solution. Le principe de consentement présumé au sens strict consiste à considérer que si la personne n'a pas consigné dans un registre national son opposition au don d'organes, elle l'accepte. L'initiative garantit que toute personne pourra prendre position en toute autodétermination, et que cette décision sera connue de tous. En augmentant le nombre de dons d'organes, cette initiative serait réellement bénéfique et permettrait de sauver des vies.

Le Conseil fédéral considère, lui, que le texte de l'initiative soulève des problèmes éthiques en ne prenant pas en compte le rôle des proches. C'est donc bien de cela dont il est question aujourd'hui. La différence semble minime, mais elle est fondamentale parce que nous débattons aujourd'hui de trois variantes. La première, celle de l'initiative: le consentement est présumé, s'il n'y a pas d'opposition. La deuxième, celle du Conseil fédéral: le consentement est présumé mais l'opposition est possible de la part des proches, s'il n'y a aucune indication de la personne décédée à ce sujet. La troisième, celle des minorités Amaudruz, propose finalement un modèle très similaire à la situation actuelle, où on demande le refus, le consentement ou la volonté de ne pas se prononcer.

Cette question est éminemment éthique, cela a été dit et il faut le rappeler.



Il y a trois questions fondamentales. Est-ce que la possibilité de sauver une vie ne devrait pas l'emporter sur les convictions, les peurs, les doutes des proches? Est-ce que, éthiquement, il est mieux de sauver une vie, ou de préserver la volonté supposée de la personne décédée? Et puis est-ce qu'on peut ainsi s'asseoir sur les angoisses existentielles que pourraient éprouver les proches en cas de prélèvement d'organes contre la volonté ou les croyances d'un défunt?

A titre personnel, je réponds très clairement à ces questions en disant que les familles, les connaissances, les proches des personnes malades qui attendent un organe sont au moins aussi importants que les proches, les connaissances de la personne défunte, et qu'en plus cela permet de sauver des vies. Aucune religion, aucune conviction ne devrait placer l'intégrité d'un corps avant la vie d'une personne encore parmi nous.

Le groupe des Verts n'est pas unanime quant aux réponses à donner. Il ne votera pas d'un bloc. La majorité des membres du groupe est acquise à la proposition contenue dans l'initiative, mais soutiendra le contre-projet du Conseil fédéral, qui laisse une place aux proches. Une petite partie du groupe préfère être très attentive aux risques relatifs aux libertés religieuses et soutiendra le modèle de la minorité Amduruz.

Dans tous les cas, le groupe des Verts soutiendra toutes les mesures permettant d'augmenter le nombre de dons d'organes, telles que le renforcement du rôle des coordinateurs locaux et une large campagne d'information nationale sur le don d'organes. Mais cela a déjà été fait. Il faut maintenant une politique nouvelle et, donc, la majorité du groupe des Verts soutient le contre-projet, car cela permettra un accueil favorable de ce changement législatif indispensable.

Et, en attendant, la majorité du groupe des Verts soutiendra l'initiative populaire tant la situation actuelle est insatisfaisante et face à une urgence qui pose une question de vie ou de mort.

AB 2021 N 840 / BO 2021 N 840

Sauter Regine (RL, ZH): Die Thematik, die wir heute behandeln, ist nicht neu. Das Parlament hat sich bereits mehrfach mit der Frage befasst, wie die Zahl der Organspenden in der Schweiz erhöht werden kann. Die Thematik hat aber leider auch nicht an Aktualität eingebüsst. Die Schweiz ist nämlich eines der Länder mit den tiefsten Organspenderaten in Europa. Die Wartelisten mit Personen, die dringend auf ein lebensretendes Organ angewiesen sind, sind lang. Immer wieder sterben Menschen, weil innert nützlicher Frist kein passendes Spenderorgan gefunden werden konnte. Letztes Jahr ging die Zahl der Organspenden sogar zurück. Es zeichnet sich ab, dass sich dieser Trend im laufenden Jahr fortsetzt, was offenbar eine Auswirkung der Corona-Situation ist.

Befremdlich ist diese Ausgangslage aber auch deshalb, weil aus Befragungen bekannt ist, dass die Schweizer Bevölkerung gegenüber der Organspende sehr positiv eingestellt ist: Zwischen 80 und 90 Prozent der Befragten sprechen sich für die Organspende aus. Allerdings besteht das Problem, dass von diesen Personen keine Willensäusserung dokumentiert ist. Es ist im konkreten Fall nicht bekannt, wie sich ein Verstorbener zu Lebzeiten zur Frage einer Organtransplantation gestellt hat. Zu vielen Menschen ist nicht bewusst, dass sie heute von sich aus tätig werden müssen, wenn sie als Organspender gelten wollen. Stattdessen müssen Angehörige am Bett in der Intensivstation stellvertretend einen Entscheid fällen – in einer Situation also, in der die meisten von einer solchen Entscheidung verständlicherweise überfordert sind. Handlungsbedarf ist also gegeben, wenn man der Meinung ist, dass es auch in unserem Land möglich sein muss und kann, durch eine höhere Spendebereitschaft Leben zu retten.

An diesen Punkt knüpft die Initiative an, über die wir heute befinden. Die von ihr geforderte sogenannte Widerspruchslösung schafft die nötige Klarheit. Sie geht davon aus, dass eine Person einer Organspende zustimmt, wenn sie sich nicht explizit dagegen ausspricht. Dies entspricht denn auch der Haltung der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung.

Länder, die eine Widerspruchslösung kennen, weisen bedeutend höhere Spenderzahlen aus. Der Vorteil dieses Systems ist aber auch noch ein anderer: Es entlastet die Angehörigen. Heute lehnt nämlich die Mehrheit der Angehörigen eines Verstorbenen eine Organspende ab, wohl weil sie sich nicht sicher sind, was der Wille des Verstorbenen war, und weil sie eine so weitreichende Entscheidung nicht an seiner Stelle treffen wollen. Die Widerspruchslösung kehrt nun die Verantwortung um, indem sie von jedem einzelnen Bürger und jeder einzelnen Bürgerin anstelle der Angehörigen getragen werden muss. Diese Argumente überzeugen, weshalb eine Mehrheit der FDP-Liberalen Fraktion die Initiative zur Annahme empfiehlt.

Richtigerweise hat der Bundesrat jedoch einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative unterbreitet. Wenn wir nicht den Umweg über eine Verfassungsänderung machen müssen, ist allen gedient. Die Umsetzung mit einer erweiterten Widerspruchslösung, wie sie der indirekte Gegenvorschlag vorsieht, scheint zielführend und auch mehrheitsfähiger zu sein als die Initiative. Er klärt nämlich insbesondere auch die Rolle der Angehörigen, wobei



diese in die Entscheidung mit einbezogen werden. Wir werden entsprechend auf den Entwurf eintreten und jeweils der Kommissionsmehrheit folgen, ausser bei jenen Bestimmungen, zu welchen wir Minderheitseinträge eingereicht haben.

Es ist keine Frage, die Thematik, über die wir heute hier diskutieren, ist nicht eine, über die entlang von Parteilinien entschieden wird bzw. entschieden werden kann. Sie hat an allererster Stelle mit sehr persönlichen Wertvorstellungen zu tun, mit religiösen, ethischen, weltanschaulichen Überzeugungen. Gerade aber weil das so ist, ist es entscheidend und auch zumutbar, dass sich jedermann damit auseinandersetzt. Die Frage, was nach dem eigenen Tod passiert, ist zugegebenermassen eine, die man sich nicht unbedingt gerne stellt. Man kommt aber nicht darum herum, wenn einem dies nicht gleichgültig ist.

Der Themenkreis ist ja auch recht weit gezogen. Er umfasst beispielsweise das Testament, die Patientenverfügung, den Vorsorgeauftrag und weitere Punkte. Die Frage, ob man im Todesfall seine Organe spenden will und damit möglicherweise ein anderes Leben retten kann, gehört zu diesem Themenkreis. Sich diese Überlegungen zu machen und die persönliche Entscheidung auch zu dokumentieren, wenn man nicht Spender sein möchte, ist für erwachsene Menschen zumutbar. Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag gehen von dieser Voraussetzung aus. Wie gesagt, wir unterstützen diese Vorlagen deshalb.

Wir bitten Sie in diesem Sinne, die Initiative zur Annahme zu empfehlen und auf das Gesetz einzutreten.

Moret Isabelle (RL, VD): Favoriser le don d'organes, c'est sauver des vies. Actuellement, près de 1480 personnes attendent un ou plusieurs organes. Rien que pour une transplantation du coeur, près de 140 personnes sont en attente. En dix ans, ce nombre a doublé. La liste des personnes qui attendent un nouvel organe ne cesse de s'allonger. Et malheureusement, chaque année, des personnes qui sont en attente sur cette liste, meurent. Près d'une cinquantaine de personnes meurent ainsi chaque année.

D'un autre côté, lorsque quelqu'un de votre famille meurt, cela constitue un énorme choc, en particulier lorsqu'il s'agit d'un accident. Dans ce cas-là, se retrouver dans la situation où il faut d'une part appréhender cette nouvelle réalité – devoir vivre sans ce proche – et d'autre part voir une autre équipe médicale s'approcher de vous et vous parler de don d'organes est extrêmement difficile. Cela l'est pour les proches, mais aussi pour cette équipe médicale, qui se trouve à devoir parler de quelque chose qui n'est en soi pas ce sur quoi la famille aimerait pouvoir se concentrer. C'est pour cela que, dans la moitié des situations de ce type, la famille ne sait pas, n'arrive pas à choisir. Elle ne sait pas ce qu'a décidé la personne décédée et ne peut pas prendre une décision.

Que faire alors dans ces situations? Premièrement, il faut se poser la question de son vivant. Voilà pourquoi nous proposons que l'on ait l'opportunité de se la poser lorsque l'on remplit une demande pour une carte d'identité ou pour une nouvelle carte d'assurance.

Je me rends bien compte qu'il ne s'agit pas d'une question facile, car se poser la question du don d'organes, c'est aussi accepter le fait que l'on va mourir, et réfléchir au fait que l'on va mourir. C'est une question que l'on n'a pas forcément envie de se poser. Mais la possibilité de se poser cette question au moment de remplir une demande pour une carte d'identité ou une carte d'assurance constitue peut-être un moyen plus facile que de devoir aller exprès sur le site Internet de Swisstransplant pour demander une carte de donneur.

Deuxièmement, il faut absolument soulager les proches, leur ôter ce poids des épaules lorsqu'il y a un décès par accident, afin qu'ils puissent se concentrer sur ce décès, appréhender cette nouvelle réalité et digérer cette difficile nouvelle de devoir vivre sans le proche décédé sans avoir, en plus, à se poser la question du don d'organes.

C'est ce que fait cette loi. Dans le doute, elle choisit pour les proches. Elle dit: "La loi a choisi que si l'on ne sait pas ce qu'a décidé la personne décédée, son consentement est présumé." Que cela soit clair, il ne s'agit pas d'une obligation. Vous pouvez toujours de votre vivant vous opposer à ce que l'on donne vos organes. Vous pouvez toujours de votre vivant dire que vous êtes pour le don d'organes. Vous pouvez toujours de votre vivant dire que vous êtes contre le don d'organes. Vous pouvez toujours de votre vivant choisir quelqu'un parmi vos proches qui choisira pour vous le cas échéant. Et vous pouvez toujours choisir de ne pas choisir, de ne pas vous poser la question.

Et les proches, avec cette loi, seront soulagés parce que dans le doute, si l'on ne sait pas ce que souhaitait la personne décédée, ils auront eux aussi toujours la possibilité de s'opposer à un don d'organes, puisque dans cette loi, nous prévoyons le consentement présumé au sens large.

Cette loi est prévue comme contre-projet indirect à l'initiative sur les dons d'organes. C'est donc la meilleure solution pour vous, puisque vous avez encore tous les choix possibles, pour vos proches, qui pourront se concentrer sur la situation difficile vécue en cas de décès, et la meilleure situation aussi



AB 2021 N 841 / BO 2021 N 841

pour le personnel soignant, qui est confronté à la détresse des proches.

Voilà pourquoi le groupe libéral-radical, dans sa majorité, entrera en matière sur le contre-projet, suivra la majorité sur toutes les propositions, sauf aux articles 8 alinéa 3, 10a alinéas 6 et 7, où nous suivrons les trois propositions de minorité Nantermod.

Ensuite, la majorité du groupe libéral-radical vous proposera d'accepter l'initiative.

Mäder Jörg (GL, ZH): Die erste Herztransplantation fand 1967 statt, es war eine absolute Weltsensation. Heute, 54 Jahre später, reden wir von Angebot und Nachfrage. In der Schweiz hat es, wie in den meisten Ländern, weitaus mehr Menschen, die dringend ein Organ brauchen, als es Spender hat. Es geht wortwörtlich um Leben und Tod. Hinzu kommt, dass nur die Minderheit der aus medizinischer Sicht potenziellen Spender tatsächlich zu Spendern wird. Es sind weniger im Vergleich zu vielen anderen Ländern, speziell auch in Europa. Unnötiges Leiden, verfrühtes Sterben sind die Folgen. Der Druck ist also hoch, die Lösung naheliegend: mehr Spender, höhere Spendebereitschaft.

Das Thema ist jedoch heikel. Es geht um uns, um unseren eigenen Körper. Es sind nicht nur medizinische, technische, rationale Fragen, es geht auch um ethische und philosophische. Die Gefahr, falsch zu entscheiden, übermässig Druck auszuüben, Gutes zu wollen und das Gegenteil zu bewirken, scheint gross. Die Fallhöhe ist hoch. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Fallhöhe wirklich so hoch ist. Ich kann Sie beruhigen: In der entscheidenden Frage, die die Initiative aufwirft, und im entscheidenden Artikel dieses Gesetzes ist die Fallhöhe nicht annähernd so hoch, wie viele denken, wie viele hier auch votiert haben.

Lassen Sie mich das erklären. Ich habe zu diesem Thema eine ganz klare Meinung. Ich habe diese auch schon diskutiert, mit meinem Vater, mit meinem Bruder. Ich bin auch gerne bereit, sie mit anderen hier zu diskutieren. Alle diejenigen Leute, die hier vorne sind und die speziell zur Initiative noch sprechen werden, haben eine klare Meinung, sonst wären sie nicht hier und würden nicht das Wort ergreifen. Es gibt auch draussen in der Bevölkerung sehr viele, die eine Meinung haben und die darüber diskutieren. Es gibt auch viele, die eine klare Meinung haben, aber nicht darüber diskutieren wollen. Für diese Leute gibt es unter anderem das Register. Wohlgemerkt: Das Register ist natürlich für alle da, aber speziell für diejenigen, die das Thema vielleicht nicht so offen wie wir hier diskutieren wollen.

Der entscheidende Wechsel beim Grundprinzip betrifft aber nicht diese Menschen, sondern diejenigen, die eben keine klare Meinung haben, die sich nicht äussern wollen oder können. Das ist der Kernpunkt der Volksinitiative, und das ist der Kernpunkt der Vorlage: Artikel 8 Absatz 3. Die Frage ist, wie wir mit den Leuten umgehen, die eben keine Antwort haben auf die Frage: Willst du Organspender sein oder nicht? Es ist immer heikel, wenn man für jemanden entscheidet, ohne seine Antwort zu kennen.

Doch bitte kehren Sie die Überlegung um: Das Fehlen einer Antwort ist der Ansatz für die Frage, was es bedeutet, wenn wir an ihrer Stelle entscheiden und, vor allem, wenn wir an ihrer Stelle falsch entscheiden. Würde jetzt jemand meinen Willen missachten – ich bin Organspender – und meine Organe nicht spenden, wäre ich, abgesehen davon, dass ich dann schon tot wäre, entsetzt. Den meisten, die jetzt hier vorne stehen, würde es ähnlich gehen, in die eine oder die andere Richtung. Der Fakt aber, dass diese Leute eben keine Antwort gegeben haben, zeigt, welche posthume Antwort sie geben würden, würde man ihren Willen missachten. Sie würde nach dem Motto lauten: "Oh, okay, ja dann, es gibt Schlimmeres."

Das müssen wir beachten. Die entscheidende Frage der Initiative und dieser Vorlage betrifft Leute, die wahrscheinlich nicht so viel Gewicht auf diese Frage legen. Wir haben heute von der körperlichen Unversehrtheit gehört. Bitte beachten Sie, dass es viele Leute gibt, die diese Frage der körperlichen Unversehrtheit wahrscheinlich anders beantworten, je nachdem, ob es um einen lebenden oder einen toten Körper geht. Bitte beachten Sie, dass diese Frage, auf die wir hier ein grosses Gewicht legen, nicht bei allen das gleiche Gewicht hat. Die Fallhöhe ist in diesen Fällen nicht so hoch.

Ich glaube, wenn man sich diese Überlegung macht, kann man guten Mutes Ja zur Initiative, Ja zur Vorlage und insbesondere Ja zum Minderheitsantrag II (Nantermod) in Artikel 8 Absatz 3 sagen. Der Default für Leute, denen diese Frage nicht so wichtig ist, so unwichtig, dass sie sie nicht beantworten wollen, sollte "Ja" sein; es sind Organspender. Da draussen gibt es sehr viele Leute, die auf unsere Antwort zu diesem Gesetz warten. Sie warten und hoffen. Wir sollten diese Leute nicht enttäuschen.

Sagen Sie Ja zur Initiative, zur Vorlage und insbesondere zur Minderheit II (Nantermod) bei Artikel 8 Absatz 3.

Matter Michel (GL, GE): Sauver des vies, sauver des vies! Vous allez entendre souvent, très souvent cette expression aujourd'hui, car c'est là le coeur du débat qui nous anime.



Les chiffres sont tombés brutalement lundi. En Suisse, les listes d'attente pour obtenir une transplantation ne cessent de s'allonger. Swisstransplant a donc lancé un cri d'alarme et évoque une probable diminution des activités de transplantation. Et ce n'est pas la pandémie qui peut être seule responsable, cette baisse datant d'avant la crise sanitaire.

Pour le groupe vert/libéral, il est temps de se tourner du côté de la vie, du côté de l'espoir, du côté d'une vie sauvée grâce au don d'organes.

Je suis médecin, vice-président de la FMH. J'ai suivi personnellement des patients jeunes en attente de greffe durant mes premières années de ma vie professionnelle. Une attente difficile, souvent longue, très longue, faite de souffrances physiques et psychiques, où l'espoir laisse souvent la place au désespoir, jusqu'au jour merveilleux de l'annonce qu'un organe est à disposition. Un moment immense, intense, unique. Tout s'emballe, tout s'accélère. Alors s'organisent autour d'une patiente, d'un patient, une famille, des proches, des amis, une équipe médicale, un service hospitalier, une chaîne humaine, une course contre la montre. Un monde entier est chamboulé. Pour un but unique: la vie. Sauver une vie.

La Suisse est en retard. Son approche de la transplantation doit évoluer. Ce débat est attendu. Le consentement présumé est une évidence dans la majorité des pays qui nous entourent. Il est temps de faire le pas.

Le principe du consentement présumé au sens large doit devenir la règle en Suisse. C'est là le choix d'une société tournée vers les siens, vers l'espoir. Dans notre pays, le temps d'attente pour une transplantation d'organe doit impérativement être raccourci. La volonté profonde de chacune et de chacun doit être respectée. C'est fondamental.

Ce qui est demandé ici, c'est que les personnes qui refusent le prélèvement d'organes après leur décès doivent le déclarer. Actuellement, c'est l'inverse. C'est bien cela qu'il faut changer. Faire évoluer la société, aller dans le sens de la vie ressemble à une haute vision politique, digne et progressiste.

La question du don d'organes arrive fréquemment à l'improviste. Qui peut prévoir l'impensable – oui, qui peut prévoir l'impensable? –, qui peut s'imaginer devoir répondre à des questions touchant à la volonté profonde du proche aimé? Le Conseil fédéral va dans le sens des initiants mais souhaite intégrer davantage les proches. Il s'agit de mieux définir leurs rôles et leurs compétences. L'éventualité que les proches ne puissent être atteints sera également débattue. Au-delà de la question de la transplantation et du don d'organes, c'est la notion de volonté personnelle, de l'autodétermination, qui doit être prônée. Nous devons arriver à des décisions claires concernant le prélèvement d'organes.

C'est un changement de principe, un changement de système qui est en jeu. Ce qui importe, c'est que toute personne de plus de 16 ans révolus puisse décider de manière autonome si ses organes, tissus ou cellules peuvent être prélevés.

Le consentement présumé doit devenir la règle. C'est un progrès fondamental, évident. Oui à une Suisse qui avance, qui protège les siens et qui promeut le don d'organes, pour sauver des vies.

AB 2021 N 842 / BO 2021 N 842

Gysin Greta (G, TI): Attualmente in Svizzera 1479 persone sono in attesa di un trapianto. Sono 1479 vite appese a un filo, sono 1479 persone che sperano in un miracolo. A dire la verità, il miracolo parzialmente è già avvenuto: parlo del miracolo della scienza e della tecnica i cui rappresentanti dopo decenni di studi e ricerca hanno sviluppato e continuano a sviluppare strumenti più efficaci perché i trapianti diventino sempre più sicuri e perché si possano ridurre le complicazioni. Ripeto, sono 1479 le persone che fanno parte di quel gruppo, sette volte di più dei rappresentanti del nostro Consiglio – quindi non solo speranza ma già miracolo!

Purtroppo anche in questo caso non solo la scienza e medicina giocano un ruolo. Nell'equazione ci siamo anche noi che attraverso il nostro voto abbiamo la possibilità di mettere la comunità medica, le famiglie, i pazienti e i potenziali donatori nelle condizioni migliori per permettere al miracolo della scienza di compiersi. I dati ci mostrano che a questo proposito in Svizzera la situazione è tutt'altro che ottimale. Inoltre, nella metà dei casi in cui un asporto degli organi sarebbe possibile dal punto di vista medico arriva un rifiuto alla donazione, spesso dovuto al fatto che i famigliari non conoscono la volontà del defunto. Nonostante l'impegno della Confederazione nel sensibilizzare la popolazione attraverso la grande campagna degli scorsi anni, la tendenza non è stata invertita, anzi, dal 2019 si registra un costante calo dei donatori e un conseguente aumento del numero dei pazienti per i quali l'organo indispensabile per la vita arriva troppo tardi o, appunto, non arriva.

Grazie al consenso presunto, che – attenzione! – non significa trapianto automatico degli organi, secondo le stime potremmo raddoppiare il numero di trapianti e salvare quindi un numero maggiore di vite. Sa-



rebbe un cambiamento di paradigma che rispetta la volontà individuale, facilitando al contempo la delicata comunicazione tra personale medico e parenti superstiti nel momento chiave di una donazione.

Oggi, con il nostro voto abbiamo nelle nostre mani la possibilità di dare speranza non solo a chi già attende un organo ma anche a chi si troverà, suo malgrado e senza colpa, su questa lista d'attesa in futuro – abbiamo quindi una grande responsabilità.

Non è facile affrontare questo particolare momento della vita. Vorremmo avere la bacchetta magica per poter alleviare il trauma dei pazienti e sollevare loro dalle difficoltà – chiunque abbia vissuto la perdita di una persona cara sa di cosa parlo. Noi evidentemente non abbiamo questa bacchetta magica. Ma con il nostro voto per l'iniziativa e il controprogetto possiamo fare un piccolo passo concreto nella buona direzione, un piccolo passo che salverà vite, anche quelle di chi oggi si opporrà al consenso presunto. Perché non dimentichiamo che la necessità di un trapianto di un organo purtroppo può toccare tutti. Non è una questione di scelta, dipende dal destino, e a volte purtroppo non ci si può sottrarre a certe situazioni.

von Siebenthal Erich (V, BE): Der Gegenvorschlag des Bundesrates und die Volksinitiative wollen beide die Widerspruchsregelung für die Organspende einführen. Sie unterscheiden sich inhaltlich nur sehr wenig. Damit ist es sehr wahrscheinlich, dass die Initianten die Initiative zurückziehen, wenn der Gegenvorschlag vom Parlament angenommen wird, denn so wäre nämlich das Hauptziel der Initianten, die Widerspruchsregelung, erreicht.

Zugleich könnten die Volksabstimmung und das bei einer Volksinitiative notwendige Ständemehr umgangen werden. Das ist nicht richtig. Dass Bürgerinnen und Bürgern ohne ausdrückliche Zustimmung Organe entnommen werden dürfen, muss zwingend von Volk und Ständen entschieden werden. Heute braucht es die schriftliche Einwilligung der betroffenen Person, damit Organe zur Spende entnommen werden dürfen. Bei der Widerspruchsregelung ist dies nicht mehr der Fall. Hier dürfen Organe ohne Einwilligung der Person entnommen werden, wenn sie nicht schriftlich festgehalten hat, dass sie ihre Organe nicht spenden will. Schweigen kann bei dieser existenziellen Thematik aber nicht automatisch Zustimmung bedeuten. Diejenigen Personen, die ihre Organe spenden wollen, sollen aktiv werden und ihren Willen schriftlich festhalten, und nicht diejenigen Personen, die nicht spenden wollen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch die Freiheit haben, sich mit dieser Thematik nicht befassen zu müssen. Das Recht auf Unversehrtheit des Körpers und auf Selbstbestimmung, welches Artikel 10 Absatz 2 der Bundesverfassung garantiert, wird auch durch den Gegenvorschlag des Bundesrates massiv eingeschränkt. Dieser Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist abzulehnen. Der Staat hat die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und darf diese nicht im Interesse Dritter in unzulässiger Weise einschränken.

Auch die Nationale Ethikkommission (NEK) lehnt die Widerspruchsregelung ab, da sie im Verhältnis zur heute geltenden Zustimmungslösung einen geringeren Schutz der Persönlichkeitsrechte gibt, insbesondere des Rechts, nach dem Tod über das Schicksal der eigenen Organe entscheiden zu können. Die NEK schlägt eine Erklärungsregelung vor. Die Menschen in der Schweiz sollen regelmässig aufgefordert werden, sich mit dem Thema Organspende auseinanderzusetzen und sich dazu zu äussern.

Bei der Widerspruchsregelung müssen alle Personen in der Schweiz informiert werden, dass sie schriftlich widersprechen müssen, wenn sie ihre Organe nicht spenden wollen. Es ist nicht realistisch, dass dieses Ziel erreicht werden kann, denn es gibt Personen, die die Landessprache nicht sprechen, kaum lesen können, das Gelesene nicht verstehen oder sich nicht mit ihrem Sterben befassen wollen. Dieser Nachteil gilt auch für die Erklärungsregelung. Auch müsste die Informationskampagne unbeschränkt lange dauern. Die Widerspruchsregelung würde unweigerlich dazu führen, dass Personen gegen ihren Willen Organe entnommen werden. Das ist äusserst bedenklich und klar abzulehnen.

Die Einführung der Widerspruchsregelung soll gemäss Bundesrat und Initianten zu mehr Organspenden führen. Die NEK hat aber in ihrer Dokumentation Nummer 31/2019 ausdrücklich festgehalten, es lasse sich kein wissenschaftlich erhärteter Nachweis erbringen, dass die Widerspruchslösung zu mehr Organspenden führt. Durch den bedenklichen Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger würde also das angestrebte Ziel mit grosser Wahrscheinlichkeit gar nicht erreicht.

Daher sind die Initiative und der Gegenvorschlag beide abzulehnen.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Herr Kollege von Siebenthal, es ist sicher so, dass denjenigen, die dringend ein solches Organ benötigen, auch eine Perspektive gegeben wird, wenn eine Person verstorben ist und deren Organe entnommen werden können. Das ist das eine. Meine Frage bezieht sich aber eher auf die Volksrechte: Sie haben geschildert, man könne sich nicht dazu äussern, die Bevölkerung könne keine klare Stellungnah-



me abgeben. Sind Sie sich aber bewusst, dass man auch gegen diese Gesetzesänderung das Referendum ergreifen könnte, wenn man das möchte? Sie haben so getan, als wäre das gar nicht möglich.

von Siebenthal Erich (V, BE): Das ist so, das Referendum kann ergriffen werden. Es kann aber nicht sein, dass wir hier einen Weg wählen, bei dem man nur über das Referendum aktiv werden kann. Es auf diese Weise aufzugleisen, ist für mich keine Option.

Suter Gabriela (S, AG): Wir behandeln heute hier im Rat ein hochemotionales, ein ethisches Thema. Schliesslich geht es darum, mit den eigenen Organen Leben retten zu können. Leben retten – das wollen wahrscheinlich die meisten. Aber Leben retten mit den eigenen Organen, nach dem eigenen Tod? Da gehen die Meinungen auseinander. Es ist deshalb absolut zentral, dass sichergestellt wird, dass der Wunsch der oder des Verstorbenen berücksichtigt wird.

In der Schweiz kommt heute die sogenannte Zustimmungslösung zur Anwendung. Die Grundeinstellung dabei ist, dass grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass Organe nicht gespendet werden. Nur wenn man den Aufwand auf sich nimmt, seinen Willen zu Lebzeiten zu äussern, wird von einer

AB 2021 N 843 / BO 2021 N 843

Zustimmung ausgegangen. Wenn keine Willensäusserung vorliegt, müssen die Angehörigen zusammen mit dem Spitalpersonal den mutmasslichen Willen des oder der Verstorbenen ergründen. Das ist ein schwieriger und ein sehr belastender Prozess für die Angehörigen, wobei letztlich nicht sichergestellt ist, dass man dem Willen des oder der Verstorbenen auch tatsächlich gerecht wird.

Das führt dazu, dass in der Schweiz über zwei Drittel der Angehörigen eine Organspende ablehnen, und zwar obwohl gemäss einer repräsentativen Umfrage drei von vier Menschen in der Schweiz einer Organspende gegenüber positiv eingestellt sind. Vor allem der Umstand, dass der Entscheid der verstorbenen Person nicht bekannt ist und somit die nächsten Angehörigen stellvertretend im Sinne der verstorbenen Person entscheiden müssen, führt zu dieser im europäischen Vergleich sehr hohen Ablehnungsrate.

Die Initiative und der Gegenvorschlag wollen jetzt das Grundprinzip umdrehen. Es soll nicht aktiv werden, wer seine Organe spenden will, sondern die Minderheit, die gegen die Organspende ist, soll den Aufwand auf sich nehmen, dies in einem Register einzutragen. Das wird dazu führen, dass deutlich mehr Spenderorgane zur Verfügung stehen werden und mehr Leben gerettet werden können. Im Gegensatz zum Gegenvorschlag lässt die Initiative die Rolle der Angehörigen aber gänzlich ausser Acht. Das ist für mich nicht vertretbar, das geht mir zu weit. Kaum jemand setzt sich gerne mit der eigenen Vergänglichkeit auseinander. Die vorgesehene verstärkte Aufklärungsarbeit ist absolut richtig und wichtig. Trotzdem zweifle ich daran, dass verstärkte Aufklärungsarbeit dazu führen wird, dass die allermeisten Menschen sich damit auseinandersetzen, ob sie ihre Organe nach ihrem Ableben zur Verfügung stellen wollen oder nicht. Es wird immer Menschen geben, die das Thema verdrängen, die den Entscheid hinauszögern. In diesem Fall ist es eben wichtig und richtig, dass die Angehörigen ein Widerspruchsrecht haben.

Über 1500 Menschen in der Schweiz warten momentan auf ein Spenderorgan. Wir brauchen mehr Spenderorgane, um diese Leben retten zu können. Wir sollten aber sichergehen können, dass der Wunsch der Verstorbenen wirklich auch berücksichtigt wird. Das ist mit der Initiative nicht der Fall.

Ich bitte Sie deshalb, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und dem Gegenvorschlag mit der erweiterten Widerspruchslösung zuzustimmen.

Fiala Doris (RL, ZH): Organspende, Leben retten – das liest sich einfacher, als es ist. Sie haben das bereits vermehrt gehört. Eine tiefe Überzeugung vieler, längst nicht nur von uns Freisinnigen, lautet in diesem Zusammenhang denn auch: Freiheit und Verantwortung. Ich würde dem präzisierend hinzufügen: Selbstverantwortung. In diesem Sinne könnte ich einfach nur kurz bekräftigen, dass auch ich den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates unterstütze. Die erweiterte Widerspruchslösung präzisiert, dass der Wille des Verstorbenen vor demjenigen der Angehörigen Vorrang hat.

In der Realität ist das längst nicht so einfach und schon gar nicht banal. Wer im engsten Kreise seiner Liebsten erfahren hat, wie gross Ängste oder Hoffnungen von Kindern, Ehepartnern oder Eltern in solch schwierigsten Momenten der Endlichkeit unseres Daseins sein können und sind, der weiss: Der indirekte Gegenvorschlag und selbst die erweiterte Widerspruchslösung werden innerhalb eines Kreises von Betroffenen weitaus konfliktbelasteter und kritischer erachtet, als dass sie als sachlich überlegt und wissenschaftlich gut motiviert sowie dank Organspende als lebensrettend, als möglichst durchdacht bewertet werden.

Ich bedauere deshalb die verpasste Chance, geschätzter Herr Bundesrat, dass wir hier und heute nicht verpflichtet weiter gehen. Was meine ich damit? Der Bundesrat hätte die Patientenverfügung zur Pflicht erheben



können, indem er beispielsweise jeden Hausarzt verpflichtet hätte, bei der Übernahme eines neuen Patienten oder einer neuen Patientin die Patientenverfügung nicht nur anzusprechen, sondern beim Erstellen und Ausfüllen einer solchen behilflich zu sein. Die dafür aufgewendete Zeit dürfte dann auch verrechnet werden. Nebst ethisch-moralischen Überlegungen, davon bin ich überzeugt, würde die Kosten-Nutzen-Bilanz positiv ausfallen, zum Nutzen eben nicht nur des Gesundheitswesens, sondern von uns allen – auch zugunsten der Organspende.

Die Hürde, emotionale eigene Widerstände und Ängste zu überwinden, über die eigene Endlichkeit nachzudenken und rechtzeitig zu handeln, ist sehr, sehr gross. Selbstverantwortung darf aber nicht nur zugunsten der Organspende gelten, sondern muss weiter gehen und grosse Konflikte vermeiden, Sachverhalte und Kompetenzen klären, das Gesundheitswesen stärken und entlasten, Betroffenen entscheidend helfen und eben auch Kosten senken. In diesem Sinne bitte ich Sie alle, mein heutiges Votum erneut auch als Plädoyer für die Patientenverfügung und für Vorsorgeaufträge zu verstehen.

Eine allenfalls etwas philosophische Weisheit zum Schluss: Bereits Hippokrates führte seine medizinisch-ethisch-moralische Messlatte, wenn Sie so wollen, mit den Worten "nicht schaden" an – erstaunlicherweise eben nicht mit der Aussage "Leben retten". Als überzeugte Unterstützerin der Vorlage und des indirekten Gegenvorschlages zur Organspende bitte ich daher, auch darüber vertieft nachzudenken.

Gafner Andreas (V, BE): Die Bundesverfassung verpflichtet den Bund, bei der Transplantationsmedizin für den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Gesundheit zu sorgen. Seit Jahren wird daraus eine Politik gemacht, die potenzielle Organempfänger im Auge hat und die Grundfragen zur Situation der Spender am Lebensende weitgehend ausblendet.

Schon die aktuelle Gesetzgebung und die geltende Praxis stützen sich letztlich statt auf eine wissenschaftliche auf die pragmatische Definition für die Todesfeststellung eines Komitees an einer amerikanischen Universität von 1968 ab. Tot ist demnach jemand, wenn rund 3 Prozent des Körpers, nämlich das Gehirn, nicht mehr funktionieren. Der Rest des Körpers lebt, wenn auch mit Unterstützung. Mit solcher Unterstützung wurden zum Beispiel schon Schwangerschaften erfolgreich zu Ende geführt. Bei einer toten Mutter würde das Kind ja auch nicht überleben. Der Körper reagiert bei der Organentnahme; um dies zu minimieren, wird er in der Schweiz anästhesiert.

Auf dieser Basis politisch weitere Schritte zu unternehmen, um mehr Organe von Sterbenden gewinnen zu können, ist meiner Ansicht nach äusserst fragwürdig. Weitere Fragen werden durch verstärkte Massnahmen zur Organrekrutierung verschärft. Was bedeutet es für die sterbende Person, wenn plötzlich die bestmögliche Erhaltung ihrer Organe zwecks zukünftiger Organentnahme statt die Palliativpflege im Zentrum der medizinischen Handlungen steht? Wem gehört der sterbende oder tote Körper mit seinen Organen? Werden Sterbende mit zunehmenden medizinisch-technischen Möglichkeiten immer stärker zum Ersatzteillager für andere Personen erklärt?

Die Bundesverfassung verpflichtet uns, für den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Gesundheit zu sorgen – auch jene der potenziellen Spender. Deshalb setze ich ein grosses Fragezeichen hinter diese verstärkte Organrekrutierung am Lebensende und empfehle sowohl die Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag des Bundesrates aus diesen Gründen zur Ablehnung.

Streiff-Feller Marianne (M-E, BE): Eine erhöhte Verfügbarkeit von Spenderorganen ist im öffentlichen Interesse und wichtig. Die grundsätzliche Bereitschaft zur Organspende in der Gesellschaft scheint gemäss Umfragen vorhanden zu sein. Da sie jedoch unzureichend dokumentiert ist – das heisst, dass zu wenige Personen einen Spenderausweis haben – und zudem ein gravierendes Informationsdefizit über die Organspende nach dem Tod herrscht, scheint Handlungsbedarf gegeben zu sein.

Die vorliegende Initiative kann aber nicht die Lösung sein. Davon auszugehen, dass jeder, der sich nicht äussert, mit einer Organspende einverstanden ist, ist aus meiner Sicht höchst fragwürdig und unethisch. Das Schweigen kann doch nicht einfach als Zustimmung gewertet werden. Stellen Sie sich einmal vor, wenn das bei Volksabstimmungen gemacht würde!

AB 2021 N 844 / BO 2021 N 844

Die Organentnahme bei Personen, die zu Lebzeiten nicht widersprochen haben, ist ein massiver Eingriff in deren körperliche Integrität. In Artikel 10 Absatz 2 der Bundesverfassung steht: "Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit." Aus meiner Sicht und aus Sicht der EVP-Ratsmitglieder schränkt die Widerspruchslösung dieses Recht ein. Die Organspende ist etwas ganz Persönliches und ein zutiefst intimer Eingriff. Darum ist es äusserst wichtig,



dass sich jede und jeder sowohl faktisch wie auch emotionell damit auseinandersetzen kann.

Sowohl die Initiative als auch die erweiterte Widerspruchslösung, wie sie von der Mehrheit der Kommission vertreten wird, sind der falsche Weg, um die Anzahl der Spenderinnen und Spender zu erhöhen. Gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen konnte international bislang nicht belegt werden, dass die Widerspruchslösung zu einer höheren Rate postmortalen Organspenden führt als eine Zustimmungsregelung. Wie die Nationale Ethikkommission plädiert auch die EVP für ein Erklärungsmodell. Schade, hat dies der Bundesrat nicht aufgenommen. Im Erklärungsmodell sollen alle Personen eine Willenserklärung abgeben, sei es, indem sie einer Organspende zustimmen, sei es, indem sie ihr widersprechen oder sagen, dass sie sich nicht dazu äussern wollen. Es gibt Vertrauen, dass alle ihren Willen wirklich kundtun konnten, und es gibt auch Sicherheit, dass dieser Wille respektiert wird. Eine Erklärungsregelung trägt dem Selbstbestimmungsrecht am besten Rechnung. Es kommt seltener zu unklaren Fällen. Dadurch werden auch die Angehörigen entlastet.

Stellen Sie sich Folgendes vor: Ihnen wird durch das Gesundheitspersonal mitgeteilt, dass Ihre Schwester im Sterben liegt. In dieser prekären Situation wird Ihnen zusätzlich mitgeteilt, dass die Entnahme der Organe Ihrer Schwester Leben retten könnte. Von der Schwester ist kein Wille diesbezüglich bekannt. Aber es wird gesetzlich angenommen, dass sie ihre Organe spenden möchte. Sie könnten zwar dieser Organentnahme widersprechen, dürften aber nicht gemäss Ihrer eigenen Einschätzung entscheiden, sondern müssten sich nach dem mutmasslichen Willen der Schwester richten. Ihre Antwort soll aber bitte schnell kommen, denn die vorbereitenden Massnahmen wurden schon eingeleitet. Wie an diesem Beispiel sichtbar wird, wird der Druck auf die Angehörigen mit der neuen Regelung massiv erhöht, und dies gerade in einem emotional belastenden Moment und unter erheblichem Zeitdruck. Solche Situationen sollen möglichst vermieden werden.

Eine Erklärungsregelung könnte Klarheit schaffen. Die Kommissionsmehrheit unterstützt jedoch im indirekten Gegenvorschlag die Ermittlung des Willens der verstorbenen Person nicht, womit gleichzeitig der Druck auf die Angehörigen massiv erhöht wird.

Ich bitte Sie, die Empfehlung der Kommission zu überdenken und denjenigen Minderheitsanträgen zuzustimmen, die das Erklärungsmodell einführen wollen.

Die EVP wird die Volksinitiative ablehnen. Wir werden beim indirekten Gegenvorschlag die Anträge der Minderheit Amaudruz unterstützen, die das Erklärungsmodell einführen will.

Piller Carrard Valérie (S, FR): Chaque année, environ 70 personnes décèdent en Suisse, faute d'avoir trouvé à temps l'organe dont elles avaient besoin. Et 1500 autres sont toujours dans l'attente de l'organe qui leur sauvera la vie. Il y a aussi des enfants sur la liste d'attente – le plus jeune attend un poumon. Pour ne rien arranger, la pandémie a provoqué une crise du don d'organes en Suisse, selon Swisstransplant. Le nombre de transplantations devrait enregistrer une baisse de 20 pour cent cette année, et les listes d'attente se sont allongées de 10 pour cent. En 2020, le taux de mortalité des personnes en attente d'un organe a augmenté de 50 pour cent.

Un bon nombre de morts pourraient être évitées si l'on acceptait de changer de paradigme en instaurant le consentement présumé à la place du consentement explicite qui a cours aujourd'hui. Selon les initiants, une centaine de vie pourraient ainsi être sauvées chaque année.

Cette thématique n'est pas nouvelle. Nous en avons déjà parlé en 2013 lors du traitement de la motion Favre 12.3767, qui visait déjà un changement de système en passant de la pratique actuelle du consentement large au régime du consentement présumé. Cette discussion avait alors débouché sur la mise en place du plan d'action "Plus d'organes pour la transplantation" sous la direction de l'Office fédéral de la santé publique. L'objectif de ce plan était d'augmenter le nombre de donneurs d'organes par million d'habitants dans notre pays. Alors certes, ce plan d'action du Conseil fédéral a fait progressivement augmenter le nombre de dons d'organes. Mais ce nombre demeure toujours faible en comparaison européenne. Actuellement, 100 000 personnes, soit seulement 1,2 pour cent de la population, se sont inscrites au registre de Swisstransplant. Si la Suisse a un taux de donneurs si faible, c'est que rares sont les personnes qui entreprennent des démarches de documentation de leur volonté post-mortem. C'est la raison pour laquelle la Jeune chambre internationale Riviera a lancé cette initiative populaire.

Il est important de parler de son vivant de ce que l'on souhaite après sa mort et il est important que nos proches soient informés de notre choix. Il est indispensable de se poser la question à un moment donné.

Dans notre pays, un don d'organes est envisagé si la personne décédée y a consenti de son vivant, en acquérant une carte de donneur, en s'inscrivant au registre des donneurs de Swisstransplant ou en rédigeant des directives anticipées. Selon la loi fédérale sur la transplantation actuelle, il doit absolument exister un consentement pour le don d'organes ou de tissus. En l'absence d'un document attestant le consentement du défunt, les médecins demandent aux proches s'ils connaissent sa volonté.



Dans cette situation difficile, environ 60 pour cent des proches refusent le don. Selon Swisstransplant, la moitié des proches ne connaissent tout simplement pas le souhait du défunt. Plusieurs enquêtes montrent pourtant que près de 80 pour cent de la population est théoriquement favorable au don d'organes.

L'initiative qui nous est soumise propose de changer d'approche en introduisant le consentement présumé. Ainsi, toute personne de plus de 16 ans est considérée comme donneur potentiel, sauf si elle s'y est opposée de son vivant. Le consentement présumé garantit la liberté de décision de chaque personne. Qui ne veut pas donner d'organes peut consigner cette volonté pour qu'elle fasse foi. L'avantage du consentement présumé est de faciliter la communication, en particulier envers les personnes qui ne veulent pas donner leurs organes. Le message "qui ne veut pas donner d'organes doit le dire" est plus simple à faire passer que l'actuel "il serait bon de discuter du don d'organes et de prendre une décision".

La principale différence entre l'initiative et le contre-projet est que la première propose un modèle de consentement présumé au sens strict, c'est-à-dire sans inclure les proches, alors que le contre-projet du Conseil fédéral introduit le consentement présumé au sens large, pour que les proches gardent la possibilité de refuser un don d'organes s'ils savent que la personne décédée était contre.

Personnellement, je soutiens tant l'initiative que le contre-projet, l'essentiel étant de changer de système, pour faire augmenter encore le nombre de donneurs et de donneuses. Dire oui à l'initiative, c'est aussi dire oui à la vie!

Rutz Gregor (V, ZH): Die Frage, die wir hier diskutieren, ist sehr persönlicher Natur und doch von eminent grundsätzlicher Bedeutung. Religiöse und emotionale Beurteilungen schwingen mit, und doch geht es um zentrale grundrechtliche Fragen, gemeinhin um den Schutz der Persönlichkeit und um die körperliche Unversehrtheit.

Zunächst: Das Problem, dass wir zu wenige Organspender haben, ist erkannt und unbestritten. Selbstverständlich leistet jeder, der ein Organ spendet, einen Akt der Hilfsbereitschaft und Solidarität, und wir wünschen uns alle, dass derer mehr werden. Handlungsbedarf liegt vor, und trotzdem darf

AB 2021 N 845 / BO 2021 N 845

das kein Anlass dafür sein, rechtsstaatliche Grundsätze über Bord zu werfen.

Von der Frage, die wir hier diskutieren, sind zentrale Grundrechte betroffen. "Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen", so steht es in unserer Bundesverfassung. Ebenso schützt unsere Verfassung das Recht auf persönliche Freiheit und insbesondere auch auf körperliche Unversehrtheit. Diese Freiheitsrechte sind Kernelemente der modernen liberalen Demokratie; Rechte, die aus liberaler Sicht von kardinaler Bedeutung für ein zivilisiertes Zusammenleben sind; Rechte, welche für alle, die das Gegenüber achten und Toleranz üben wollen, unverzichtbar sind. Umso unverständlicher sind für mich gewisse Voten, welche, vorsichtig gesagt, doch recht oberflächlich und salopp mit der vorliegenden Thematik umgehen.

Die Grünliberalen sagen, die körperliche Unversehrtheit müsse differenziert betrachtet werden, je nachdem, ob es um lebende oder tote Körper ginge. Hierzu ist in aller Klarheit festzuhalten: Die verfassungsrechtliche Garantie der Persönlichkeit schützt das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper auch über den Tod hinaus. Der Schutz der Persönlichkeit gilt auch postmortal. Es geht hierbei nicht um den Schutz Verstorbener oder, profan gesagt, um den Schutz toter Körper, sondern um das Recht des Lebenden auf die selbstbestimmte Entfaltung seiner Persönlichkeit im Hinblick auf den Umgang mit seinem Körper nach dem Tod. Wer argumentiert wie die Grünliberalen, sieht den Bürger nicht mehr als freies Subjekt, sondern als Objekt zur Steigerung des Spendenaufkommens.

Eine Widerspruchsregelung, und das müssen wir offen betrachten, spielt mit der menschlichen Bequemlichkeit. Bei denjenigen, welche nicht merken, dass sie Widerspruch anmelden müssen, soll jeder Eingriff gerechtfertigt sein aufgrund sogenannt höherer öffentlicher Interessen – aus meiner Sicht eine gefährliche Falschbeurteilung.

An dieser Stelle gilt es auch festzuhalten: Die Bundesverfassung formuliert die verfassungsmässige Grundlage zur Regelung der Transplantationsmedizin. Wer in die Verfassung jedoch eine Organbeschaffungspflicht des Staates hineininterpretiert, hat meines Erachtens etwas falsch verstanden. Dies würde faktisch darauf hinauslaufen, aus einer sozialpolitisch motivierten Fürsorgepflicht des Staates eine Pflicht der Menschen zu begründen, ihr Leben oder ihre körperliche Integrität für andere aufzuopfern. Dies möchte ich insbesondere auch den Kollegen aus der FDP-Liberalen Fraktion sagen, welche offenbar davon ausgehen, dass eine Widerspruchslösung dem Willen einer Bevölkerungsmehrheit entspreche. Das sähen wir ja dann, wenn wir über die Initiative abstimmen würden. Soll die Freiheit des Individuums denn Ihres Erachtens wirklich durch eine Argumentation der Sozialpflichtigkeit ersetzt werden? Meines Erachtens ist es nicht möglich und sowieso nicht



statthaft, Grundrechte zeitlich zu suspendieren. Darauf würde meines Erachtens eine Widerspruchslösung oder auch die Konstruktion des Gegenvorschlages hinauslaufen.

Fazit: Das Ziel, die Spendebereitschaft in der Bevölkerung zu erhöhen, ist nicht nur legitim, sondern meines Erachtens auch richtig. Hierfür zentrale Grundsätze des liberalen Rechtsstaates leichtfertig über Bord zu werfen, ist allerdings falsch und gefährlich, weshalb ich die beiden Vorlagen ablehne.

Christ Katja (GL, BS): Sehr geehrte Damen und Herren, gerne stelle ich Ihnen einige Fragen. Ist es ethisch korrekt zu sagen, dass ich aktiv werden muss, wenn ich meine Organe nicht spenden will? Oder müsste man sich nicht eher fragen, ob es ethisch-moralisch korrekt ist, durch mein Untätigbleiben potenziell jemanden sterben zu lassen? Denn hätte ich mich aktiv darum gekümmert, hätte ich wahrscheinlich gespendet. Aber ich hatte gerade nie Zeit dafür, und deshalb ist es jetzt so, als hätte ich bewusst Nein gesagt. Wie schon Molière treffend meinte: "Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun." Wiegt diese Verantwortung, die wir heute alle für unsere Untätigkeit tragen müssen, nicht schwerer als die Last, eine Ablehnung aktiv deklarieren zu müssen? Wiegt sie nicht auch schwerer als die Verantwortung, als Gesetzgeberin alles zu tun, um mehr Leben retten zu können, dies natürlich, ohne unsere Entscheidungsfreiheit einzuschränken?

Auf der Suche nach der besten Lösung, um die freiwillige Organspende zu fördern, reden wir unentwegt über Ethik. Was ist aber, wenn ich behaupte, es gehe gar nicht um eine ethische, sondern um eine organisatorische Frage? Im Spannungsfeld zwischen den öffentlichen Interessen an der Gewinnung ausreichend vieler Spenderorgane und den Interessen des Verstorbenen und der Angehörigen an der Wahrung der Integrität des Leichnams streben wir nun mit der Umkehr zur Widerspruchslösung einen Ausgleich an. Die Widerspruchslösung verpflichtet aber in keiner Weise zur Organentnahme. Sie bürdet dem potenziellen Spender jedoch die Entscheidungslast auf. Das ist alles. Damit organisieren wir das Thema der Organspende neu, ohne am Inhalt etwas zu ändern. Wir können immer noch alle Ja oder Nein zur Organspende sagen. Es ist also eine Neuorganisation, die uns im Endeffekt klar dabei helfen wird, mehr kranken und todkranken Menschen ein gesundes Leben zu ermöglichen.

Über 2000 Menschen hierzulande warten auf ein Spenderorgan. Jede Woche sterben zwei Personen, die auf der Warteliste waren, weil nicht rechtzeitig ein neues Herz, eine neue Niere oder eine neue Leber verfügbar war. Ein Grund für die lange Warteliste ist unter anderem die gestiegene allgemeine Lebenserwartung. Diese führt auch zu einer Zunahme von Erkrankungen, die nur durch eine Transplantation therapiert werden können. Ausserdem werden infolge des medizinisch-technischen Fortschritts immer mehr Transplantationen als durchführbar angesehen.

Diesen Fortschritt sollten wir für uns nutzen und versuchen, das gesamte, momentan brachliegende Potenzial zu aktivieren. Laut Umfragen befürworten 80 Prozent der Bevölkerung die Organspende. Dass im konkreten Fall aber viel weniger oft gespendet wird, liegt nur daran, dass der Entscheid nicht dokumentiert ist. Eine Mehrheit der Angehörigen lehnt es dann im konkreten Fall und unter Trauer ab, die Organe des oder der Verstorbenen zur Spende freizugeben. Mit der Widerspruchslösung liessen sich demgegenüber jährlich ungefähr hundert Menschenleben retten. Es ist deshalb höchste Zeit, die Weichen neu zu stellen; es ist Zeit, die Organspende in der Schweiz neu zu organisieren.

Ich unterstütze deshalb jede Bewegung hin zu einer Widerspruchslösung, dies ganz nach dem Motto: "Reden ist Silber, Schweigen ist Gold." Dann noch eine letzte Frage: Haben Sie ein gutes Herz? Dann spenden Sie es. Tun Sie nicht nur das, sondern unterstützen Sie die Bewegung hin zur Widerspruchslösung mit ganzem Herzen.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Aujourd'hui, la situation liée au don d'organes en Suisse est totalement insatisfaisante. Les statistiques montrent qu'en 2019, 1415 personnes attendaient un don d'organes et que 46 d'entre elles sont mortes faute de pouvoir recevoir un organe à temps. Ce phénomène peut concerner autant des enfants et des jeunes que des personnes beaucoup plus âgées. Nous sommes donc toutes et tous potentiellement concernés.

Selon des enquêtes régulièrement effectuées, plus de 75 pour cent des personnes interrogées se disent favorables au fait de céder un organe après leur décès, alors que seulement 60 pour cent des proches donnent leur accord. Cet écart est donc problématique, mais il reflète bien le fait que les proches hésitent à prendre la responsabilité d'accepter un don d'organes s'ils ignorent la volonté du défunt.

C'est la raison pour laquelle cette initiative intitulée "pour sauver des vies en favorisant le don d'organes" a été déposée le 22 mars 2019 à la Chancellerie fédérale. Elle propose que l'on renverse la logique actuelle en partant du consentement présumé si le défunt n'a pas clairement exprimé son refus. Ce changement de



paradigme ira donc dans le sens de l'avis de la majorité de la population. Grâce à cette initiative, nous pouvons maintenant avoir ce débat touchant à des questions sensibles et fondamentales.

Je trouve pertinente la déclaration du directeur de Swisstransplant, selon lequel, "le principal n'est pas le nombre de donneurs mais la résolution du conflit auquel doivent faire

AB 2021 N 846 / BO 2021 N 846

face les proches qui doivent décider pour une personne décédée. L'augmentation du nombre de donneurs serait simplement un effet secondaire positif".

Il est important de souligner le fait que la pratique médicale ne changera pas: aucun organe ne sera prélevé automatiquement et les proches seront toujours inclus dans la démarche d'une manière ou d'une autre. Ce qui change, c'est la charge reposant sur les proches qui sera allégée en l'absence de déclaration claire puisque le nouveau modèle repose sur l'accord présumé. Le nouveau système offrira plus de sécurité, plus de clarté et un allègement de la charge pesant sur les proches.

Le contre-projet indirect proposé par le Conseil fédéral prévoit un modèle moins strict que l'initiative, en ce sens qu'il prend en compte de manière explicite l'opinion des proches.

Le Conseil fédéral estime que les proches doivent pouvoir être associés à la décision. En l'absence de document attestant de la volonté de la personne décédée, ils pourront s'opposer au prélèvement si cela respecte la volonté présumée du défunt.

Lorsqu'aucun proche n'est joignable, le prélèvement ne sera pas autorisé.

Le Conseil fédéral prévoit aussi la création d'un registre pour que la déclaration de volonté puisse être conservée dans un endroit sûr. L'inscription devra être aussi simple que possible et la déclaration de consentement ou de refus devra pouvoir être modifiée selon les besoins. La population doit en outre être régulièrement informée du changement de principe et de son droit à s'opposer au don.

Le contre-projet du Conseil fédéral impose donc le fait que les proches puissent s'opposer au prélèvement d'organes et prévoit même de l'interdire si l'on ne peut pas entrer en contact avec lesdits proches. Cette dernière exigence me semble excessive et, à l'article 8 alinéa 3, je soutiendrai la minorité II (Nantermod) qui a pour but d'autoriser le prélèvement dans cette situation. A mon sens, il faut promouvoir la solution la plus libérale possible et cette obligation va trop loin. Dans le débat éthique, il faut faire une pesée d'intérêts entre la responsabilité des proches, liée à leur représentation de la mort, et la perspective de sauver des vies en facilitant le don d'organes.

Le contre-projet va tout de même dans la bonne direction puisque le système est inversé, même avec les cautions imposées. La charge sera allégée pour les proches qui ne devront pas obligatoirement prendre de décision, mais auront quand même la possibilité de s'opposer au don. La nécessité d'informer est donc cruciale afin que la population soit fortement incitée à exprimer sa volonté.

Dans l'attente d'une confirmation des initiants sur le retrait éventuel de l'initiative, je vous invite à recommander d'accepter à la fois l'initiative et le contre-projet du Conseil fédéral.

Cottier Damien (RL, NE): En 2012, le conseiller national Laurent Favre a déposé la motion 12.3767, "Don d'organes. Passage au régime du consentement présumé". Adoptée largement par notre conseil fin 2013, elle n'a toutefois pas passé la rampe du Conseil des Etats. Cette motion suivait des postulats abordant la même problématique, déposés, en 2010, par Felix Gutzwiller, Viola Amherd et le même Laurent Favre.

Le Parlement a à nouveau débattu de cette problématique en 2015, lors de la révision de la loi sur la transplantation. C'est donc dire que la question occupe notre Parlement depuis une dizaine d'années. Jusqu'à présent, la majorité a toujours estimé qu'il était possible de corriger et d'améliorer le problème du manque d'organes en Suisse par d'autres moyens que le changement de régime.

En 2013, le Conseil fédéral a lancé un plan d'action national de cinq ans visant à passer à vingt dons par million d'habitants. Ce plan d'action a permis d'augmenter le nombre d'organes donnés, mais l'objectif de vingt dons par million d'habitants n'a pas été atteint, malheureusement. Notre pays reste dans une situation attristante en matière de don d'organes, alors même qu'une majorité de la population – cela a été rappelé – se dit favorable au don d'organes. Swisstransplant a récemment lancé un signal d'alarme.

Je vous invite à soutenir cette initiative et le contre-projet indirect: ils apportent une vraie solution. Une solution utile. Et une solution légitime sur le plan éthique.

Bien sûr, notre corps nous appartient. Mais cette propriété de notre corps au moment de la mort n'est toutefois pas illimitée. Elle s'inscrit dans un contexte social. En fait, ce qu'il advient de notre corps après le décès est assez strictement encadré. Vous avez le choix entre l'inhumation, l'incinération et le don de votre corps à la science, et c'est tout. Certains pays autorisent d'autres pratiques, ce n'est pas le cas de la Suisse.



En cas d'incinération, la Suisse est assez libérale sur ce qu'il advient des cendres. En cas d'inhumation, par contre, celle-ci se fait selon des critères stricts, dans un endroit précis, fixés par la législation cantonale ou communale, et pour un nombre d'année limité.

Il serait ainsi inexact de penser qu'on dispose librement, ou totalement librement de son corps au moment de sa mort: il y a des choix possibles, mais ils s'inscrivent dans un cadre précis défini par la communauté pour des raisons d'intérêt public.

Mais assez parlé de mort, parlons de vie! Car c'est de cela qu'il s'agit aujourd'hui. Le don d'organes permet de transmettre la vie, de préserver la vie. Et le passage à un régime de consentement présumé favorise la préservation de la vie. C'est un objectif noble et important.

Le changement proposé ne dépasse pas une personne de ses organes et donc de la décision de ce qu'il advient de son corps. Car, dans le système proposé, chaque personne peut en tout temps, de son vivant, décider de donner ou non ses organes au moment de sa mort ou de limiter ce don. Dans ce cadre, l'information à la population est essentielle, et l'existence d'un registre de déclaration également.

De cette façon, la société fixerait un cadre, différent, un cadre qui permettrait de sauver des vies, mais dans lequel chacun garderait sa liberté puisqu'il pourrait à tout moment, avant sa mort, s'y opposer ou modifier sa décision. Cela a été dit, il s'agirait aussi d'un allègement de la charge qui aujourd'hui pèse sur les proches au moment de prendre cette décision difficile.

Le contre-projet améliorerait ce changement en impliquant davantage la famille et en lui permettant de s'opposer au don, ce qui est légitime, si elle est informée que tel était le souhait du défunt.

Beaucoup de temps s'est écoulé depuis la discussion sur la motion Favre Laurent. Des mesures ont été prises. On a vu une amélioration, mais elle est hélas insuffisante. Les chiffres sont clairs: les pays qui ont choisi le consentement présumé ont des taux parfois bien plus élevés de dons. Vous retrouvez ces chiffres dans le message du Conseil fédéral.

Il est temps de faire ce pas en Suisse. Je vous invite à soutenir cette initiative populaire et à soutenir le contre-projet indirect.

Schläpfer Therese (V, ZH): "Organspende fördern – Leben retten", dieser Titel verspricht auf den ersten Blick Gutes. Wir alle, die nicht auf einer Warteliste sind, können nur froh sein.

Die Initiative wurde von der Jeune Chambre Internationale Riviera, einer der UNO nahestehenden Organisationen, im März 2019 eingereicht; sie wird selbstverständlich von Swisstransplant unterstützt.

Die Initiative strebt die Widerspruchslösung an. Hier möchte ich auf eine Besonderheit bzw. ein neues Konstrukt in unserer Gesetzgebung aufmerksam machen. Übrigens steht die Widerspruchslösung selbst im Widerspruch, nämlich zu Artikel 10 der Bundesverfassung, wo steht: "Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit."

Ein Zitat aus dem Initiativtext: "Die Spende von Organen, Geweben und Zellen einer verstorbenen Person zum Zweck der Transplantation beruht auf dem Grundsatz der vermuteten Zustimmung" – Sie haben richtig gehört: vermutete Zustimmung –, "es sei denn, die betreffende Person hat zu Lebzeiten ihre Ablehnung geäußert."

Weiter unten steht in der Begründung: "Dabei wird grundsätzlich davon ausgegangen,

AB 2021 N 847 / BO 2021 N 847

dass der Verstorbene die Organspende befürwortete, da er sich im Falle einer Ablehnung ins nationale Register hätte eintragen lassen können."

Bis anhin konnte jeder seinen Willen für eine Organspende festhalten. Mit einem Spenderausweis liegen klare Äusserungen vor. Nun soll das Ganze umgekehrt werden, wobei man auf eine vermutete Zustimmung setzen will. In einem Gesetz aber auf eine vermutete Zustimmung abzustellen, tönt nicht nach persönlicher Freiheit und körperlicher Unversehrtheit. Das tönt eher nach Systemwechsel und nach dem Öffnen neuer Fenster für weitere Begehrlichkeiten des Staates.

Deshalb bitte ich Sie, dem Bundesrat zu folgen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Pasquier-Eichenberger Isabelle (G, GE): Je salue le changement de paradigme que propose cette initiative, qui vise à inscrire dans la Constitution le principe du consentement présumé en matière de don d'organes.

Qu'un décès puisse être utile, c'est loin d'être futile. Mais peu d'entre nous ont suffisamment de détachement et d'abnégation pour anticiper cette option et se projeter dans cet après. D'autant plus dans nos sociétés, où parler de sa mort est bien souvent tabou. L'enjeu est pourtant crucial. Crucial évidemment pour les familles qui sont endeuillées, à qui l'on pense en premier lieu. Mais crucial aussi pour celles et ceux dont la vie est en péril, dont le destin est en jeu.



C'est précisément le cas de l'un de mes amis, un jeune père de famille atteint d'une maladie génétique; le diagnostic est sans appel. La transplantation est son seul espoir. L'état de ses reins s'est fortement et rapidement détérioré. Certes, les dialyses lui permettent dans une certaine mesure de pallier ces difficultés, mais sa vie est fortement entravée et sa survie menacée. Avec près de quatre dialyses par semaine, je vous laisse imaginer son quotidien. Il est dans l'incapacité de travailler, de fonctionner normalement et de se projeter. C'est la vie et les perspectives de toute une famille qui sont ainsi entravées. Depuis quatre ans, il est inscrit sur la liste nationale pour bénéficier d'un don d'organe. Depuis quatre ans, il attend. Et le temps qui passe joue contre lui, car chaque jour entame son capital santé et limite les perspectives de sa famille.

Et les nouvelles ne sont pas bonnes – nous l'avons déjà entendu à la tribune. Swisstransplant a communiqué lundi que la pandémie aggrave la situation. Les chiffres sont au plus bas. Les listes d'attente n'ont cessé de s'allonger, le nombre de donneurs a encore reculé. L'organisation craint une augmentation de 50 pour cent du taux de mortalité des personnes figurant sur la liste d'attente nationale.

Alors aujourd'hui, c'est à toutes celles et tous ceux, qui, comme mon ami et sa famille, attendent un don pour envisager un futur, qu'il faut avant tout penser. Opter pour le consentement présumé au sens strict, c'est choisir la variante qui donnera le plus d'espoir de vie. C'est pourquoi je suis favorable à l'initiative.

de Courten Thomas (V, BL): Weltweit sucht man nach Lösungen, um die Anzahl verfügbarer Organe zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund diskutieren wir heute, welches Modell der Einwilligung in die Organentnahme angemessen ist. Ich nehme für mich einmal in Anspruch, nicht nur darüber zu reden, sondern auch gehandelt zu haben. Ich selbst bin Organspender, meine Willenserklärung ist in der Datenbank von Swisstransplant hinterlegt, und meine Angehörigen sind entsprechend instruiert. Es geht dabei um einen Online-Akt von rund zehn Minuten. Dann müssen Sie noch auf einen Brief warten. Wenn Sie den bekommen, müssen Sie ihn unterschreiben und retournieren. Damit ist die Sache für Sie erledigt. Wenn wir das alle getan hätten, dann wäre die Diskussion heute wahrscheinlich eine andere.

Es ist mir bei meinem Entscheid zur Organspende wichtig, dass die Motivation selbstverständlich darin liegt, anderen mit meinen Organen zu helfen, wann und wo das möglich ist. Es ist mir aber auch entscheidend wichtig, dass das freiwillig geschieht und kein Akt der staatlichen Vermutung oder Anordnung ist. Es ist mein persönlicher Entscheid, wann welche Organe weitergegeben werden. Es ist mir wichtig, selbstbestimmt über meinen Körper und meine persönliche Integrität zu entscheiden und nicht von Staates wegen als Ersatzteillager für andere angesehen zu werden. Ein wichtiger Grund ist für mich auch, dass nicht meine Angehörigen über diese Frage entscheiden müssen, sondern dass ich diese Verantwortung selber trage.

Interessante Betrachtungen dazu hat auch die Nationale Ethikkommission angestellt. Sie hat die verschiedenen in Betracht kommenden Modelle geprüft und empfiehlt insbesondere eines davon, nämlich die sogenannte Erklärungsregelung. Die Organspende berührt unmittelbar die Interessen jeder einzelnen Person. Schwer kranke Menschen erhoffen sich von einer Transplantation Heilung oder Linderung ihres Leidens. Für potenzielle Spender oder Spenderinnen ist dagegen elementar, frei und selbstbestimmt darüber entscheiden zu können, was mit ihrem Körper nach dem Tod geschieht.

Die Frage, welches Modell der Einwilligung in die Organentnahme den auf dem Spiel stehenden Interessen am besten Rechnung trägt, ist umstritten und von verschiedenen ethischen Werten und Grundsätzen geprägt. Dazu zählen insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit, die Achtung der Verstorbenen und ihrer Angehörigen, Autonomie, Altruismus und Solidarität. Eine besondere Herausforderung ergibt sich daraus, dass diese Werte und Grundsätze zueinander in einem komplexen Spannungsverhältnis stehen. Die Nationale Ethikkommission widmet sich der Diskussion über die verschiedenen Modelle der Einwilligung wesentlich mit dem Ziel, die öffentliche Debatte zu fördern; diese führen wir heute weiter.

Nach Ansicht der Ethikkommission ist die heutige Situation unbefriedigend. Darüber sind wir uns einig. Ob schon die Bevölkerung der Organspende offenbar mehrheitlich positiv gegenübersteht, äussern nur wenige ihren Willen explizit. In der Folge tragen die Angehörigen die Last der Entscheidung. Letztlich stehen nicht genügend Organe zur Verfügung. Die Widerspruchsregelung der Initianten verspricht aus Sicht der Nationalen Ethikkommission indessen nicht nur keine Lösung dieser Problematik, sondern sie bedeutet im Verhältnis zur Zustimmungsregelung auch einen geringeren Schutz der Persönlichkeitsrechte der Verstorbenen.

Vor diesem Hintergrund ist meines Erachtens und auch seitens der Nationalen Ethikkommission eben das dritte Modell zu favorisieren. Im Rahmen einer Erklärungsregelung sollen Personen regelmässig aufgefordert werden, sich mit dem Thema der Organspende auseinanderzusetzen und sich dazu zu äussern, dies als eine Verpflichtung, aber ohne Zwang zur Erklärung. Dies ist eine Verpflichtung, bei der wir als Parlamentarier auch als Vorbilder vorangehen sollten. Die Erklärungsregelung trägt dem Selbstbestimmungsrecht am besten Rechnung, da es seltener zu unklaren Fällen kommt und die Angehörigen entlastet werden. Ich gehe davon



aus, dass sich die grundsätzlich positive Einstellung der Bevölkerung zur Organspende auch in einer höheren Zahl von Einträgen in das Spendenregister niederschlagen wird. Zugleich fördert dieses Modell am besten das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Organspende.

Hurni Baptiste (S, NE): En premier lieu, je déclare mes liens d'intérêts: je suis président de la section romande de la Fédération suisse des patients.

L'initiative qui nous est soumise, de même que le contre-projet indirect, est importante pour les patientes et les patients de ce pays. Car c'est tout un chacun qui, un jour, foudroyé par la nouvelle peut apprendre qu'il a besoin d'une transplantation d'un organe pour pouvoir survivre. Cela peut arriver à ses enfants, à ses parents, à ses voisins. Et c'est tout un chacun qui peut se retrouver devant la pénurie de donneurs qui sévit depuis trop longtemps en Suisse.

Car oui, le système actuel est problématique. A l'échelle européenne, les pays qui connaissent le système du consentement présumé proposé par les initiants bénéficient d'un taux de donneurs beaucoup plus élevé. Il est de l'ordre de 47 par million d'habitants en Espagne, alors qu'il était de 17 en Suisse avant la pandémie et que, pendant la pandémie, cela nous a été rappelé, il a encore diminué.

AB 2021 N 848 / BO 2021 N 848

La raison en est cruellement simple. La Suisse connaît une législation fondée sur le principe du consentement donné de manière expresse et non pas sur l'opposition au don. Dit autrement, le système proposé par les initiants repose sur l'idée que celles et ceux qui ne veulent pas donner leurs organes doivent le faire savoir, à l'inverse de ce qui se passe aujourd'hui. Cette déclaration serait évidemment gratuite et n'imposerait aucune représaille à l'encontre du citoyen qui refuserait le don.

Car, soyons clair, cette initiative revient à se poser la question de la manière dont l'indifférence et le désintérêt sur ce sujet seront traités. Oui, l'indifférence et le désintérêt, car, aujourd'hui, celles et ceux pour qui le don d'organes est important ont rempli leur carte depuis belle lurette. Demain, si cette initiative devait être acceptée, celles et ceux qui s'opposent au don d'organes le feront savoir de manière expresse. L'enjeu, c'est donc tous les autres. Toutes celles et tous ceux qui n'ont pas rempli une carte de donneur aujourd'hui et qui, demain, ne rempliraient pas de directives contre le don d'organes. Celles et ceux pour qui c'est l'indifférence et le désintérêt sur la question du don d'organes qui prime. Or, pour nous, la réponse politique doit être limpide: nous préférons que l'indifférence sauve des vies, plutôt qu'elle n'en tue.

C'est pour cela que nous devons recommander d'adopter le contre-projet et l'initiative.

Et qu'en est-il du libre choix de disposer de son corps, y compris dans la mort, me répondez-vous? Eh bien ce libre choix est, selon nous, mieux respecté avec l'initiative que dans le cadre de la législation actuelle. En effet, selon tous les sondages, presque 80 pour cent de la population est favorable au don d'organes, mais beaucoup moins de personnes font l'effort de remplir une carte ou d'émettre des directives anticipées.

Or, en pratique, souvent dans une situation tragique, les proches ne veulent pas prendre le risque de prendre une décision concernant le don des organes, car ils ne connaissent pas la position de leur proche en train de décéder. Mais le fait que la grande majorité de la population y soit favorable doit nous indiquer que celles et ceux qui ne disent rien y seraient de la même manière majoritairement favorables et, si l'initiative était acceptée, leur choix présumé serait ainsi mieux respecté. Comme je l'ai déjà dit, celles et ceux qui s'y opposent peuvent naturellement le faire valoir dans leurs dispositions anticipées.

Enfin, cette initiative n'est en rien un pas vers la marchandisation des organes, que nous combattons évidemment fermement – rappelons que le don d'organes est strictement encadré sur le plan international –, mais simplement une solution pragmatique et respectueuses des croyances de chacune et de chacun. Passer au système de l'opposition au don d'organes plutôt qu'au consentement exprès ne devrait bousculer les convictions de personne, mais devrait bien plutôt permettre de sauver des vies.

Müller-Altermatt Stefan (M-E, SO): Ich bin Mitglied der Kommission für Bioethik der Schweizerischen Bischofskonferenz. Freilich bin ich ein weltliches Mitglied, welches aufgrund seiner naturwissenschaftlichen Ausbildung und seiner politischen Tätigkeit und nicht wegen Verdiensten im Feld der Theologie oder der Ethik von den Bischöfen in diese Kommission berufen wurde. Es ist aber eben genau die Kombination all dieser Disziplinen, welche mich und auch die Kommission in Bezug auf die Organspende letztlich zum Ergebnis kommen liess, dass die erweiterte Widerspruchslösung, ergänzt mit einem Erklärungsmodell, die beste Lösung ist.

Es wurde jetzt schon ein paarmal gesagt: Die Fragen, die wir hier behandeln, sind frei von parteipolitischen und taktischen Überlegungen, und sie sind völlig unabhängig von irgendwelcher Interessenpolitik. Die Antworten auf die Fragen entspringen einzig persönlichen Überlegungen, Einstellungen und am meisten vielleicht



sogar Gefühlen. In einem Punkt sind sich aber alle einig: Die Organspendezahl in der Schweiz ist zu tief. Zu viele Menschen warten auf ein Organ, zu viele Menschenleben können nicht gerettet werden – die Organspendezahl muss erhöht werden. Nichtstun und damit Nichteintreten auf den Gegenvorschlag ist also keine Option.

Die Volksinitiative schlägt zur Lösung des Problems den zwar naheliegenden, aber letztlich sehr brachialen Weg der engen Widerspruchslösung vor. Ich lehne diesen Weg ab. Die Organspende ist ein Geschenk. Sie ist ein Geschenk des Spendenden an eine Leidende, an einen Leidenden. Ein Geschenk bedingt die Zustimmung des Schenkenden. Wenn ich etwas spende, wenn ich etwas schenke, ohne damit einverstanden zu sein, dann spende, dann schenke ich es nicht, dann wird es mir entrissen. So brutal ist es.

Statt des Automatismus der Spende sollte doch etwas völlig anderes geschehen: Jede und jeder soll animiert werden zu erklären, was mit den eigenen Organen geschehen soll. Das ist der Weg, welcher alle Möglichkeiten offenlässt und trotzdem klar ist. Man kann sein Einverständnis zur Spende geben, man kann die Spende ablehnen. Man kann die Entscheidung delegieren, oder man kann sich auch bewusst nicht äussern. Die im Gegenvorschlag vorgesehene Lösung will zwar etwas Druck von den Angehörigen nehmen, indem sie auch die Zustimmung ermöglicht. Sie ist aber erstens kompliziert und lässt eben zweitens nicht alle Optionen zu.

Neben der Kommission, in der ich Einsitz habe, steht auch die Nationale Ethikkommission hinter der Erklärungsregelung. Auch die Ethikgremien der anderen Religionen und Konfessionen befürworten sie. Ich sehe nicht ganz ein, weshalb man diese Stimmen ignoriert. Mir ist klar, dass dieser Weg einen Aufwand für den Bund darstellt. Vielleicht – und hier spricht jetzt eben der profane Politiker – wäre dieser Aufwand ja aber auch ein Boost für das elektronische Patientendossier.

Das Problem ist ja eigentlich schnell zusammengefasst. Die Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin hat es getan, und Kollege de Courten hat es vorhin auch wiedergegeben: Die Bevölkerung steht der Organspende offenbar mehrheitlich positiv gegenüber. Es äussern aber nur wenige ihren Willen explizit. Deshalb tragen die Angehörigen die Last, und ganz am Schluss haben wir dann nicht genügend Spenderorgane zur Verfügung. Die Volksinitiative ist kein gangbarer Weg zur Lösung dieses Problems. Sie unterminiert den Grundsatz der ausdrücklichen Freiwilligkeit. Der Gegenvorschlag geht in die richtige Richtung, missachtet aber das Problem der Last der Angehörigen.

Deshalb rate ich Ihnen: Empfehlen Sie die Volksinitiative zur Ablehnung, und stimmen Sie dem Gegenvorschlag zu. Erweitern Sie diesen mit der Erklärungsregelung!

Herzog Verena (V, TG): Die heutige Situation in Bezug auf die Organspende ist unbefriedigend. Obwohl aus Umfragen bekannt ist, dass die Bereitschaft in der Schweizer Bevölkerung zur Organspende grundsätzlich gross ist, bleibt der Schritt, einen Organspendeausweis zu beantragen, trotzdem leider häufig aus. Doch ist es nicht auch menschlich, dass man, solange man das Privileg genießt, gesund zu sein, und in seinem nahen Umfeld niemanden hat, der dringend auf ein Ersatzorgan angewiesen ist, immer tausend andere Dinge zu erledigen hat und schwierigere Themen und Aufgaben auf der Seite lässt? Ist es nicht auch wichtig für die Psychohygiene des Menschen, positiv zu denken, vom Guten auszugehen und nicht immer an mögliche Schicksalsschläge zu denken? Trotzdem ist klar: Es braucht neue Lösungen. Auch hier ist nebst anderen Lösungen Eigenverantwortung gefragt.

Die Widerspruchsregelung, wie sie mit der Volksinitiative verlangt wird, ist jedoch ganz sicher die falsche Lösung. Sie unterstützt nicht die Ermittlung des Willens der verstorbenen Person. Im Gegenteil, sie bedeutet im Verhältnis zur Zustimmungsregelung, wie wir sie heute kennen, einen geringeren Schutz der Persönlichkeitsrechte, insbesondere des körperbezogenen Selbstbestimmungsrechts. Beim indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates tragen die Angehörigen die Last der Entscheidung, aber sie werden wenigstens einbezogen. Das Widerspruchsmodell, wie es andere Länder kennen, und den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates, wie er in der Kommissionssitzung vorgelegen ist, lehne ich aus ethischen und liberalen Gründen klar ab. Die körperliche Integrität, das Selbstbestimmungsrecht haben absolute Priorität. Wir sind kein Ersatzteillager.

AB 2021 N 849 / BO 2021 N 849

Neue Lösungen sowie mehr und vor allem bessere Informationen und Anreize sind jedoch gefragt. Es sollen nämlich erstens dank Organspenden mehr Leben gerettet werden können. Zweitens kann es auch hilfreich sein, nicht just dann, wenn jemand aus dem näheren Umfeld plötzlich verstirbt und man bereits durch diesen Schicksalsschlag emotional enorm gefordert ist, auch noch über den Willen des Verstorbenen betreffend Organspende mutmassen zu müssen.

Ein erfolgversprechender Anreiz, ja eine Win-win-Situation, könnte durch das Reziprozitätsprinzip, eine Art Vorsorgelösung, geschaffen werden. Bei diesem kann der sich zur Organspende Bekennende bei eigener



Angewiesenheit auf eine Organspende nach Möglichkeit mit einer Bevorzugung rechnen. Auch das Erklärungsmodell, das der Bundesrat leider auf der Seite gelassen hat, würde zu einer klaren Verbesserung des indirekten Gegenvorschlages führen. Die Menschen müssten sich demnach nämlich mit dem Thema auseinandersetzen und würden motiviert, vermehrt Organe zu spenden.

Mit der von mir favorisierten Erklärungsregelung sollen alle Menschen in der Schweiz regelmässig aufgefordert werden, sich zum Thema zu äussern. Wichtig ist dabei, dass nebst dem Ja oder Nein zur Organspende auch die Möglichkeit gewährt wird, keine Erklärung abzugeben.

Das Erklärungsmodell hat verschiedene Vorteile:

1. Eine Erklärungsregelung trägt dem Selbstbestimmungsrecht am besten Rechnung, also dem Recht, selber über das Schicksal seiner Organe nach dem Tod entscheiden zu können.
2. Es käme dadurch seltener zu unklaren Fällen, was insbesondere die Angehörigen enorm entlasten würde.
3. Es ist anzunehmen, dass sich mit der Aufforderung zur Erklärung die grundsätzlich positive Einstellung der Bevölkerung zur Organspende auch in einer höheren Anzahl von positiven Einträgen im Spendenregister niederschlagen würde.

Wenn trotz Aufforderung zur Erklärung keine solche erfolgt ist und keine Angehörigen erreicht werden können, soll jedoch nach meiner Ansicht die erweiterte Zustimmungsregelung, wie sie heute besteht, mit dem Erklärungsmodell kombiniert werden. Die Organspende muss eine bewusste Entscheidung der Spenderin oder des Spenders respektive der Angehörigen bleiben. Diese Lösung wahrt die Persönlichkeitsrechte am besten. Aus dem Schweigen darf man nicht auf Zustimmung schliessen, auch nicht bei einer Erklärungsregelung. Es gibt ja auch Menschen, die keinen Zugang zur Erklärung haben. Für sie ist eine Zustimmungslösung im Fall einer fehlenden Erklärung umso wichtiger.

Burgherr Thomas (V, AG): Ich schliesse mich dem Antrag von Siebenthal an und möchte somit nicht auf den Entwurf 1 eintreten, dies aus unterschiedlichen Gründen:

1. Ich möchte gewährleisten haben, dass zu dieser sehr tiefgreifenden Thematik zwingend eine Volksabstimmung stattfindet und sich für einen Systemwechsel Volk und Stände positiv äussern müssen. Mit dem Gegenvorschlag wird eine Volksabstimmung umgangen. Die doch sehr wichtige Frage, ob von Staates wegen den Menschen in unserem Land ohne Zustimmung Organe entnommen werden dürfen, muss aus meiner Sicht obligatorisch vom Volk entschieden werden. Die Initiative garantiert das, der Gegenvorschlag gerade nicht. Damit gefährden wir das Vertrauen in unsere Institutionen und wahrscheinlich sogar in die Organspende selbst, was dem Grundanliegen sogar schaden könnte.

2. Damit hängt auch zusammen, dass das Anliegen staatspolitisch extrem heikel ist. Wir müssen uns schon bewusst sein, dass wir hier einen massiven Systemwechsel einleiten. Wir verabschieden uns von der Freiheit und der Selbstbestimmung. Wir stellen den Staat und das Kollektiv über alles. Ich bin der Meinung, dass Schweigen nicht automatisch als Zustimmung gewertet werden kann. Das ist nirgends so. Das ist bei Volksabstimmungen nicht so, weil sonst jede Initiative angenommen würde, wenn wir die Schweigenden einfach zu den Ja-Stimmen zählen. Es ist aber auch im Privaten nicht so. Wenn ich ein Angebot mache und der andere nachher schweigt, kann ich doch nicht einfach von einer Zustimmung ausgehen.

Die Ratslinke war ja etwa auch dagegen, dass Verträge automatisch verlängert werden, und dafür, dass die Leute immer aktiv gefragt werden müssen, ob sie das noch wollen. Oder wir diskutieren hier im Parlament, ob es für einen einvernehmlichen Sex ein klares Ja braucht oder ob – wie bis heute – ein fehlendes Nein genügt. Der Unterschied ist, dass wir bei diesen Beispielen vom Verhältnis zwischen Privaten sprechen. Hier und jetzt sprechen wir aber davon, ob mit staatlicher Macht die Unversehrtheit des Körpers und das Recht auf Selbstbestimmung übergangen werden darf, wenn kein eindeutiges Nein vorliegt. Wir müssen davon ausgehen, dass es zu Organentnahmen ohne Einwilligung der Betroffenen und ohne Kenntnis ihres Willens kommen würde. Das will ich auf keinen Fall gutheissen.

3. Es wird zu einer grossen Kampagnenbürokratie kommen. Die Bevölkerung muss dann zwingend regelmässig, grossflächig und wahrscheinlich eindringlich informiert werden, dass jemandem die Organe entnommen werden, wenn man nicht den gegenteiligen Willen äussert. Das wird so einiges kosten, und diese Administration, deren Nutzen fraglich ist, werden wir dann wohl nie mehr wegstreichen. Ich frage mich schon, ob man mit der Energie, diese Initiative zu lancieren, nicht gescheiter direkt eine kreative Kampagne hätte starten können, um die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Das wäre eine private und unterstützungswürdige Kampagne mit viel Impact gewesen.

4. Es stört mich einfach, wenn wir staatliche Massnahmen beschliessen, die offenbar gar nichts bringen. Es gibt keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die bestätigen oder belegen, dass eine solche Widerspruchslösung zu mehr Organspenden führt. Das macht die Sache nur noch schlimmer.



Barrile Angelo (S, ZH): Ich gebe zuerst meine Interessenbindungen bekannt: Ich besitze seit meiner Jugend einen Organspendeausweis – also mehr als die Hälfte meines Lebens –, und ich bin im Patronatskomitee der Initiative. Deshalb befürworte ich sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag.

Die Tatsache, dass in der Schweiz im Moment ungefähr 1500 Menschen auf dieser Warteliste sind und von ihnen jährlich 50 bis 100 sterben, weil die Organe nicht rechtzeitig kommen, finde ich traurig – als Arzt, vor allem aber auch als Mensch. Sie zeigt, dass die bisherigen Bemühungen nicht zum Ziel geführt haben. Die Gegner und Gegnerinnen, die mehr Aufklärung und Kampagnen fordern, beachten nicht, dass das schon gemacht worden ist und dass es nicht zum Ziel führt. Ich nehme als Beispiel uns in diesem Saal, die 200 Nationalratsmitglieder. Wenn wir davon ausgehen, dass die Sensibilisierung für das Thema automatisch dazu führt, dass sich Mann oder Frau dazu äussert, sollten heute alle hier drin einen Ausweis auf sich tragen und darauf angekreuzt haben: "Ja, ich spende" oder "Nein, ich spende nicht". Tatsächlich wird es so sein, dass sich die meisten immer noch nicht dazu geäußert haben, obwohl wir darüber diskutieren. Deshalb müssen wir eine andere Lösung suchen und finden.

In den letzten Monaten gab es Momente, da war ich näher beim Tod als beim Leben, ich gebe es zu. Da musste ich mich gezwungenermassen mit dem Sinn des Lebens und auch mit der Frage auseinandersetzen: Was geschieht nach dem Tod? Ich habe meine persönlichen Antworten gefunden, aber ich habe auch nach wissenschaftlichen Antworten gesucht. Ich habe Literatur gelesen – spannenderweise sind sterbende Menschen, als sie gefragt wurden, zu denselben Zielen und Ergebnissen gekommen wie ich. Am Ende des Lebens sagen alle: "Jedes Leben ist gleich viel wert, meines, aber auch das der anderen, und wir müssen akzeptieren, dass jedes Leben irgendwann endet, ob wir es wollen oder nicht. Wir sind alle Teil eines grossen Ganzen. Selber sind wir zwar wichtig, aber nicht wichtiger als die anderen." Da haben wir manchmal die Tendenz, uns eher zu wichtig zu nehmen.

Spannend ist auch das Ziel jedes Sterbenden, dass nach dem Tod mehr Gutes als Schlechtes übrig bleiben soll. Vor allem spannend dabei ist, dass man am Schluss, wenn man wirklich dem Tod in die Augen sieht, sagt: "Jedes Leben ist da, um Leben zu erhalten; zuerst mein eigenes, und wenn ich nicht mehr da bin, dann andere Leben." Es gibt auch in

AB 2021 N 850 / BO 2021 N 850

der Tierwelt gewisse Individuen, die sich für das Leben von anderen opfern.

Die Mehrheit wäre bereit, Organe zu spenden, wenn man sie im letzten Moment fragte. Der aktuelle Zustand des Mangels an Spenderorganen widerspiegelt diese Bereitschaft nicht. Ja, die Gegnerinnen und Gegner haben recht damit, dass die Verfassung die Selbstbestimmung und die Unversehrtheit schützt, aber die Verfassung schützt auch die Gesundheit und das Leben derer, die noch leben. Es sind zwei Güter, die wir abwägen müssen und die beide von der Verfassung geschützt werden. Wir müssen entscheiden, welches wichtiger ist. Ich entscheide mich für das Leben und stimme zweimal Ja.

Glättli Balthasar (G, ZH): Es gibt im Leben viele Situationen, in denen es bei einer Entscheidung keinen neutralen Raum gibt. Sie können nicht nicht entscheiden. Wenn ein Mensch gestorben ist, gibt es eine bestimmte Zeitspanne, während der man die Organe noch transplantieren könnte. Während dieser Zeitspanne muss man entscheiden. Wenn man nicht entscheidet, entscheidet man auch. Deshalb dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass der Status quo der Selbstbestimmung in irgendeiner Art und Weise mehr Rechnung tragen würde als die vorgeschlagene erweiterte Widerspruchslösung.

Das ist auch sonst in anderen Themenbereichen so. Nehmen wir – als Grüner liegt mir das jetzt nahe – die Klimapolitik. Wenn Sie sich entscheiden, nichts zu machen, dann können Sie nicht irgendwann zurückgehen in den Juni 2021 und sagen: "Wir haben jetzt dieses CO2 nicht ausgestossen, weil wir gemerkt haben, es war falsch. Wir gehen jetzt zurück und sagen trotzdem noch Ja zum CO2-Gesetz." Sie müssen jetzt Ja sagen – und wenn Sie jetzt nicht Ja sagen, sagen Sie Nein. Das hat auch Konsequenzen. Die Präambel unserer Verfassung bringt das ja in diesem einfachen, aber gleichzeitig philosophisch komplexen Satz zum Ausdruck. Wir – die Eidgenossinnen und Eidgenossen – sollen uns gewiss sein, dass Freiheit eben auch eine Verpflichtung ist. Es heisst: "gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht". Das heisst, wenn wir hier von Freiheit und Selbstbestimmung sprechen, ist das ein Recht, es ist aber auch eine Pflicht. Die Frage, die wir uns jetzt stellen müssen, ist, wie wir als Gesetzgeber uns in einer Situation positionieren, die nie neutral ist und in der wir immer die einen oder die anderen Interessen verletzen, wenn wir etwas annehmen.

Ich muss Ihnen ganz offen sagen, hier ist es auch ethisch zulässig, wenn man sagt: Die Vorgabe muss sich doch auch auf die vermutete Entscheidung ausrichten, also auf das, was passiert, wenn jemand sich nicht bemüht fühlt, von seiner Freiheit zu entscheiden Gebrauch zu machen. Hier haben wir klare Aussagen. Alle



Umfragen zeigen, dass ein grosser Teil der Menschen – ein viel grösserer Teil im Vergleich zur Anzahl der Personen, die am Schluss eine Erklärung verfassen – einer Organspende zustimmt.

Aber, und das ist ganz wichtig, wir müssen natürlich auch darauf achten, dass niemand diesen Entscheid verpasst. Deshalb bin ich ein sehr starker Verfechter der Erklärungslösung light, wie sie von der Minderheit Nantermod vertreten wird. So werden wir gezwungen, uns dieser schwierigen Frage immer wieder zu stellen. Ich verstehe hier bis zu einem gewissen Teil sogar die Vertreter der SVP, wenn sie sagen, dass wir eigentlich wirklich in Richtung Erklärungslösung gehen sollten. Ich verstehe das, da Sie doch mit diesen berechtigten Anliegen vor uns treten. Ich verstehe aber nicht, weshalb Sie dann nicht Ja dazu sagen. Aus Ihrer Sicht ist das vielleicht nicht der perfekte Vorschlag, aber es ist doch der Vorschlag, der dem am nächsten kommt, was Sie eigentlich favorisieren, nämlich, dass man die Entscheidung einfordert. Die Entscheidung einzufordern, heisst, die Menschen an ihre Freiheit zu erinnern.

Sagen Sie Ja dazu, und sagen Sie auch Ja zum Antrag der Minderheit Nantermod.

Fluri Kurt (RL, SO): Ich gebe zu, dass ich ein sehr einfach strukturierter Mensch bin. Ich habe keinerlei Beziehung zu meiner Leiche, weder in ethischer noch in religiöser Hinsicht. Irgendwann werde ich diese Welt abgasgereinigt durch den Kamin unseres Krematoriums verlassen. Ob ich das als Ganzes oder fragmentarisch tue, ist mir völlig egal – wirklich völlig egal. Ich verstehe nicht ganz, wie man diese Frage so überhöhen kann, wie das heute verschiedentlich gemacht worden ist. Insbesondere verstehe ich nicht, wie man daraus eine ideologische Frage machen und – wie Herr Rutz – Grundrechte des Individuums gegen die Sozialpflichtigkeit stellen kann. Es geht hier nicht um eine Grundrechtsfrage. Der tote Körper hat keinen Grundrechtsschutz mehr. Er ist strafrechtlich durch Artikel 262 Absatz 2 des Strafgesetzbuches geschützt, aber nicht grundrechtlich.

Verschiedene Aussagen, die gemacht worden sind, wundern mich. Wenn gesagt worden ist, es gehe um die Frage, Tote zu retten oder Leben zu retten, dann geht es in Tat und Wahrheit um die Frage, Leben zu retten oder absterbende Organe zu erhalten. Wenn die Minderheitssprecherin sagt, es gehe um Leben und Tod, jede Sekunde zähle, dann frage ich mich, wieso man dann nicht die enge Widerspruchslösung unterstützt. Nur diese garantiert einen möglichst schnellen Ablauf, der eben Leben retten kann. Wenn der Sprecher der Mitte-Fraktion sich auf die Solidarität bezieht, dann frage ich mich, wieso er gleichzeitig die Initiative ablehnt.

Herr von Siebenthal spricht von einer existenziellen Frage. Bei einer verstorbenen Person geht es aber nicht um eine existenzielle Frage. Es geht bei den potenziellen Organempfängern um eine existenzielle Frage, nicht bei den Verstorbenen. Für mich steht die Rettung dieser vom verhinderbaren Tod bedrohten Personen im Vordergrund. Das Risiko, dass Organe von jemandem entnommen werden, der das möglicherweise nicht gewollt hätte, ist mir weniger wichtig als die Möglichkeit, Leben zu erhalten und Leben zu retten.

Die Mitte-Fraktion und andere stellen den Willen des Verstorbenen in den Vordergrund. Für mich hingegen stehen die Chancen der Lebenden im Vordergrund. Wem seine Organe auch über den Tod hinaus so wahnsinnig wichtig sind, der soll das eben kurz vermerken. So wie man heute seinen Willen, Organe zu spenden, kurz vermerken kann – wie von Herrn de Courten geschildert –, so geht es eben auch umgekehrt. Das wäre auch ein weiteres Argument dafür, das elektronische Patientendossier endlich einzuführen.

Mit diesen Überlegungen ist für mich klar die Volksinitiative, zumindest aber der Gegenvorschlag, zu unterstützen.

Heer Alfred (V, ZH): Herr Kollege Fluri, ich habe eine Frage. Es ist eine schwierige Thematik, und ich weiss auch noch nicht, wie ich abstimmen soll, aber ich habe eine Frage. Sie haben jetzt immer von verstorbenen, von toten Personen gesprochen und davon, dass wir die Lebenden mit den Organen dieser Toten retten müssen. Aber sind Sie mit mir einig, dass diese Personen bei der Organentnahme eben nicht tot waren? Sie lebten noch, sie waren noch nicht verstorben. Man kann nicht Organe von toten Personen nehmen, weil diese Organe ja dann abgestorben sind. Diese Personen lebten also noch. Sie mögen hirntot gewesen sein, aber sie waren nicht verstorben in dem Sinn, dass sie tot waren und nicht mehr lebten. Das ist doch ein wesentlicher Unterschied. Sonst sprechen Sie einmal mit einem Arzt, der solche Organe entnimmt. Fragen Sie ihn, wie ein Körper eines solchen angeblich Toten reagiert. Was sagen Sie dazu?

Fluri Kurt (RL, SO): Es geht hier, Herr Kollege Heer, nicht um Scheintote, sondern es geht um Gehirntote – und damit um Tote. Die Organe sind noch funktionsfähig, sie können in andere lebende Körper eingesetzt werden, sie können aber nur Toten entnommen werden.

von Siebenthal Erich (V, BE): Kollege Fluri, wie es aussieht, ziehen die Initianten, wenn der Gegenvorschlag durchkommt, die Initiative zurück. Folglich gibt es ohne Referendum keine Volksabstimmung. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass das Volk dringend über eine so wichtige, persönliche Angelegenheit, die mit dieser



Initiative thematisiert wird, abstimmen sollte?

AB 2021 N 851 / BO 2021 N 851

Fluri Kurt (RL, SO): Ich bin der Auffassung, dass dieses Thema nicht obligatorisch dem Referendum unterstellt werden sollte. Es geht, wie gesagt, nicht um eine Grundrechtsfrage, eher um eine praktische Frage: Will man das Prinzip umkehren, weg von der ausdrücklichen Erklärung, der Entnahme zuzustimmen, hin zum Prinzip, dass man Widerspruch erheben soll? Das ist für mich keine verfassungswürdige Frage.

Crottaz Brigitte (S, VD): Le don d'organes est un sujet hautement émotionnel, on le voit aujourd'hui. Pour avoir vécu plusieurs fois cette situation en tant que médecin en soins intensifs, je trouve que le rôle que l'on laisse aux proches est réellement difficile à assumer.

Qu'est-ce qu'il peut y avoir de pire que d'être confronté brutalement à la perte d'un être cher et, à ce moment-là, d'entendre le corps médical vous demander si la personne avait émis un avis concernant son acceptation ou non d'être donneur d'organes, et si la famille accepte que l'on procède à un prélèvement d'organes dans les heures à venir?

Il est donc évident que le fait d'avoir clairement explicité son choix, qu'il soit positif ou négatif, et que ce choix soit consigné dans un registre accessible au personnel des hôpitaux chargé de gérer les transplantations est de loin la meilleure solution. C'est ce que vise le contre-projet, tout en laissant les proches se prononcer lorsqu'aucune information n'a été notifiée par la personne défunte, ce qui en fait un consentement présumé au sens large. C'est malheureusement la faiblesse du contre-projet car il n'y aura qu'une faible proportion de la population, du moins dans un premier temps, qui fera cette démarche d'inscription volontaire, et alors la décision difficile reviendra à nouveau, comme c'est le cas actuellement, aux proches qui, on le sait, refusent le don d'organes dans plus de 60 pour cent des cas.

La difficulté de convaincre les personnes de signifier clairement de leur vivant qu'elles souhaitent ou ne souhaitent pas être donneuses résulte d'une conjonction de problèmes: les campagnes d'information existent déjà mais ne convainquent que très peu de personnes de s'inscrire au registre des donneurs d'organe. Les médecins ou pharmaciens peuvent bien sensibiliser la population lors des consultations, mais cela ne touche pas tout le monde. Et surtout, très peu de monde a envie de réfléchir à ce sujet et de se projeter au moment de sa mort. Enfin, même si l'on a signé une carte de donneur, on ne l'a pas forcément toujours sur soi et elle n'est pas forcément accessible facilement aux proches, qui ont d'autres préoccupations dans ces moments douloureux.

La deuxième meilleure solution serait l'accord présumé au sens strict, selon lequel chaque personne en Suisse serait pleinement consciente d'être potentiellement donneuse d'organes et selon lequel il n'y aurait que les personnes opposées à cela qui le signifieraient clairement, sachant que près de 80 pour cent des personnes en Suisse se disent favorables au don d'organes. On aurait donc un registre des seules personnes opposées. Là aussi, la tâche des équipes de transplantation serait plus aisée. C'est ce que vise l'initiative.

Cette proposition permettrait de façon certaine d'augmenter le nombre de donneurs, donc d'organes à transplanter, donc de receveurs dont la qualité de vie serait améliorée, ce qui induirait indirectement une baisse des coûts de la santé.

Dans cette discussion hautement émotionnelle, on doit aussi se placer de l'autre côté du problème et se mettre à la place des quelque 1400 personnes en Suisse en attente d'une greffe d'organe. L'initiative augmenterait substantiellement leur chance d'en bénéficier et de voir ainsi leur qualité de vie transformée, voire leur vie sauvée.

En 2020, 519 transplantations ont pu être réalisées, mais, dans le même temps, 72 personnes sur liste d'attente sont décédées sans avoir pu recevoir l'organe qui les aurait sauvées.

L'initiative améliorerait très nettement cette statistique. La Suisse, avec 18,4 donneurs par million d'habitants en 2019, occupe en effet l'une des dernières places dans le classement européen et, depuis 2019, on assiste de plus à une baisse globale d'environ 20 pour cent des dons, ce qui fait craindre une surmortalité des patients sur liste d'attente. Heureusement, pourrait-on dire, il existe une augmentation du nombre d'organes importés de l'étranger, ce qui peut compenser un peu cette baisse des dons en Suisse.

Le contre-projet étant plus nuancé, il y a de forts risques que le nombre de dons d'organes n'augmente pas clairement, du moins dans un premier temps, et c'est ce que prédit Swisstransplant. Il faudra beaucoup plus que des campagnes de sensibilisation au don d'organes qui ont été faites jusqu'à présent pour que les 80 pour cent des Suisses qui souhaitent être des donneurs potentiels s'inscrivent dans ce registre, où ne figurent actuellement que 0,1 pour cent de la population.



Pour ma part, pour avoir vu la souffrance des personnes en attente d'une greffe et également la souffrance de leurs proches, je suis d'avis qu'il faut soutenir l'initiative et obliger ainsi indirectement chaque personne en Suisse à se positionner par rapport à son souhait ou son refus – tout à fait respectable d'ailleurs – d'être un potentiel donneur. Il va de soi que je soutiens également le contre-projet si l'initiative est retirée, et que j'espère vivement que le passage du consentement explicite au consentement présumé augmentera le nombre de donneurs et donc de bénéficiaires.

Reimann Lukas (V, SG): Ich reichte im Jahr 2012 die parlamentarische Initiative 12.473, "Änderung des Transplantationsgesetzes. Einführung des Widerspruchsverfahrens", ein. Tatsächlich folgte ihr 2013 eine Mehrheit in diesem Rat. Allerdings wurde sie dann im Ständerat mit 24 zu 18 Stimmen mit sehr freundlicher Unterstützung von Bundesrat Alain Berset abgelehnt, der da meinte, er mache eine Informationskampagne, die dann viel besser wirke als die Änderung des Systems. Heute müssen wir feststellen: Sein Plan oder seine Aufklärungsarbeit hat eben nicht gewirkt. Es ist nach wie vor so, dass ein ganz grosser Teil der Bevölkerung zwar die Organspende unterstützt, aber nicht einmal ein Zehntel einen Organspendeausweis auf sich trägt.

Solange Menschen in ihrem persönlichen Umfeld nicht von einer Organspende betroffen sind, befassen sie sich kaum mit diesem Thema. Wozu auch? Gemäss Bundesamt für Gesundheit zeigt sich, dass in 98 Prozent der Fälle Angehörige bzw. nahestehende Personen über die Organspende entscheiden müssen und nur in 2 Prozent der Fälle ein Spenderausweis vorliegt. In jedem vierten Fall muss sogar ein Richter darüber entscheiden. Die aktuelle Zustimmungslösung, die davon ausgeht, dass sich ein potenzieller Spender vorgängig eingehend mit der Organspende befasst, ist zu idealistisch. Ist kein Organspendeausweis vorhanden, sind Angehörige erfahrungsgemäss emotional überfordert, wenn sie beim Sterbenden bezüglich der Organspende eine Entscheidung treffen müssen. Ärzte stehen vor der Schwierigkeit, dass sie Angehörige zusätzlich zur Orientierung über den nahenden Tod mit der Frage der Organspende belasten müssen. Auch das ist unangenehm.

Eine Widerspruchslösung verschliesst sich nicht dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Gleichzeitig bezieht sie aber die grosse Mehrheit der Bevölkerung ein, welche im Fall des Ablebens grundsätzlich Organe spenden möchte. Ich möchte an dieser Stelle klar sagen: Es ist nicht so, dass ich die, die spenden wollen, für besser halte. Das kam heute vielleicht in einigen Voten ein bisschen so an gegenüber denjenigen, die das nicht wollen. Es hat jeder Mensch weiterhin das Recht zu sagen: "Ich will das", "Ich will das nicht" oder "Ich will mich gar nicht damit befassen". Auch das kann man weiterhin tun. Es hat so oder so eine Konsequenz. Aber die Konsequenz ist dann halt: Man kann die Organe verwenden. Dies gilt anstelle der heutigen Konsequenz, dass man sie nicht verwenden kann. Letztendlich ist das Verwenden der Organe – das sage ich hier auch zu denjenigen, die das Christentum vertreten möchten – ein Akt der Nächstenliebe.

Zu meinem Kollegen Burgherr möchte ich sagen, dass in Artikel 6 des Obligationenrechts seit 1905 Folgendes steht: "Ist [...] eine ausdrückliche Annahme nicht zu erwarten, so gilt der Vertrag als abgeschlossen, wenn der Antrag nicht binnen angemessener Frist abgelehnt wird." Es gibt also durchaus auch die stillschweigende Zustimmung im Schweizer Recht, und das schon seit über hundert Jahren. In diesem Bereich

AB 2021 N 852 / BO 2021 N 852

hier könnten wir wirklich Menschenleben retten. Hier geht es im wahrsten Sinne des Wortes um Leben oder Tod.

In diesem Sinne unterstütze ich den Gegenvorschlag zur Initiative. Ich unterstütze es auch, wenn der Bundesrat die Forschung im Bereich von Kunstherzen und anderen Ersatzorganen stärken würde.

Flach Beat (GL, AG): "Ich schänke dir mis Härz, meh han i nid", so ähnlich singen es Züri West in einem sehr schönen, romantischen Lied. Das ist aber letztlich vielleicht auch das, was wir uns am Ende unseres Lebens überlegen müssen: Was bleibt?

Politik hat immer einmal wieder auch sehr sensible Themen zu behandeln. Wir haben diese Woche über das Versicherungsaufsichtsgesetz debattiert. Wir haben jetzt eine Vorlage auf dem Tisch liegen, die nicht politisch so gewichtet wird wie üblich und uns nicht in ein linkes und ein rechtes Lager aufteilt, sondern bei der es um ethische Fragen geht. Bei dieser Thematik haben wir Fragen zu stellen und zu beantworten wie vielleicht die nach dem eigenen Sein, nach dem Sinn und nach dem Ende des eigenen Lebens. Es sind Fragen nach der Rolle des Staates in diesem Zusammenhang und der Fürsorge für andere – von uns selber, aber auch vom Staat. Es sind Fragen nach der Rolle der Hinterbliebenen und danach, was sie tun sollen und wo wir sie unterstützen können in diesen schweren Stunden, wenn es darum geht zu entscheiden, ob bei einem Verstorbenen Organe entnommen werden können. Es geht dort auch um die Frage nach der Fürsorge für



Angehörige von Personen, die in unserem Land seit Jahren auf ein Organ warten.

Die heutige Situation ist unbefriedigend. Die Zustimmungslösung entspricht ziemlich sicher nicht mehr dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Mit der Zustimmungslösung und der Datenbank, in welcher man sich aktiv eintragen lassen kann, wenn man seine Organe spenden will, haben wir im Moment eine Lösung, die von einem Grossteil der Bevölkerung nicht wahrgenommen wird. Es stellt sich nun die Frage, ob sie nicht wahrgenommen wird, weil man keine Organe spenden will, weil man sich darüber keine Gedanken macht oder weil man vielleicht denkt: "Das kann mir ja sowieso nicht passieren, weil ich noch jung und frisch und gesund bin – was soll das also?" Dann braucht es halt vielleicht eine Situation, die einem wieder in Erinnerung ruft, dass es eben auch anders kommen kann.

Es ist häufig so, dass im Bekannten-, Freundes- und selbst im engsten Familienkreis nicht darüber gesprochen wird, was in dieser Situation passieren soll. Man kennt dann zwar vielleicht das Lieblingsessen, die Lieblingsbeschäftigung und die Lieblingsfussballmannschaft des Verstorbenen, man weiss aber nichts darüber, ob er im Falle seines Ablebens auch seine Organe spenden möchte.

Die Initiative nimmt hier, glaube ich, etwas Wichtiges auf. Es ist eine proaktive Lösung, die hier angestrebt wird. Mit dieser Widerspruchslösung muss man sich Gedanken machen, wenn man die Organspende nicht will. Die Angehörigen werden mit dem Gegenvorschlag, wie ihn die Kommission erarbeitet hat, mit einbezogen. Damit lässt sich eine Lösung finden, die in meinen Augen wahrscheinlich für den grössten Teil der Bevölkerung stimmt – und wenn es nicht stimmt, dann hat man immer noch die Möglichkeit zu sagen, dass man das nicht will.

Der Vorteil dabei ist auch, dass man seine Meinung auch im letzten Moment noch ändern kann. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum es so wenig Organspendeausweise gibt. Denn die Menschen haben sich noch gar nicht überlegt, ob sie die Organspende wollen und was passiert, wenn sie sie dann doch nicht wollen. Denn letztlich ist es, glaube ich, einfach so, dass wir dem Willen der Verstorbenen Rechnung tragen müssen, wenn sie überhaupt einen Willen in dieser Frage haben. Darum stimmt es auch nicht, dass man, wie gesagt wurde, dringend eine Volksabstimmung machen sollte, damit die Menschen über diesen individuellen Schritt entscheiden können. Die Volksabstimmung über die Frage einer Zustimmung- oder Widerspruchslösung beinhaltet keine individuelle Entscheidung darüber, ob man die Organe entnehmen darf oder nicht.

Ich habe eine Patientenverfügung gemacht, mich darf man brauchen. Der Rest meines Körpers soll verwendet werden. Ich will damit vielleicht anderen helfen. Ich schenke gerne jemandem, der es dringend braucht, mein Herz. Wenn ich tot bin, ist meine Persönlichkeit erloschen, und ich brauche es nicht mehr.

Wehrli Laurent (RL, VD): Ce sujet étant évidemment et naturellement émotionnel, il convient de revenir à l'objectif central de cette initiative et de ce contre-projet du Conseil fédéral: sauver des vies. Je suis persuadé que nous souhaitons toutes et tous sauver des vies. L'initiative et le contre-projet que nous étudions aujourd'hui y contribuent directement et, en ce sens, doivent être soutenus.

Permettez-moi tout d'abord de féliciter et de saluer l'engagement de la Jeune chambre internationale Riviera et de ses homologues des autres régions, et de les remercier d'avoir réussi le pari de réunir les signatures suffisantes pour replacer ce sujet dans le débat politique, afin de renforcer les mesures prises ces dernières années et mises en oeuvre notamment par Swisstransplant, dont je salue également l'engagement.

Toutes les mesures prises ces dernières années, bonnes en tant que telles, ont démontré néanmoins leur limite. J'ai eu l'occasion, comme d'autres collègues actuels et anciens, tel Laurent Favre, actuellement conseiller d'Etat du canton de Neuchâtel, d'intervenir à plusieurs occasions, ici au Parlement et ailleurs, pour renforcer la communication, les incitations, la simplification des procédures, etc. Quelques réponses ont été apportées, comme, par exemple, l'information systématique dans les écoles de recrues. Mais les derniers chiffres, déjà largement évoqués ce jour, sont hélas plus que clairs: moins de dons, plus de personnes en attente, plus de morts parce que ces personnes n'ont pas pu obtenir à temps l'organe dont elles avaient besoin.

Alors il est temps d'inverser les modalités mises en oeuvre jusqu'à aujourd'hui. Plusieurs pays, dont plusieurs pays européens et chrétiens, ont déjà fait le pas et ont vu la situation au niveau du don d'organes s'améliorer, avec comme heureuse conséquence des vies sauvées, ce qui est, rappelons-le, notre objectif à tous.

Les modalités proposées dans cette initiative – reprises et précisées dans le contre-projet – sont simples et respectueuses de la volonté de chacune et de chacun. La personne qui ne souhaite pas donner un organe aura toute possibilité de le signaler et d'inscrire cette volonté dans un registre national. En cas de doute, et si nécessaire, les proches pourront encore intervenir. Ces modalités permettront surtout d'assurer plus simplement ce moment si délicat de la fin de vie et du don d'organes.

Permettez-moi encore une touche personnelle. En tant que président des pompiers suisses et en tant que chrétien, je soutiens pleinement ces modalités et vous incite à en faire de même afin qu'ensemble, nous puissions renforcer l'atteinte de notre objectif commun, à savoir sauver des vies.



Gutjahr Diana (V, TG): Ich bin bereit, meine Organe zu spenden, um nach meinem eigenen Tod andere Leben retten zu können. Ich bin aber auch unter dem Gesichtspunkt dazu bereit, dass man nie weiss, wann man selber mit der zerreissenden Mitteilung konfrontiert ist, auf ein Spenderorgan angewiesen zu sein, um weiterleben zu können. Das ist ein Gedanke, der mich beschäftigt und mit dem sich alle auseinandersetzen sollten. Ich handle deshalb nach dem Motto "Das Leben ist ein Würfelspiel, und ich würfle alle Tage".

Seit zehn Jahren bin ich überzeugte Organspenderin und kann damit bis zu sieben Menschenleben retten. Auch als Blut- und eingetragene Knochenmarkspenderin leiste ich meinen solidarischen Beitrag. Natürlich begleitet mich immer ein mulmiges Gefühl, dafür plötzlich aufgeboten zu werden. Man muss sich täglich darüber im Klaren sein, dass es jede und jeden – also auch mich – treffen könnte. Dabei würde es mich, aber auch meine Angehörigen, unglaublich erleichtern, wenn schnell Hilfe in Sicht wäre.

Mit diesem indirekten Gegenvorschlag gewinnen wir also alle. Die Organknappheit und damit das Bangen auf ein

AB 2021 N 853 / BO 2021 N 853

Weiterleben werden sich sonst in den nächsten Jahren noch zuspitzen, wenn immer weniger Organe gespendet werden; dies nicht, weil Personen nicht spenden möchten – wir haben es gehört, über 80 Prozent der Bevölkerung wären bereit dazu –, sondern weil der Wille der betreffenden Person nicht bekannt ist. Man setzt sich also viel zu wenig mit seinem eigenen Ableben auseinander.

Meinen Entscheid, Organspenderin zu werden, haben verschiedene Informationssendungen, aber auch Fachberichte bestärkt. Es ist ein unglaublich komplexer und alles andere als leichtsinniger Vorgang, der von vielen verschiedenen Komponenten abhängt. Aktuell warten in der Schweiz rund 1500 Menschen auf ein neues Organ. Alle Alterskategorien sind davon betroffen. Zeitgleich sterben jährlich etwa 100 Personen, weil ihnen kein passendes Organ zugeteilt werden kann. Gleichzeitig irritiert es mich, dass die Schweiz in den vergangenen Jahren in der Regel mehr Organe von den europäischen Staaten erhalten hat, als sie an diese Länder abgegeben hat. Gerade gestern konnten wir den Medien entnehmen, dass vier von fünf Kinderherzen aus dem Ausland stammen.

Es ist und bleibt natürlich ein persönlicher Entscheid, ob man sich dafür bereit erklärt oder nicht. Das bleibt auch weiterhin so. Man muss sich aktiv mit dieser Frage auseinandersetzen, und zwar regelmässig. Als registrierte Organspenderin habe ich meinen Angehörigen den schwierigen Entscheid abgenommen und meinen Willen klar geäussert. Meine Angehörigen sind mir dafür dankbar, dass sie sich in einer ohnehin schon traurigen Situation nicht auch noch mit dieser Frage auseinandersetzen müssten. Denken wir daran: Die Frage nach der Organspende ist unausweichlich. Halten wir also unseren Willen – spende ich, oder spende ich nicht? – zu Lebzeiten fest, damit nicht unsere Angehörigen diese schwierige Entscheidung fällen müssen. Diese Entscheidung ist ebenso wichtig wie die Patientenverfügung, aber auch der Vorsorgeauftrag.

Ich unterstütze deshalb den indirekten Gegenvorschlag, der ethisch vertretbar ist, aber keinen Automatismus vorsieht. Es ist – das ist wichtig – der Wunsch der Angehörigen zu respektieren, wenn der Wille des Verstorbenen nicht bekannt ist. Mit diesem Schritt retten wir Leben.

Clivaz Christophe (G, VS): En 2019, 1451 personnes se trouvaient sur une liste d'attente pour un don d'organes et 46 sont décédées faute d'avoir pu bénéficier d'un tel don. Ceci n'est pas une fatalité, et il existe une solution permettant de sauver davantage de vies tout en respectant l'autonomie du patient et les principes de la bioéthique médicale. Cette solution, c'est le consentement présumé.

Actuellement, si une personne n'a pas clairement explicité qu'elle consentait au prélèvement de ses organes, ces derniers ne seront pas prélevés. Le principe du consentement présumé consiste à inverser ce mécanisme. En effet, si la personne n'a rien exprimé, il sera présumé qu'elle consent au prélèvement de ses organes.

Pourquoi est-il nécessaire de tendre vers un consentement présumé? Tout d'abord parce que ce principe sauvera des vies et parce que trop peu de personnes expriment leur volonté de donner leurs organes, alors que les dernières enquêtes sur ce sujet montrent que trois quarts de la population serait favorable à l'idée de donner ses organes.

Ensuite, parce que la présomption de non-consentement fait peser un lourd fardeau sur les proches d'une personne décédée. En effet, les proches doivent répondre à la question délicate de l'autorisation ou non du prélèvement des organes, et ce dans le contexte humainement et émotionnellement difficile du décès d'un être aimé. Devoir prendre une telle décision dans cette phase du deuil immédiat conduit ainsi environ 55 pour cent des proches de personnes décédées n'ayant pas explicitement exprimé leur volonté à refuser le prélèvement des organes.

Ce constat est particulièrement regrettable. Il met d'une part en lumière le faible taux de dons d'organes en



Suisse et illustre d'autre part que ce faible taux est en partie dû à la souffrance émotionnelle de l'entourage au moment de la prise de décision. Et il va sans dire que cette souffrance est compréhensible, et que les proches d'une personne décédée devraient pouvoir se concentrer davantage sur leur deuil que sur la question de la volonté du défunt de donner ou non ses organes.

Alors que toujours plus de pays européens, à l'instar de ce qu'a fait récemment la Grande-Bretagne, adaptent leur législation en faveur du consentement présumé, l'initiative "pour sauver des vies en favorisant le don d'organes" permettrait à la Suisse de rattraper son retard en termes de taux de transplantation par habitant.

Elle soulagerait aussi grandement les proches d'une personne décédée. Certains opposants au consentement présumé en appellent aux principes bioéthiques de la médecine et en particulier au principe d'autonomie du patient.

Il est clair que le principe d'autonomie du patient ne doit ni être remis en cause ni être atténué. Cependant, le consentement présumé ne s'oppose en aucun cas à ce principe éthique fondamental. En effet, toute personne en vie conserve la possibilité et l'entière liberté de s'opposer au prélèvement de ses organes. Elle devra simplement l'explicitier auprès de l'autorité compétente.

Il faut d'ailleurs préciser que du point de vue de l'éthique, la situation actuelle est loin d'être satisfaisante. Pour être un choix libre et éclairé, tel qu'exigé par les principes de la bioéthique, la décision de donner ou non ses organes ne devrait à aucun moment se prendre dans le contexte émotionnel intense d'un deuil.

Conscient de l'importance de cette initiative et du faible taux de dons d'organes en Suisse, le Conseil fédéral a décidé de proposer un contre-projet indirect à l'initiative. Le contre-projet va dans le sens de l'initiative en instaurant le principe du consentement présumé, l'élément essentiel que défendent les initiants. Ainsi, toute personne n'ayant pas explicitement exprimé son refus sera considérée comme consentant au don d'organes. Souhaitant cependant mieux définir le rôle des proches dans la décision concernant le don d'organes d'une personne décédée, le Conseil fédéral a décidé de nuancer ce principe de consentement présumé en ajoutant le critère du consentement éclairé au sens large.

Cela implique que lorsque le défunt n'a pas explicitement exprimé sa volonté de donner ses organes via, par exemple, une carte de donneur ou une inscription dans un registre de donneurs, les proches sont consultés et peuvent s'opposer au don d'organes s'ils sont convaincus que telle était la volonté du défunt. Cette nuance garantit donc l'implication des proches et l'absence de prélèvement automatique.

Il sera également nécessaire d'accompagner la nouvelle présomption de consentement de mesures de sensibilisation et d'information adressées à la population dans son ensemble, et notamment aux différentes communautés et minorités de notre société.

Je vous demande donc de soutenir l'initiative "pour sauver des vies en favorisant le don d'organes" ainsi que le contre-projet indirect du Conseil fédéral.

Egger Mike (V, SG): Das Thema Organspende beschäftigt die Gesellschaft, aber auch die Schweizer Politik schon länger und ist mit vielen Emotionen verbunden. Aktuell warten in der Schweiz über 1500 Personen auf ein Herz, auf eine Lunge oder auf ein anderes Organ. Gemäss Umfragen ist die Zustimmung für die Organspende in der Schweiz sehr hoch und beträgt etwa 80 Prozent. Das Problem oder die grosse Herausforderung ist, dass sich nur 18 Prozent der Bevölkerung in das nationale Organspenderegister haben eintragen lassen. Leider ist es auch so, dass viele Angehörige von Verstorbenen deren Bereitschaft für eine Spende nicht kennen und die Spende letztendlich dann ablehnen, weil sie diesen Entscheid nicht fällen wollen.

Persönlich habe ich volles Verständnis für das Anliegen der vorliegenden Volksinitiative. So mache ich mir selber oft Gedanken zu diesem Thema und stelle mir die Frage: Was würde ich mir in der Situation wünschen, in der ein Familienmitglied betroffen wäre und ein Spenderorgan bräuchte? Die Antwort ist immer wieder die gleiche: Ich wäre in einer solchen Situation sehr froh, wenn die Chance, ein

AB 2021 N 854 / BO 2021 N 854

Spenderorgan zu erhalten, möglichst gross wäre. Ich erlaube mir, die These aufzustellen, dass praktisch alle in diesem Saal froh wären, in einer solchen Situation ein passendes Spenderorgan zu erhalten.

Ich bin mir bewusst, dass Spender eine grosse Entscheidung treffen, wenn sie einer Organentnahme zustimmen. Ich gestehe, dass auch ich den Antrag für das Organspenderegister erst bei der Vorbereitung auf diese Volksinitiative ausgefüllt habe. Erst da habe ich mich in das Register eingetragen. Ausschlaggebend für mich waren die einzelnen Schicksale von betroffenen Personen. So hat mich besonders die Geschichte der 13-jährigen Lorena aus Ascona berührt. 2019 begann ihr rechtes Knie zu schmerzen. Sie dachte anfänglich, es sei eine Gelenküberbelastung, weil sie sehr viel Sport trieb. Doch der Arzt vermutete Knochenkrebs und lag damit leider richtig. Während Monaten durchlief die damals 12-Jährige mehrere Chemotherapien. Im Juli kam die



erlösende Nachricht, dass sie keine Metastasen mehr habe. Der Albtraum schien zu Ende zu sein – bis es Lorena kurze Zeit später plötzlich wieder sehr, sehr schlecht ging. Die Chemotherapien hatten ihr Herz angegriffen, es war so schwach, dass sie ein Kunstherz benötigte. Es folgten neun Notoperationen. Im August dann kam endlich der erlösende Anruf von Swisstransplant, dass ein Spenderherz für Lorena gefunden worden war. Der Fall Lorena zeigte mir die Wichtigkeit einer Organspende auf eine eindrückliche Art und Weise. Deshalb möchte ich unabhängig davon, wie Sie zur Volksinitiative oder zum Gegenvorschlag stehen, einen dringlichen Appell an Sie richten: Seien Sie Vorbilder, seien Sie Leader dieser Gesellschaft, und zwar bis zum Schluss. Machen Sie es bitte mir nach, und registrieren Sie sich auf [swisstransplant.org](https://www.swisstransplant.org) im nationalen Organspenderegister. Damit können Sie unter Umständen Menschenleben wie jenes von Lorena retten. Seien Sie ein Held und machen Sie bitte mit.

Persönlich ist es mir wichtig, dass auch die ethischen Aspekte in die Meinungsbildung und in die Ausgestaltung einer Vorlage mit einbezogen werden. Schliesslich ist es von grosser Bedeutung, dass man den persönlichen Entscheid der spendenden bzw. der nicht spendenden Personen berücksichtigt und letztendlich akzeptiert. Die Initiative möchte, dass jedem Erwachsenen im Todesfall Organe entnommen werden, ausser er wünscht das ausdrücklich nicht und hat dies zu Lebzeiten explizit so geäussert. Seinen Willen kann man im nationalen Organspenderegister eintragen lassen.

Dieser Automatismus geht mir persönlich zu weit und trägt den ethischen Aspekten zu wenig Rechnung. Als Lösung, welche sowohl dem Grundgedanken der Initianten als auch den ethischen Fragen gerecht wird, bietet sich somit der vom Bundesrat ausgearbeitete indirekte Gegenvorschlag an. Dieser sieht vor, dass jeder Erwachsene festhalten muss, ob er nach dem Tod seine Organe spenden möchte oder nicht. Falls er dies unterlässt, müssen, anders als gemäss Initiative, die nächsten Angehörigen über die Organspende entscheiden. Falls die Angehörigen nicht erreicht werden können, ist eine Entnahme unzulässig.

Ich bedanke mich zum Schluss bei den Initianten für ihren Einsatz und dafür, dass sie diesem wichtigen Thema neuen Schwung verliehen haben. Da der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates zum Rückzug der Initiative führt, werde ich diesen mit voller Überzeugung unterstützen.

Wyss Sarah (S, BS): "Sag es auf deine Art. Aber sag es." Darüber zu reden, damit der Wille der Menschen klar ist, ist wichtig und ist das Ziel, denn die Organspende ist eine ganz persönliche Entscheidung. Wir haben das heute bereits gehört. Es soll einen Wechsel vom ZustimmungsmodeLL zum WiderspruchsmodeLL geben, wie es viele europäische Länder kennen. Der Modellwechsel ermöglicht es eben gerade, diesem Ziel näher zu kommen und den Willen des betreffenden Menschen bestmöglich abzubilden. Mit dem austarierten Gegenvorschlag ist es sogar möglich, eine erweiterte Widerspruchslösung anzustreben, und geschieht dies nur dank dieser wertvollen Volksinitiative.

Den Willen der Betroffenen besser zu berücksichtigen, das soll unser gemeinsames Ziel sein. Angehörige lehnen eine Organspende im Spital zu 60 Prozent ab. Wenn man bedenkt, dass laut Umfragen doch 80 Prozent mit einer Organspende einverstanden wären, gibt es hier eine Diskrepanz – eine Diskrepanz, weil der Wille der Betroffenen oftmals nicht bekannt ist. 2013 wurde der Aktionsplan "Mehr Organe für Transplantationen" vom Bundesrat mit dem Ziel lanciert, die Spenderate angesichts der tiefen Organspendezahlen bis Ende 2018 zu steigern. Ein Pfeiler des Aktionsplans war auch die Kampagne zur Sensibilisierung und Aufklärung der breiten Öffentlichkeit. Auch wenn die Wirkung des Programms sicherlich positiv zu werten ist, hat der Aktionsplan die Ziele klar verfehlt. "Sag es auf deine Art. Aber sag es" war ein guter Ansatz, aber er hat viele Menschen nicht erreicht. Deshalb ist es angesagt, nun diese zusätzliche Massnahme, den Systemwechsel, anzustreben.

Ein zweiter Grund, welcher für den Modellwechsel spricht, ist die Tatsache, dass in der Schweiz Organe fehlen. Wir haben es bereits gehört, es sind 1500 an der Zahl. Die Organspendezahlen der Schweiz sind im europäischen Vergleich sehr tief. Mit mehr potenziellen Spenderinnen und Spendern können wir die Chance für die Menschen auf der Warteliste verbessern.

Lassen Sie mich noch etwas zum heutigen Tag sagen, Sie wissen es vielleicht nicht: Heute ist der 5. Mai – das wissen Sie –, heute ist auch der Tag des herzkranken Kindes. Jedes hunderte Kind kommt in der Schweiz mit einem angeborenen Herzfehler zur Welt. Einige von ihnen sind auf eine Transplantation angewiesen. Es ist also auch für einige unserer "Herzkinder" von essenzieller Bedeutung, dass die Bereitschaft zur Organspende erhöht wird. Um die Spendebereitschaft zu erhöhen, um den Willen der Betroffenen besser abzudecken und um die Angehörigen von sehr schwierigen Entscheiden zu entlasten, ist der Gegenvorschlag mit dem erweiterten WiderspruchsmodeLL der richtige Ansatz. Ich bitte Sie deshalb, dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Die Initiative ist absolut formuliert und wäre für mich eine alternative Lösung, falls der Gegenvorschlag nicht zustande käme. Denn es ist klar, mit dem jetzigen System können wir dem Willen der Betroffenen nicht genügend Rechnung tragen. Wir haben auch ein Problem, weil wir zu wenige potenzielle Spenderinnen und



Spender haben. Das können wir heute gemeinsam ändern.

Ich bitte Sie, dies zu tun und sowohl dem indirekten Gegenvorschlag wie auch der Initiative zuzustimmen.

Nidegger Yves (V, GE): Le débat que nous avons ce matin, c'est le débat de la fin et des moyens. Sur la fin, tout le monde est d'accord, il serait plus que hautement souhaitable qu'à chaque patient en attente d'un organe pour pouvoir continuer sa vie puisse correspondre un nombre suffisamment important de donneurs du même organe pour qu'il soit possible de trouver une compatibilité. Là, nous serons absolument tous d'accord.

Mais il y a des listes d'attente et la première réaction qui a été entreprise face au manque de donneurs actifs a été de lancer des campagnes d'information sur l'importance du don, dans le but d'augmenter le nombre de donneurs. Ces campagnes sont malheureusement un échec. En fait, plus les gens se sont informés dans le détail sur ce que cela comportait, moins on a eu de gens disposés à concrétiser leur volonté d'être donneur.

Le don, c'est un acte libre, c'est un acte généreux, c'est un acte noble, qui ne peut pas être remplacé par autre chose qu'un acte libre et noble. Il y a, il faut le reconnaître, toute une série de questions très dérangeantes autour de la transplantation d'organes auxquelles il convient de faire face, qu'il convient de résoudre, auxquelles il convient d'apporter des réponses franches, honnêtes et complètes, et cela sans escamoter le don en le remplaçant par une présomption d'abandon.

En tout cas le droit suisse s'y oppose fondamentalement: qui ne dit mot, ne consent pas. C'est fondamental dans notre ordre juridique. Il y a bien un adage populaire selon lequel qui ne dit mot, consent, qui laisse entendre que celui qui ne s'oppose pas à une contre-vérité ou à un mensonge y adhère. Mais en droit, qui ne dit mot ne consent pas.

AB 2021 N 855 / BO 2021 N 855

Et ce qui est proposé par les initiants, c'est d'escamoter la question du don en le remplaçant par une présomption de quelque chose de tacite. Cela pose une question grave. Parce qu'au fond, on demande à chacun d'exprimer une forme d'égoïsme et de l'inscrire dans un registre disant ainsi: "Je veux garder un contrôle mesquin et absolu sur mes organes, même lorsque je n'en aurai plus besoin parce que je serai mort." Et c'est d'une part moralement difficile à formuler, même si cela peut correspondre à la conviction de la personne concernée. D'autre part, on n'ôtera pas de l'esprit du patient qui ferait une telle déclaration l'idée que lorsque lui-même aura besoin d'un organe, on le lui rappellera en ne le plaçant pas forcément au sommet de la liste, indépendamment de l'urgence de la chose, au motif qu'il n'est pas prêt à la réciprocité.

On a vu cela il y a quelques semaines: on préconisait que les coronasceptiques ne mériteraient pas de soins intensifs. Ces idées ont été diffusées dans la presse, sont même venues d'autorités médicales et n'ont pas suscité d'émotion ni de scandale, preuve en est que si l'on appliquait ce même principe aux gens refusant le don d'organes, il n'y aurait pas de scandale non plus.

On entre dans des problématiques compliquées, qu'on doit résoudre. La question à la base de tout cela, qui angoisse pas mal de gens, c'est la question de la mort cérébrale. Toute cette loi est pleine de choses qui ne sont absolument pas anodines, qui sont des questions fondamentales, et qu'on aimerait évacuer, par une espèce de présomption qui ferait l'économie du consentement éclairé de la personne qui consent à quelque chose, puisque précisément ce ne serait plus un don, mais une absence d'opposition à un prélèvement.

La mort cérébrale, c'est cet état dans lequel quelqu'un est suffisamment vivant pour que les organes le soient – on ne transplante pas des organes morts – et en même temps suffisamment mort pour qu'on puisse lui ôter un organe vital – et, donc, provoquer sa mort définitive – sans aller en prison. C'est un concept complètement obscur, mystérieux, qui doit être éclairé. Tant qu'il ne le sera pas, il sera absolument malhonnête d'escamoter ce débat fondamental par un système de présomption.

L'initiative populaire devrait être refusée pour la raison qu'elle nous ferait changer de monde en passant outre le consentement – un consentement qui n'existe pas – et en le déguisant en une forme de pression sociale. Le contre-projet qui, pour partie, est plus intelligent que l'initiative ne résout pas, à mon avis, l'ensemble des questions que pose cette problématique.

Je vous remercie de prendre ceci en considération dans le débat.

Jauslin Matthias Samuel (RL, AG): Was die Transplantationsmedizin leistet, ist hervorragende Arbeit und ein grosser Gewinn für das Gesundheitssystem auf der ganzen Welt. Ihr gebührt ein grosser Dank. Nun aber deckt die Spendebereitschaft der Schweizer Bevölkerung die Nachfrage nicht ab, und man holt Ideen, die bereits einmal gescheitert sind, wieder aus der Schublade.

Es ist wichtig, dass wir über die Widerspruchslösung diskutieren, und es ist auch notwendig, dass wir darüber diskutieren. Wer nicht explizit auf eine Organspende verzichtet, wird damit automatisch zu einer Organspen-



derin oder zu einem Organspender. Damit will man einfacher und schneller an die benötigten Organe und Gewebe herankommen.

Doch auch wenn die Warteliste bei Organspenden unendlich lang und die Ungewissheit der Empfängerin oder des Empfängers unerträglich ist: Der Mensch ist kein Ersatzteillager, auch nicht nach dem Tod. Weder die Medizin noch die Allgemeinheit und erst recht nicht der Staat können sich einfach bedienen. Eine Organspende ist eben eine Spende, also eine freiwillige Zuwendung von der betroffenen Person an die Transplantationsmedizin. Daher ist aus meiner Sicht für eine Organspende eine bewusste Zustimmung unbedingt notwendig. Genau das wird heute ja mit dem Spenderausweis und dem nationalen Organspenderegister erreicht. Ich rufe Sie auf, hier auch wirklich mitzumachen und die Bemühungen vonseiten des Bundesrates zu verstärken.

Die Widerspruchslösung blendet aber bewusst die Zustimmung aus. Man wertet ein Schweigen als Zustimmung. Dabei geht vergessen, dass jeder Mensch das Recht hat, sich zu einer Frage nicht zu äussern oder zu einem Sachverhalt zu schweigen. Auch wir haben im Rat regelmässig Enthaltungen und möchten uns vielleicht zu einer Frage nicht äussern. So viel Achtung muss auch bei der Organspende möglich sein. Bei solchen ethischen Fragen wie der Organspende darf man nicht gezwungen werden, diese beantworten zu müssen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Vielleicht hat man sich noch gar nicht damit befasst, oder man ist nicht bereit, sich Gedanken über den eigenen Tod zu machen, oder man ist in einer Lebensphase, in der man ganz andere Prioritäten setzt. Daher darf das Schweigen oder ein fehlender Widerspruch niemals als Zustimmung gewertet werden.

Dass hier nun die Initianten, unterstützt von Swisstransplant, mit einer Systemumkehr eine moralische Spendenpflicht aufbauen möchten, erachte ich als falsch. Der Gesetzgeber und der Staat mit seinen Institutionen sollten darauf verzichten, Druck auf die Gesellschaft auszuüben.

Mir ist völlig bewusst, dass dadurch Einzelschicksale betroffen sind und Hoffnungen von Empfängerinnen und Empfängern zerstört werden. Daher ist der Gegenvorschlag des Bundesrates ein gangbarer Weg. Immerhin wird mit dieser Lösung der mutmassliche Wille des Verstorbenen berücksichtigt, und es wird eine wichtige Sicherung eingebaut. Bei diesem Thema darf es nicht um Politik gehen. Vielmehr geht es darum, dass der stille Teil der Bevölkerung nicht der Willkür unterworfen wird.

Legen Sie den Massstab nicht einfach bei Ihnen persönlich an, sondern versuchen Sie, die Menschen aus den verschiedenen sozialen Schichten in unserem Land abzuholen. Ethische und religiöse Fragen kann man nicht einfach mit einer Widerspruchslösung wegwischen.

Empfehlen Sie daher die Volksinitiative entschieden zur Ablehnung!

Köppel Roger (V, ZH): Die Schweiz ist ein freiheitliches Land. Der Grundpfeiler der Freiheit ist die Unversehrbarkeit des eigenen Körpers. Das ist der stärkste Betonpfeiler der schweizerischen Freiheit: die Unversehrbarkeit des Körpers. Das heisst, mein Körper gehört mir. Ich bin der Eigentümer meines Körpers. Das ist ein zentraler Bestandteil der Menschenwürde. Diese Menschenwürde besteht auch über meinen Tod oder über meinen vermuteten Tod, meinen festgestellten Tod hinaus.

Wenn ich irgendwo auf einem Schragen liege, mein Herz noch schlägt und die Mediziner mit gezückten Skalpellen über meinem warmen Körper ungeduldig warten, ob sie mir jetzt irgendetwas herausschneiden können, als ob ich in der Auslage einer Charcuterie-Abteilung liegen würde, werden Grenzen überschritten, die nicht überschritten werden dürfen. Ich bestimme selber, was mit meinem Körper passiert und ob ich Organe spenden möchte. Das ist meine Entscheidung, und die habe ich ausdrücklich und unmissverständlich kundzutun. Ich möchte mich auch nicht von einem Kollektiv oder von einem Gesetzgeber nötigen lassen. Ich möchte keinen passiven Druck auf mich aufsetzen lassen. Das ist eine ganz gefährliche, abschüssige Bahn, die hier vom Initiativkomitee, aber auch vom bundesrätlichen Gegenvorschlag und von einer Mehrheit in diesem Parlament beschritten werden soll. Denn diese Volksinitiative und der Gegenvorschlag drehen das Ganze um: Ich muss in Zukunft ausdrücklich verbieten, wenn ich nicht ausgeweidet werden möchte, wenn ich nicht wie ein herrenloses Wrack auf einem Autofriedhof als humanoides Ersatzteillager enden möchte.

Mit dieser Initiative, mit diesem Gegenvorschlag werden die Ansprüche des Kollektivs über die Integrität und Unversehrtheit meines Körpers gestellt. Mit dieser Volksinitiative, mit diesem Gegenvorschlag wird das Eigentum an meinem Körper verschoben, von mir, vom Menschen, hin zum Kollektiv, hin zum Staat. Das ist, meine sehr verehrten Kollegen auf der bürgerlichen Seite, ein Generalangriff auf das liberale Grundcredo der freiheitlichen, demokratischen Schweiz.

Denn zum Liberalismus, um dieses viel strapazierte Wort zu verwenden, gehört es, dass der menschliche Körper



unversehrt ist – übrigens auch über den Tod hinaus. Wer sagt Ihnen überhaupt, dass die Menschen tot sind, wenn sie aufgeschnitten werden? Fragen Sie einmal in Israel nach. Dort gab es Staatenlenker, die an Herz-Lungen-Maschinen angeschlossen waren. Meinen Sie, man hätte sie freigegeben, um sie einfach als Ersatzteillager zu verwenden? Das ist eine ganz andere Auffassung von menschlicher Würde. Ich glaube, wir müssen uns hier davon verabschieden, dass man den Menschen und den menschlichen Körper zur fast automatisch frei verfügbaren Verfügungsmasse des Kollektivs erklärt. Es geht hier um elementare Fragen der Menschenwürde!

Darum empfehle ich diese Volksinitiative aus tiefster liberaler Überzeugung zur Ablehnung, und ich lehne auch den Gegenvorschlag des Bundesrates ab. Denn auch dieser Gegenvorschlag bedeutet eine antilibérale, unwürdige Besitzergreifung meines Körpers und meiner Organe, die sich nicht gehört und die wir nicht zulassen dürfen.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Voilà une initiative qui a le mérite d'aborder un sujet souvent considéré à tort comme tabou et qui devrait être abordé sans pression de lobbies ni, je l'espère, de partis politiques. La question du don d'organes est une question de société qui exige des réponses éminemment personnelles. En ce qui me concerne, et je déclare par-là mes intérêts, je suis tout simplement inscrit comme donneur d'organes et j'ai ma carte.

Deux axes ne doivent pas être perdus de vue dans nos débats: l'efficacité et l'éthique.

L'efficacité, réclamée par les initiateurs, consiste à disposer d'un nombre suffisant d'organes pour sauver des vies ou améliorer la qualité de vie de patients.

Le système actuel est insatisfaisant et, sur la base d'un consentement explicite, il dévoile un terrible paradoxe: alors que 80 pour cent des Suisses interrogés sont favorables au don d'organes, très peu s'inscrivent comme donneurs ou en parlent à leurs proches. On est d'accord pour le don d'organes des autres, mais pas pour donner soi-même. Ce paradoxe se retrouve aussi dans les motifs invoqués puisque 25 pour cent des personnes refusent le don d'organes en Suisse pour un motif religieux, alors que l'Eglise catholique, par exemple, encourage et soutient le don d'organes au nom d'un devoir d'amour, de charité et de sens donné à la vie qui s'achève.

Dès lors, comment procéder? Et c'est là que le bât blesse. La nécessité de disposer de plus d'organes pour la transplantation ne doit pas nous faire perdre la boussole sur le plan éthique.

Je ne parle pas de l'évidence selon laquelle les prélèvements ne peuvent se faire que de manière post mortem lorsque la mort cérébrale a été constatée par deux médecins qualifiés et non impliqués dans le processus de transplantation – cela devrait d'ailleurs être plus souvent rappelé afin de rassurer certains sceptiques. Non, je veux parler de l'intégrité corporelle dont le respect ne doit pas disparaître après la mort. Cela fait pleinement partie de notre dignité humaine et ce n'est pas pour rien que toutes les cultures, sous une forme différenciée, ont à ce jour pris soin d'entourer le corps du défunt d'un très grand respect.

Ce principe fondamental ne doit laisser aucune place au doute lors d'un prélèvement d'organes sur une personne, au risque de bafouer sa dignité. Le don d'organes doit rester un acte gratuit et librement consenti, et tout doit être mis en oeuvre pour s'en assurer.

Ainsi l'initiative, par son modèle de consentement présumé strict qui écarte la décision des proches lorsqu'aucun refus n'a été exprimé ou n'est connu est inacceptable sur le plan éthique. Elle érige en norme sociale ce qui relève du plus profond d'un être: le droit de disposer de son corps, de sa vie, de sa mort. Et cela rejoint d'ailleurs les préoccupations de notre temps. S'il était encore besoin de le rappeler, la vie n'est pas un objet qu'on possède, on ne peut que la transmettre.

En ce sens, seul un modèle de déclaration obligatoire – soutenu par la Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine – peut respecter au mieux les droits de la personnalité. Mais, nous le verrons tout à l'heure lors du débat sur le contre-projet, il est en l'état quasiment impossible à mettre en oeuvre.

Dès lors s'impose le modèle d'un consentement présumé au sens large, c'est-à-dire incluant les proches ou une personne de confiance lorsqu'aucune déclaration n'est disponible. Ceux-ci, par une décision réfléchie qu'il s'agirait d'accompagner dans un moment forcément difficile, pourraient si nécessaire refuser le prélèvement si cela correspond à la volonté présumée du défunt.

C'est cette voie jugée acceptable par le Conseil fédéral, et je l'espère par une majorité du Parlement, que propose le contre-projet. Ce dernier – auquel il faut apporter des améliorations, nous en sommes conscients – est la seule alternative praticable pour une initiative, certes généreuse dans la prise en considération de la pesée des intérêts des receveurs, mais oublieuse de certains droits fondamentaux des donneurs.

C'est au nom d'un humanisme exigeant, respectueux des receveurs et des donneurs, que je vous recommande de refuser cette initiative.



Quadri Lorenzo (V, TI): Il tema che affronta l'iniziativa popolare è importante quanto delicato, come emerge nel dibattito che si è tenuto finora. Non metto in dubbio il fatto che più donatori di organi ci sono, meglio è; credo che al proposito in quest'aula possiamo essere tutti d'accordo.

Ma l'iniziativa, e anche il controprogetto, violano diritti fondamentali e lo fanno sotto la pressione di un ricatto morale. Tanto per cominciare, si insiste nel parlare di donazioni di organi ma una "donazione" per definizione è frutto di una libera scelta. Così è al momento. In futuro, se, come è verosimile, il controprogetto verrà accettato e l'iniziativa di conseguenza ritirata, il quadro cambierà: si parlerà ancora di donazione di organi ma sarà una farsa, perché in realtà ci sarà un obbligo di rinunciare ai propri organi, a meno che ci si chiami espressamente fuori.

Le implicazioni di questo nuovo obbligo sono evidenti: il corpo non sarà più di proprietà del singolo individuo ma diventerà di proprietà dello Stato. Negli anni Settanta in Italia le femministe sostenevano il diritto alla contraccezione e all'aborto con il seguente slogan che è rimasto famoso nei decenni: "L'utero è mio e lo gestisco io." Adesso arriva l'inversione di rotta a 180 gradi. Il nuovo motto è: "Il corpo non è più mio e lo gestisce lo Stato."

Ieri in quest'aula abbiamo visto come venivano osteggiate proposte sull'utilizzo del materiale genetico per risalire alle caratteristiche fisiche degli autori di un crimine oppure sull'imposizione agli asilanti di far controllare i propri cellulari al fine di determinare la loro identità, e tutto ciò con la motivazione secondo la quale si tratterebbe di intrusioni nella sfera personale.

L'espianto di organi rappresenta evidentemente un'intrusione infinitamente più grave nella sfera personale: lo Stato non si limita a sbirciare i dati sul mio telefonino, lo Stato si appropria del mio corpo. Il garantismo imperante impone che ogni piccolezza venga autorizzata. Addirittura una registrazione audiovisiva non autorizzata non può servire come mezzo di prova in un processo penale. E invece per il nostro corpo si vuole introdurre il criterio inverso.

A me personalmente interessa poco di cosa accadrà del mio cadavere una volta che sarò morto; se potrà essere utile a qualcun altro tanto meglio. Quindi, per quel che mi riguarda sono favorevole alla donazione dei miei organi, sottolineo "dei miei organi". Mi è però chiaro che non tutti la pensano in questo modo. Soprattutto al di fuori di quest'aula ci sono persone che non si sentono pronte ad accettare un'intrusione tanto grande nel diritto al proprio corpo – un'intrusione che apre poi la porta a chissà quali evoluzioni future, perché la tattica del salame è ben nota, la conosciamo tutti.

Reputo inoltre non accettabile il ricatto morale ai danni di chi, per motivi o timori personali che non ci possiamo permettere di giudicare, non si sente pronto a farsi espianare gli organi. Un domani queste persone saranno costrette ad esporsi e attivarsi, rifiutando esplicitamente quello che il pensiero unico ha promosso a dovere di Stato. Verranno quindi tacciate di essere co-responsabili della morte di persone ammalate che

AB 2021 N 857 / BO 2021 N 857

non hanno potuto accedere per tempo ad un organo salvavita. Il marchio d'infamia è pesante. Anche in questo caso si assiste ad una distorsione ideologica e terminologica che non può essere lasciata correre. Una persona muore perché è ammalata e non perché qualcuno non ha donato i propri organi. Se un paziente si è distrutto il fegato con i propri eccessi e muore perché non era a disposizione un organo di riserva, la colpa, se così si può chiamare, del decesso non può passare da chi si è fatto male da solo a chi non ha voluto regalare allo Stato il proprio corpo – qui c'è il mondo che gira al contrario.

Nella consapevolezza che il mio voto non cambierà l'esito della votazione odierna, io non voterò l'iniziativa e non sosterrò nemmeno il controprogetto. L'approvazione del controprogetto porterà verosimilmente ad un ritiro dell'iniziativa e quindi l'obbligo di donare gli organi diventerà legge senza votazione popolare. Ma io ritengo che su un tema di tale portata il popolo debba potersi esprimere.

Preferisco quindi che l'iniziativa venga sottoposta al giudizio dei cittadini e non inserita alla chetichella nella legge tramite l'escamotage del controprogetto.

Pult Jon (S, GR): Wenn man als gefühlt Fünfundvierzigster spricht, hat man den Vorteil, dass man nicht mehr alles sagen muss, weil schon vieles gesagt wurde. Ich beschränke mein Votum auf zwei mir wichtig scheinende Argumente.

Es ist selbstverständlich so, dass die Frage der Organspende eine ethisch sensible Frage ist. Jede auch heute diskutierte Konstellation birgt natürlich ethische Herausforderungen. Aber aus meiner Sicht ist dennoch klar, dass die eine Konstellation die ethisch untragbarste ist: Das ist die Konstellation, in welcher ein Mensch, der eine Überlebenschance hätte, ein Organ nicht bekommt, obwohl die bereits verstorbene Person, die ein Organ hätte spenden können, dies gewollt hätte, wir das aber nicht wissen. Das ist aus meiner Sicht eine ethisch



untragbare Situation, denn man lässt es eigentlich gegen den Willen der verstorbenen Person zu, dass eine andere Person nicht mehr weiterleben kann.

Dass diese Konstellation relativ oft vorkommen könnte, scheint mir aufgrund der Zahlen und der Umfrageergebnisse, die wir haben, evident. Eine absolute Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer und der Menschen, die in diesem Land leben, sind für die Organspende, was sich aber nicht in der Realität widerspiegelt. Ich glaube, als Gesetzgeber tun wir gut daran, die Entschärfung dieser aus meiner Sicht ethisch untragbarsten Situation im Rahmen dieses ethisch sensiblen, aber so wichtigen Themas ins Zentrum unserer Bemühungen zu stellen. Dies tun wir für die vielen Menschen, die verzweifelt auf eine Organspende warten.

Ein zweiter grundsätzlicher Punkt: Es wurde heute von Gegnerinnen und Gegnern sowohl der Initiative als auch des bundesrätlichen Gegenvorschlages sehr stark betont, dass sie deshalb gegen das Ansinnen des Paradigmenwechsels von der Zustimmung- zur Widerspruchslösung sind, weil Grundrechte infrage gestellt würden. Ich würde das relativieren: Das absolut wichtige Grundrecht der persönlichen Unversehrtheit wird nicht infrage gestellt. Denn mündige Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben, auch wenn der Gegenvorschlag des Bundesrates Gesetz wird, ein Recht darauf, zu sagen: Nein, ich will nicht Organspenderin, ich will nicht Organspender sein. Dieses Recht gilt es selbstverständlich einzuhalten. Wir können aber doch von den mündigen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land erwarten, dass sie, wenn das ihr Wille ist, auch fähig sind, diesen Willen auszudrücken. Zudem sind ja in der Lösung des Bundesrates mit der erweiterten Widerspruchslösung auch noch Sicherungssysteme enthalten.

Ich glaube, es gehört zu unserer Verantwortung, eine Lösung zu finden, die das wirklich zentrale ethische Problem adressiert und löst. Das zentrale ethische Problem liegt darin, dass wir heute ziemlich sicher immer wieder Fälle haben, in denen Menschen, die grundsätzlich bereit gewesen wären, ein Organ zu spenden, dies nicht tun können, weil wir es nicht wissen. Darum überleben andere Menschen nicht.

Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Gegenvorschlag des Bundesrates zustimmen. Ich werde das tun, und ich werde auch die Initiative zur Annahme empfehlen.

Köppel Roger (V, ZH): Geschätzter Kollege Pult, ausgehend von Ihrem ethischen Dilemma, das Sie am Anfang richtig und anschaulich beschrieben haben, meine Frage: Dieses Problem können Sie ja lösen, indem Sie eine Aufklärungskampagne über die Notwendigkeit der Organspende machen. Das heisst, die Förderung der Organspende ist ohne eine Umkehrung des Systems, ohne einen direkten oder halbdirekten gesetzlichen Zwang möglich. Warum sind Sie dagegen, dass man eine Aufklärungskampagne macht und dass man die Organspende weiterhin von der expliziten Zustimmung des Spenders abhängig macht?

Pult Jon (S, GR): Vielen Dank für die Frage, Herr Kollege Köppel. Ich bin überhaupt nicht dagegen, dass man eine Aufklärungskampagne macht. Ich bin sogar dezidiert dafür. Nur, das ist das, was wir die letzten zehn Jahre gemacht haben. Gemäss den Zahlen ist es nun mal so, dass die Schweiz im Bereich der Organspenden leider eher bei den Schlusslichtern ist und nicht bei denjenigen, die vorne mit dabei sind. Die Zahlen zeigen, dass in der Schweiz überdurchschnittlich viele Menschen sterben, weil sie eben kein Organ erhalten. Dies ist der Fall, obwohl alle Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land grundsätzlich für eine Organspende ist. Deshalb: Ja, unbedingt mehr Aufklärung, aber auch Ja zu einer Lösung, die eben tatsächlich Menschenleben rettet, ohne die Grundrechte einzuschränken.

Grüter Franz (V, LU): Ich möchte zuerst meine Interessenbindungen deklarieren: Ich habe eine Tochter, die morgen 25 Jahre alt wird und sechs Herzoperationen hinter sich hat. Noch schlägt ihr Herz, noch ist sie nicht auf ein Spenderorgan angewiesen. Aber laut den Prognosen, so wie wir sie erhalten haben, wird es leider so sein, dass wahrscheinlich der Tag kommen wird, an dem sie ein Spenderherz brauchen wird. Meine zweite Interessenbindung ist die, dass ich selber seit Jahren als Spender gemeldet bin, ebenso meine ganze Familie. Genau deswegen spreche ich natürlich auch mit vielen Menschen, mit Leuten, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen. Interessant ist, dass mir sehr viele Leute sagen, mit dieser Frage hätten sie sich noch nie beschäftigt, aber eigentlich sei das kein Problem; wenn sie gestorben seien, könne man ihre Organe nutzen. Wenn ich dann frage, weshalb sie denn keinen Spenderausweis hätten, sagen die genau gleichen Leuten, sie beschäftigten sich einfach nicht damit, es interessiere sie auch nicht gross. Wenn sie gestorben seien, sollen dann ihre nächsten Verwandten darüber entscheiden. Sie delegieren eigentlich die Verantwortung an jemand anderen.

Während wir heute hier sprechen, warten rund 1500 Patienten, Menschen, hier in der Schweiz auf ein Organ. Das sind alles einzelne Schicksale. Das sind Leute – Patienten, aber auch Angehörige –, die in einer riesigen Verzweiflung sind. Tatsache ist eben auch: Heute kommen, wenn wir von Herzen sprechen, vier von fünf Spenderherzen, die in der Schweiz benötigt werden, aus dem Ausland. Wir haben in der Schweiz tatsächlich



eine der tiefsten Spenderaten.

Roger Köppel, Sie haben recht: Die Aufklärungskampagnen finde ich tatsächlich gut. Aber ich muss auch Jon Pult recht geben: Die Aufklärungskampagnen haben in den letzten zehn Jahren leider nicht das gebracht, was sie hätten bringen sollen. So bin ich zur Überzeugung gekommen, dass es selbstverständlich möglich sein muss, dass jeder über seinen Körper frei entscheiden kann. Die Unversehrtheit muss gewährleistet sein. Da sind wir auf der gleichen Linie. Aber ich glaube, es ist keine Zumutung, wenn mündige Bürger sagen müssen, dass sie das nicht wollen. Dann ist das auch zu akzeptieren. Da habe ich volles Verständnis dafür. Ich glaube aber, dass es von Interesse ist, Leben retten zu können, wenn wir einen Weg finden, so wie er im indirekten Gegenvorschlag vorgesehen ist.

AB 2021 N 858 / BO 2021 N 858

Lukas Reimann hat vorhin erwähnt, es gebe in der Bundesverfassung seit rund hundert Jahren die Möglichkeit einer sogenannten stillschweigenden Zustimmung. Das gilt dann quasi als Vertrag, ist also durchaus auch verfassungskonform.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diesen Weg einschlagen sollten, und unterstütze deshalb in erster Linie den indirekten Gegenvorschlag. Sollte der nicht durchkommen, würde ich der Initiative zustimmen. Ich bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

Berset Alain, conseiller fédéral: Ce débat fait suite – cela a été rappelé, et tout votre débat de ce matin le rappelle – à une initiative populaire qui a été déposée et qui propose que le modèle du consentement présumé soit introduit en Suisse.

Le Conseil fédéral, avec le Parlement d'ailleurs, se préoccupe et s'occupe depuis longtemps de cette question. On a eu plusieurs discussions à ce sujet déjà dans les années 2013 à 2015. Il s'agissait de trouver comment faire pour que la situation soit aussi stable, aussi bonne que possible pour celles et ceux qui sont prêts à participer au don d'organes, à donner un organe en cas de décès, et pour celles et ceux qui en ont besoin. Il y a effectivement, cela vient encore d'être rappelé par M. Grüter, beaucoup de personnes dans notre pays dont on pourrait sauver la vie avec un don d'organe. Mais pour cela, encore faut-il que la situation soit, malgré toutes les émotions qui sont liées à ce débat, aussi claire que possible.

Le Conseil fédéral a estimé que l'initiative avait probablement de bonnes chances d'être soutenue par le peuple. Selon les sondages, entre 60 et 80 pour cent de la population se déclare favorable au don d'organes. C'est dans ce cadre, et parce qu'il pense que l'on peut interpréter l'initiative au sens d'un consentement présumé au sens strict, ce qu'il ne souhaite pas, que le Conseil fédéral a proposé un contre-projet avec un consentement présumé au sens large, qui tient explicitement compte de l'avis des proches, de manière à pouvoir participer aussi à l'élaboration de ce projet et au débat. L'appréciation du Conseil fédéral selon laquelle l'initiative pourrait trouver une majorité se traduit déjà dans la décision de votre commission. La majorité de votre commission vous propose d'accepter l'initiative, ce qui est quand même suffisamment rare pour être mentionné. Cela montre qu'une évolution dans ce débat semble aujourd'hui nécessaire.

Dans ce cadre-là, je dois vous dire que l'avis du Conseil fédéral a évolué. Vous vous souvenez que j'avais eu l'occasion, en 2014 ou 2015, d'intervenir dans ce conseil – par conviction également – pour vous dire qu'il ne fallait pas passer au modèle du consentement présumé. Nous voulions d'abord essayer tout ce qui pouvait être entrepris, comme des campagnes et un plan d'action. En 2013, nous avons lancé un important plan d'action pour essayer d'améliorer la situation. Comme toujours, nous avons appris dans ce genre de situation et avons dû constater, après maintenant huit ans, que ce plan a permis de faire un peu bouger les choses. Or cela n'est pas satisfaisant, et il s'avère qu'il faut aujourd'hui, comme nous l'avions promis en 2015 si la situation ne s'améliorait pas, envisager un pas supplémentaire.

J'ai évoqué le taux de 50 à 80 pour cent de la population qui, selon les sondages, est fondamentalement favorable au don d'organes. Il est vrai que cela est en apparente contradiction avec les chiffres portant sur la déclaration de volonté, car 16 pour cent de la population suisse seulement a rempli une carte de donneur. La différence entre le taux de 65 pour cent environ de personnes favorables au don d'organes et celui de 16 pour cent ayant une carte de donneur est énorme. En fait, c'est quasiment la majorité de la population qui se dit favorable, mais qui ne possède pas de carte.

Quelle est la conséquence de cela? C'est que cette décision extrêmement difficile est laissée à la famille, aux proches, qui sont appelés à prendre position pour la personne décédée dans un contexte délicat, avec une grande détresse émotionnelle. Dans ce cadre-là, le taux de refus des proches atteint environ 55 pour cent, ce qui est très élevé si l'on compare avec les autres pays européens, où la moyenne se situe à 30 pour cent. Ce taux de refus d'environ 55 pour cent dans un contexte où entre 50 et 80 pour cent de la population se déclare



fondamentalement favorable au don d'organes nous fait sentir qu'il y a là aussi quelque chose qui n'est pas en absolue cohérence. Il existe donc un fossé important entre la volonté personnelle de donner et le taux réel des dons.

C'est dans ce cadre, avec l'évolution qui a eu lieu suite au plan d'action, avec le débat posé par l'initiative et avec le débat dans votre commission, que le Conseil fédéral a émis l'avis selon lequel le système devait évoluer. Ce n'est pas une révolution; c'est une évolution.

En effet, aujourd'hui déjà les proches sont consultés sans que l'on puisse leur dire quoi que ce soit; on peut seulement leur demander ce qu'ils pensent de la question. A l'avenir, les proches seraient toujours consultés, mais on partirait alors du principe – en l'absence d'autres éléments qui permettraient de voir la situation différemment, et l'avis des proches est évidemment un élément important –, que la personne décédée aurait été plutôt favorable au don de ses organes. Cela serait le cas si elle n'a pas indiqué le contraire ou si ses proches ne sont pas en mesure de se souvenir, par exemple, d'une discussion sur le sujet lors de laquelle la personne se serait opposée au don d'organes. En l'absence d'une opposition explicite, les proches devraient donc toujours donner leur avis. En l'absence d'autres informations, on partirait plutôt du principe que la personne décédée aurait pu consentir au don d'organes. Cela serait aussi un soulagement pour les proches – il faut le dire. La discussion aurait toujours lieu, mais sur des prémisses un peu différentes. Cela serait aussi un soulagement et représenterait un soutien pour les professionnels qui sont confrontés, dans les hôpitaux, à cette question extrêmement difficile.

Le contenu du contre-projet, vous le connaissez: c'est le consentement présumé élargi, avec consultation systématique des proches pour connaître leur avis. L'objectif est qu'ils puissent dire en tout temps que ce n'est pas ce que souhaitait la personne décédée. Suite à la consultation, nous avons encore ajouté une réserve supplémentaire qui dit que si la personne décédée n'a pas exprimé sa volonté et si aucun proche n'est joignable, alors il n'y a pas de prélèvement d'organes. Même s'il y a le consentement présumé mais qu'il n'y a pas eu de contact avec un proche, l'approche choisie est très prudente et assez conservatrice, et l'on dit que dans un tel cas le don d'organes ne peut pas avoir lieu. C'est pour éviter la situation où un proche ne serait pas joignable et pour empêcher qu'au cas où les organes seraient prélevés, un proche, un membre de la famille dise que la personne décédée était opposée au don d'organes. Nous voulons absolument éviter ce type de situation. Grâce à cette correction apportée après la consultation, nous avons pu corriger le projet. C'est une des principales modifications apportées au projet à l'issue de la consultation.

La tenue d'un registre dans lequel on peut consigner son opposition est également prévue. C'est aussi une différence importante par rapport au "Erklärungsmodell". Pour répondre à la question de M. Lohr sur le "Erklärungsmodell": avec un registre dans lequel on inscrit son opposition, une fois que l'opposition est là, qu'elle est notée, elle est valable, et si d'aventure la personne concernée change d'avis, dans les deux ans qui suivent, et devient favorable au don d'organes mais ne l'aurait pas inscrit dans le registre, là aussi, c'est la version conservatrice qui l'emporte. Avec le "Erklärungsmodell", on aurait le problème inverse: les personnes pourraient se déclarer favorables, mais si tout à coup, sans avoir eu le temps de changer leur déclaration, elles ne l'étaient plus, alors on se trouverait dans la situation où, de facto, des organes pourraient être prélevés sur des personnes qui y seraient opposées mais n'auraient pas encore changé leur déclaration dans le registre. C'est la raison pour laquelle il nous semble souhaitable d'avoir un registre d'opposition plutôt qu'un registre d'accord. La question des campagnes de sensibilisation, je ne vous en parle plus, je crois qu'on a déjà eu l'occasion de l'aborder. Il nous paraît extrêmement important de bien expliquer les choses et d'inviter toutes les personnes qui ne souhaitent pas que leurs organes soient prélevés après leur décès à le dire, soit à leurs proches, soit en le faisant inscrire dans

AB 2021 N 859 / BO 2021 N 859

le registre, de manière à ce que la situation soit claire pour tout le monde.

La majorité de votre commission a suivi dans les grandes lignes le projet du Conseil fédéral. Elle y a apporté quelques modifications, sur lesquelles nous n'avons pas de remarques à formuler. Evidemment, les questions éthiques ont été examinées de façon approfondie par le Conseil fédéral et la Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine. Il nous semble que le consentement présumé, au sens strict – c'est comme cela que nous comprenons l'initiative populaire, qui ne prévoit pas de droit de parole aux proches –, n'est pas défendable sur le plan éthique. Par contre, le contre-projet indirect – qui permet de rendre le consentement présumé conforme aux droits fondamentaux par le fait que les proches sont consultés – me paraît extrêmement important.

C'est pour cela que je disais tout à l'heure que ce n'est pas une révolution. Dans une situation très difficile, très émotionnelle au moment d'un décès, la discussion avec les proches reste absolument centrale. Cela ne



change pas. La seule chose qui change, c'est lorsqu'il n'y a strictement aucune indication concernant la volonté de la personne décédée. On pourrait dans ces conditions partir de l'idée que la personne aurait été favorable au don d'organes. Actuellement, on doit partir de l'idée qu'on ne sait pas et que, sans indication de sa part, la personne décédée aurait été défavorable au don d'organes. C'est la seule différence qu'il y a. Ce n'est donc pas un pas aussi important que ce que certaines interventions auraient pu laisser penser.

Voilà ce que pense le Conseil fédéral sur cette thématique très sensible, très importante sur le plan social, qui nous concerne toutes et tous, qui soulève de nombreuses questions éthiques et personnelles. Le Conseil fédéral et votre commission ont essayé de tracer un chemin praticable. Une très grande place est laissée au dialogue avec les proches au moment le plus délicat.

Ce sont les raisons pour lesquelles j'aimerais vous inviter, au nom du Conseil fédéral, à rejeter la proposition de non-entrée en matière, à rejeter la proposition de recommander d'accepter l'initiative. En revanche, il vous invite à suivre la minorité Amaudruz qui propose de soutenir le contre-projet tel qu'il ressort des travaux de votre commission.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Herr Bundesrat, in der Schweiz gilt ja immer noch die Regel, dass ich als schwuler Mann von der Blutspende und auch von der Stammzellenspende ausgeschlossen bin, ausser ich weise nach, dass ich zwölf Monate lang keine sexuellen Freuden mit einem Mann hatte – mit einer Frau dürfte ich mich vergnügen. Nun meine Frage: Gibt es diesbezüglich auch Regelungen bei der Organspende?

Berset Alain, Bundesrat: Vielen Dank, Herr Nationalrat Portmann, für diese Frage. Die Antwort ist: Nein, es gibt hierzu keine spezielle Regelung. Was im Übrigen die andere Regelung bezüglich der Blutspende anbetrifft, die Sie angesprochen haben, ist zu sagen, dass diese im Moment vom SRK überprüft wird. Das zeigt auf, dass diese Diskussion nach wie vor im Gang ist. Aber auf die Frage, die Sie bezüglich der Organspende gestellt haben, kann ich antworten, dass dort nicht differenziert wird.

2. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Organspende fördern – Leben retten"

2. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour sauver des vies en favorisant le don d'organes"

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Bevor der Rat über Artikel 2 entscheiden kann, müssen wir den indirekten Gegenvorschlag behandeln.

1. Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen

1. Loi fédérale sur la transplantation d'organes, de tissus et de cellules

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag von Siebenthal

Nichteintreten

*Schriftliche Begründung*

Bei Annahme des Gegenvorschlages des Bundesrates ist es sehr wahrscheinlich, dass die Initianten die Initiative zurückziehen und dass eine Volksabstimmung umgangen wird. Die Entscheidung über eine so zentrale Frage, ob Bürgerinnen und Bürgern ohne ausdrückliche Zustimmung Organe entnommen werden dürfen, muss aber zwingend Volk und Ständen vorgelegt werden. Zudem kann Schweigen bei dieser existenziellen Thematik nicht automatische Zustimmung bedeuten. Auch darf das Recht auf Unversehrtheit des Körpers und auf Selbstbestimmung nicht eingeschränkt werden. Im Weiteren würde die Widerspruchsregelung unweigerlich dazu führen, dass Personen gegen ihren Willen Organe entnommen werden.

Proposition de la commission

Entrer en matière

Proposition von Siebenthal

Ne pas entrer en matière

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Wir stimmen über den Nichteintretensantrag von Siebenthal ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22880)

Für Eintreten ... 154 Stimmen

Dagegen ... 30 Stimmen

(2 Enthaltungen)

*Detailberatung – Discussion par article***Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Art. 5 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction, art. 5 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Block 1 – Bloc 1***Erklärung über Willensäusserung, Grundsätze zur Entnahme von Organen, Geweben und Zellen**Explications sur la déclaration, principes concernant le prélèvement d'organes, de tissus et de cellules*

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Detailberatung ist in zwei Blöcke aufgeteilt. Sie haben den Ablauf der Debatte erhalten.

AB 2021 N 860 / BO 2021 N 860

Amaudruz Céline (V, GE): Je ne parlerai de mes propositions de minorité qu'au niveau du bloc 1, parce que les minorités du bloc 2 dépendent de vos décisions par rapport à la solution de la déclaration.

Comme vous avez pu l'entendre lors de mon intervention précédente, la minorité est favorable à la solution de la déclaration préalable. Je vous ai cité les avantages que ce principe me semble présenter. Je vais maintenant vous présenter ce qu'une telle déclaration devrait comporter pour atteindre son but et donc aussi atteindre le but des initiants.

La philosophie générale de mes propositions de minorité vise à favoriser le receveur aussi souvent que possible, mais elle vise également à préserver l'autodétermination et la volonté de chaque citoyenne et citoyen de ce pays. A ce titre, j'estime que le refus doit être explicite, qu'il doit pouvoir se manifester aussi souvent que voulu et que la personne doit pouvoir changer d'avis à tout moment. Evidemment, si le refus n'est pas clairement exprimé, il conviendra de se reporter – et c'est là qu'il y aura aussi des divergences au niveau du groupe UDC –, au contre-projet du Conseil fédéral, ou alors pour certains, à une volonté expresse.



Comme nous sommes toutes et tous concernés, en tant que donneur ou receveur potentiel, la Confédération – et c'est là peut-être tout l'enjeu – devra s'assurer que tout un chacun prenne ses dispositions, à tout le moins, que les éléments nécessaires à la décision soient accessibles. Il y aura bien évidemment des réfractaires qui choisiront d'ignorer cette question. Je les évoquerai plus loin. Cela dit, les personnes qui refuseront d'effectuer les démarches nécessaires ne le feront que par choix et non par méconnaissance. Ce sera la responsabilité, je dirais, de la Confédération, de mettre en place ce système de déclaration.

L'information du public est à cet égard essentielle et doit constituer un élément de l'édifice que nous construisons. La déclaration préalable doit être pour la personne le moyen de faire connaître ses dispositions par rapport au don d'organes. Elle peut en accepter ou en refuser le principe. C'est le cas le plus simple. Mais il arrive également que pour diverses raisons qui lui sont propres, la personne ne souhaite pas prendre position. Cette absence de décision doit être connue et nécessite une rubrique en ce sens, telle que: "je ne peux pas me prononcer" ou "je ne veux pas me prononcer". On doit aussi respecter le fait qu'une personne, à un moment X de sa vie, ne sache pas si elle veut ou si elle ne veut pas.

L'avis des proches, bien sûr, intervient à titre subsidiaire, mais il existe, et il doit exister la possibilité de confier la responsabilité du choix à une personne de confiance qui doit être formellement désignée ou du moins suffisamment proche. C'est en ce sens que la désignation des proches est importante.

Les divers points qui doivent figurer dans la déclaration préalable pourront être réglés dans l'ordonnance afin d'assurer que la volonté exprimée soit respectée et appliquée en priorité, ou que les personnes appelées à décider en lieu et place du mourant soient connues.

Pour que la déclaration préalable puisse jouer le rôle que la minorité souhaite lui confier, il est évident qu'elle doit être accessible aisément et rapidement. La mise sur pied d'un registre sous l'égide de la Confédération ou par une organisation indépendante désignée par la Confédération devra donc s'imposer. Ce registre doit servir à renseigner les professionnels de la santé, et être alimenté par ces mêmes professionnels en fonction des instructions fournies par leurs patients.

Il sera difficile d'atteindre le but de l'initiative tout en respectant la volonté de chacune et de chacun d'entre nous qui voudrait pouvoir s'opposer à un don d'organes. Pour certains, le fait de ne pas avoir rédigé de déclaration constitue un accord implicite à l'application des articles 8 et suivants de la loi sur la transplantation. D'autres voient cela différemment.

Là encore, il y aura des divergences quant à savoir s'il faut, à l'article 8, soutenir le projet du Conseil fédéral qui prévoit que sans déclaration ou autre, il appartient aux personnes de confiance de se prononcer. La personne qui refuse de rédiger une déclaration préalable soumet ainsi le devoir de disposer de son corps à la procédure prévue par la loi.

Même si je ne parlerai pas au bloc 2, je m'arrête ici en vous demandant de soutenir la solution qui consiste à prévoir la déclaration. En inscrivant cette déclaration dans la loi, je pense que nous pouvons atteindre le but des initiateurs en respectant les personnes qui ont des craintes par rapport à cela.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Antrag der Minderheit Nantermod wird von Frau Sauter vertreten.

Sauter Regine (RL, ZH): Ich vertrete die Minderheit II (Nantermod) zu Artikel 8 Absatz 3.

Zur Erinnerung: Der Gegenvorschlag zur Initiative, den der Bundesrat vorgelegt hat und dem die Mehrheit Ihrer Kommission folgt, geht von der sogenannten erweiterten Widerspruchslösung aus. Das heisst, dass man den Angehörigen eine spezielle Rolle zukommen lässt. In der reinen Widerspruchslösung geht man davon aus, dass automatisch Organspender oder Organspenderin ist, wer sich nicht dagegen ausgesprochen hat. Hier haben wir nun eine spezielle Rolle der Angehörigen vorgesehen: Wenn kein dokumentierter Wille des Spenders oder der Spenderin vorhanden ist, dann werden die Angehörigen befragt.

Es ist so, und das wurde in der Kommission auch so erläutert, dass in jedem Fall grösste Anstrengungen unternommen werden, um Angehörige finden zu können, beispielsweise, wenn jemand nach einem Unfall im Spital liegt und stirbt. Es kann aber in ganz seltenen Fällen auch einmal vorkommen, dass keine Angehörigen erreicht werden können oder dass keine Angehörigen vorhanden sind. Die Frage ist, was dann passiert.

Die Initiative und das Konzept gehen davon aus, dass in diesem Fall die Widerspruchslösung gilt und dass, mit anderen Worten, diese Person also Organspender oder Organspenderin sein soll. Die Mehrheit Ihrer Kommission hält jedoch fest, dass in einem solchen Fall keine Organe entnommen werden dürfen. Unsere Minderheit ist jedoch der Meinung, dass hier dem Anliegen der Initianten Nachdruck zu verleihen respektive der Wille der Initiative umzusetzen sei, wonach die Person auch in einem solchen Fall als Organspenderin gilt und die Entnahme von Organen zulässig ist. Die Minderheit will hier das Konzept umsetzen, wie es die Initiative vorsieht, und die Einschränkung nicht machen, wie sie von der Mehrheit der Kommission eingefügt wurde.



Die Mehrheit der FDP-Liberalen Fraktion folgt der Minderheit II (Nantermod) und bittet Sie, Gleiches zu tun.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die SVP-Fraktion verzichtet auf ein Votum.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Nous entrons maintenant dans le détail de ce contre-projet et sommes principalement en présence de deux propositions de minorité sur lesquelles je vais m'exprimer au nom du groupe socialiste.

La première concerne les propositions faites par Mme Amaudruz sur le principe ou le concept de la déclaration. Cette idée a d'abord été présentée comme une alternative au projet de l'initiative, repris en partie par le Conseil fédéral, à savoir celui du consentement présumé. La Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine disait qu'il vaudrait mieux que chaque Suisse soit forcé de se déclarer, que c'était cela l'alternative. Mme Amaudruz présente ce principe non pas comme alternative mais comme complément au projet du Conseil fédéral. Mais elle ne dit pas franchement comment elle entend contraindre chaque Suisse à se prononcer. Elle dit que le Conseil fédéral doit s'assurer que chaque Suisse se prononce. Et tout est là: si nous n'avons pas de mécanisme de contrainte, c'est-à-dire de mécanisme de sanction, on demande en fait au Conseil fédéral de refaire ce qu'il a déjà fait, c'est-à-dire d'inviter les Suisses par des campagnes de publicité à se prononcer. Et on a vu le résultat de cette stratégie: il y a certes de petits progrès, mais qui sont très loin de changer fondamentalement la chose.

La proposition de Mme Amaudruz introduit une sorte de confusion: sur le plan juridique, on accepte la logique du

AB 2021 N 861 / BO 2021 N 861

consentement, mais politiquement, le débat est encore à faire. Il faut surtout définir quels sont les moyens qui permettraient d'atteindre cet objectif, à savoir que chacune et chacun se prononce. Nous sommes évidemment en principe favorables à ce que chacune et chacun se prononce, c'est la raison pour laquelle nous soutenons le registre proposé dans cette loi, qui permettra de manière simple à chacune et chacun de se prononcer, dans les deux sens. Nous l'avons d'ailleurs fait modifier dans le texte et nous soutenons tous les efforts faits par les cantons, par le Conseil fédéral et par Swisstransplant pour que cette déclaration individuelle se fasse le plus largement possible. Mais ce n'est pas une alternative au modèle du consentement présumé.

Le consentement présumé constitue un vrai changement de paradigme qui soulage les proches. Il leur permet de ne pas avoir à décider à la place de la personne décédée, mais d'être simplement invités à s'exprimer au moment où sont prises les décisions de prélèvement pour savoir si le défunt avait une idée sur la question ou s'il avait exprimé son consentement d'une manière ou d'une autre.

Dans la réalité, la plupart des pays qui appliquent le système du consentement présumé intègrent les proches. Personne ne prélève des organes si les proches ne sont pas d'accord, il faut le dire. Simplement, ici, nous voulons que le rôle des proches soit clairement défini et que l'on n'attende pas d'eux plus que ce qu'ils peuvent donner, à savoir essayer de se souvenir de quelle était la position de leur proche. Voilà pour les propositions qui sont faites.

Pour les raisons que je viens d'évoquer, notamment le caractère trop flou des propositions de minorité Amaudruz, nous suivons la majorité de la commission.

La proposition de la minorité II (Nantermod) consiste à appliquer le consentement présumé, y compris en l'absence de proches. Le choix du Conseil fédéral est d'en revenir ici au droit en vigueur, c'est-à-dire de ne pas prélever d'organes si la personne décédée n'a pas de proche et si elle ne s'est pas exprimée en faveur du don d'organes. C'est une exception au principe du consentement présumé que le groupe socialiste peut accepter parce qu'elle concerne peu de cas et qu'elle permettra d'éviter que ce cas-là, minoritaire, soit brandi comme un exemple inacceptable en cas de débat populaire.

Voilà les positions que nous défendrons. Je le répète, nous vous invitons à suivre la majorité de la commission qui a fait un bon travail de clarification des points qui devaient l'être et qui a vraiment soutenu, par l'idée du registre, la possibilité simple pour tout un chacun de dire ce qu'il pense du don d'organes, ce qui permet ainsi de soulager au maximum les proches dans ces choix difficiles.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Ce premier bloc traite de la question centrale du modèle de déclaration et des conditions de prélèvement, en particulier lorsque la volonté de la personne décédée n'a pas été exprimée ou n'est pas connue. Fidèle à sa ligne, le groupe du centre estime que tout doit être mis en oeuvre pour augmenter le taux de consentement et pour s'assurer le mieux possible de ce que la personne défunte souhaitait ou aurait souhaité en la matière. Nous visons ainsi un juste milieu, je l'ai dit tout à l'heure, entre efficacité et éthique.

Dans ce sens, nous soutiendrons toutes les propositions de la majorité de la commission, avec cependant des



exigences visant à préciser certaines dispositions à l'échelon de l'ordonnance.

Ainsi, nous avons beaucoup débattu du principe de la déclaration obligatoire proposée par la minorité Amaudruz à l'article 7a. Il est évident que ce serait le modèle qui favoriserait le plus le don d'organes et qui serait le plus respectueux de la volonté du défunt. Cependant, sa mise en oeuvre se heurte à de gros obstacles administratifs, financiers ou encore de protection des données.

Il en va aussi de la liberté individuelle qui serait fortement contrainte ou du moins soumise à une forte pression si l'on rappelle sans cesse à la population qu'il faut remplir ou compléter la déclaration. Une prise en charge par l'assurance obligatoire des soins, tel qu'elle est envisagée, des prestations de conseil des médecins est aussi problématique du fait de ses coûts – 140 à 160 millions de francs, à l'heure où l'on veut réduire les coûts de la santé – et du fait du malaise ressenti par les médecins eux-mêmes à l'idée de devoir assumer ce type de prestations.

Il n'en demeure pas moins, que le Conseil fédéral doit veiller à une levée progressive de ces obstacles, par exemple avec le dossier électronique du patient, et intensifier sa communication sur le don d'organes et les directives anticipées, par exemple par le projet Advanced Care Planning, pour qu'un registre national des déclarations soit de manière éclairée – j'insiste sur ce point: de manière éclairée – largement utilisé par la population.

Dès l'instant où l'on écarte le modèle de la déclaration obligatoire se pose de manière aiguë, à l'article 8 alinéa 2, la question du droit des proches à consentir au prélèvement en l'absence de toute volonté clairement exprimée par la personne décédée. Il est regrettable que le Conseil fédéral n'ait pas souhaité définir dans la loi même qui peut être considéré comme proche et dans quel ordre la décision peut être prise. L'ordonnance devra impérativement préciser ce point, car il ne faut pas oublier que lorsqu'une personne est sur le point de mourir ou vient de mourir, la principale préoccupation des proches consiste à faire face à la situation et à envisager les adieux, et non à trancher la question du don d'organes. Ils ont en effet besoin de recueillement et de silence alors que le temps presse puisqu'une transplantation doit se faire souvent dans les heures qui suivent.

Dans ce sens, la minorité Amaudruz suscite bien plus de confusion encore avec une exigence de prendre la décision d'entente entre les proches. Imaginez une situation de dispute entre des proches durant ces moments cruciaux! Nous saluons par contre l'ajout de l'article 3bis, non contesté, qui inscrit dans la loi la compétence prioritaire accordée à la personne de confiance déléguée par la personne défunte.

A l'article 8 alinéa 3, nous devons aussi relever le manque de clarté de la proposition de la minorité I (Amaudruz). En effet, s'il n'est pas possible de se mettre en rapport avec les proches, l'on ne voit pas comment on pourrait vérifier si, de son vivant, la personne décédée n'était pas opposée au prélèvement d'organes. Quant à la minorité II (Nantermod), elle est tout simplement inacceptable du point de vue éthique. Même si cela concerne une infime minorité de cas – ce sont surtout les requérants d'asile, les sans-papiers ou des personnes âgées n'ayant pas de proche –, ces personnes ont droit au respect inaliénable de leur intégrité corporelle et le principe de précaution quant à leur consentement présumé doit prévaloir.

A l'article 5, dans la mesure où la majorité de la commission propose de maintenir la formulation du droit en vigueur qui rappelle clairement que la volonté de la personne décédée l'emporte sur celle des proches – ce qui va dans le sens général du projet de loi et est soutenu par la Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine –, les précisions voulues par la minorité Amaudruz sont inutiles.

Enfin, aux articles 8 alinéa 2 et 8b alinéas 1, 3 et 4, relevons que la mention explicite du terme "consentement", demandée par la majorité de la commission, est importante, car elle oriente de manière plus positive le don d'organes dans l'esprit de la population, et c'est bien le but recherché. Par contre, on ne voit pas l'utilité de l'ajout de ce terme dans le titre de l'article 8b et à l'article 10a alinéa 1, comme le souhaite la minorité Amaudruz.

En conclusion, concernant ce bloc 1, le groupe du centre vous recommande de soutenir toutes les propositions de la majorité, sous réserve de précisions apportées dans l'ordonnance.

Weichelt-Picard Manuela (G, ZG): Die grüne Fraktion wird die Minderheitsanträge Amaudruz ablehnen. Wir unterstützen den Wechsel vom Erklärungsmodell hin zur Widerspruchslösung, wie sie vom Bundesrat beantragt und von der SGK noch verbessert worden ist.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass der Bund sicherstellen kann, dass alle in der Schweiz wohnhaften Personen eine Erklärung abgeben. Die grüne Fraktion ist aber sehr wohl für

AB 2021 N 862 / BO 2021 N 862

eine Ergänzung des Entwurfs des Bundesrates im Sinne der Minderheit Nantermod im Block 2. Alle unsere



Mitmenschen sollen immer wieder aufgefordert werden, im Register ihren Willen festzuhalten, sei dies, wenn sie eine neue ID oder einen neuen Pass beantragen oder sich bei einer Sozialversicherung melden. Es gibt aber auch eine gewisse Eigenverantwortung.

Die grüne Fraktion geht davon aus, dass die SVP-Fraktion bei Unterliegen ihrer Minderheit I (Amaudruz) die Minderheit II (Nantermod) unterstützt. Was passiert, wenn keine nächsten Angehörigen erreichbar sind? Der Minderheitsantrag II (Nantermod) möchte dann Organe entnehmen können. Die grüne Fraktion hat diesbezüglich Stimmfreigabe beschlossen. Es ist keine politische Frage. Die einen gewichten höher, dass im Zweifelsfall kein Organ gespendet werden soll, und sind der Meinung, dass dies zum Schutze von vulnerablen Personen ist. Die anderen sind der Meinung, dass es genügend Möglichkeiten gibt, zu Lebzeiten seinen Willen kundzutun. Wenn dies jemand nicht macht und auch keine nächsten Angehörigen befragt werden können, soll dies als Ja zur Organspende gelten. Beide Meinungen haben ihre Berechtigung.

Die grüne Fraktion beantragt Ihnen, die Minderheitsanträge Amaudruz abzulehnen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Dobler Marcel (RL, SG): Sehr gerne nehme ich im Namen der FDP-Liberalen Fraktion Stellung zum Block 1 der Detailberatung betreffend die Änderung des Transplantationsgesetzes. Der heute vorliegende Gegenvorschlag des Bundesrates mit den Anpassungen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit ist aus unserer Sicht unbestritten und zielführend. Um die Organspende zu fördern und Leben zu retten, unterstützen wir den Systemwechsel von der heutigen Zustimmungslösung zur erweiterten Widerspruchslösung. Mit Ausnahme von drei Minderheitsanträgen, auf welche ich noch eingehen werde, bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen.

Im Block 1 geht es um die Erklärung der Willensäusserung und um die Grundsätze zur Entnahme von Organen. Die diversen Minderheitsanträge Amaudruz schlagen einen Systemwechsel zu einem Erklärungsmodell vor. Das bedeutet konkret, dass sich jeder Bürger zustimmend oder ablehnend zu einer Organspende zu äussern hat. Ich bitte Sie, bei Artikel 7a und den folgenden Artikeln im Zusammenhang mit dem Erklärungsmodell der Mehrheit zu folgen. Das Gesetz sieht vor, dass es freiwillig ist, seinen Willen bezüglich der Organspende zu äussern. Wurde dieser nicht festgehalten, bleibt das letzte Wort bei den Angehörigen.

Die Minderheit Amaudruz beantragt nun, dass der Bund sicherzustellen hat, dass jede in der Schweiz wohnhafte Person eine Erklärung zur Organspende abgibt und dass der Bund die dazu notwendigen Informationen abzugeben hat. Wie diese Erklärungspflicht sicherzustellen wäre, ist unklar. Das wäre mit einem riesigen Aufwand verbunden. Auch wäre es ein mit grossen Kosten verbundenes Bürokratiemonster, wenn alle Bürger regelmässig und wiederkehrend Informationen erhalten müssten. Bitte folgen Sie der Mehrheit, lehnen Sie einen Systemwechsel auf ein Erklärungsmodell ab, und unterstützen Sie damit den Weg der erweiterten Widerspruchslösung.

In Artikel 8 Absatz 3 wird geregelt, ob eine Organspende zulässig ist, wenn die Angehörigen nicht erreichbar sind. Unsere Fraktion wird sich in dieser Frage gleich verhalten wie bei der Frage, ob die Organspende-Initiative zur Annahme empfohlen werden soll. Da also die FDP-Liberale Fraktion die Volksinitiative grossmehrheitlich unterstützt, wird sie auch grossmehrheitlich die Minderheit II (Nantermod) unterstützen. Da dieser Fall in der Praxis sehr selten ist und der Spender zu Lebzeiten seinen Willen nicht geäussert hat, sollen gemäss Antrag der Minderheit Nantermod die Organe automatisch entnommen werden dürfen. Die Mehrheit unserer Fraktion sieht die Vorteile einer solchen Regelung, um Leben zu retten. Die Möglichkeit, mit einer persönlichen Willenserklärung eine Organentnahme zu verbieten, bleibt jedem vorbehalten. Die Minderheit unserer Fraktion lehnt eine solche Regelung aus ethischen Gründen ab.

Ich bitte Sie, die restlichen Minderheitsanträge abzulehnen und dort jeweils der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Mäder Jörg (GL, ZH): Es geht in diesem ersten Block zunächst um die Frage, wie man herausfindet, ob jemand Organspender sein will oder nicht. Das ist eine Frage, die wir mit Fingerspitzengefühl angehen müssen. Wir haben es in der Debatte vorhin gehört, es geht doch um recht hohe ethische Werte. Für die einen sind es zentrale Fragen zum eigenen Leben, zur Religion, zur Philosophie und zum Körper, andere sehen das ein bisschen pragmatischer. Aber es ist eine Frage, die Fingerspitzengefühl erfordert. Von daher lehnen wir es ab, dass im Gesetz irgendwie "es muss sichergestellt werden, dass" festgeschrieben wird. Das würde genau das Gegenteil bewirken. Das würde irgendwelchen Druck ausüben. Ein permanentes Wiederholen würde zur Haltung "Ja, ich weiss, was der Staat von mir will, darum mache ich genau das Gegenteil" führen. Das würde die Sache nur komplizieren.

Wir fordern den Bund und auch alle anderen Verwaltungsebenen und Organisationen ganz klar auf, diese



Frage immer wieder an den richtigen Orten zu stellen. Aber dies soll eben nicht von einem Gesetz orchestriert sein. Wir fordern den Bundesrat auf, das wurde heute schon angesprochen, auch Leute, die hier Asylanträge stellen, darüber aufzuklären, wie die Situation in der Schweiz ist. So sind sie sich bewusst, dass das eine Frage ist, die in der Schweiz offen diskutiert wird – was sie von ihrem Land her vielleicht nicht kennen. Aber wie gesagt, wir lehnen es ab, das gesetzlich festzulegen.

Das Gleiche gilt auch bezüglich der Angehörigen und Vertrauenspersonen. Man sollte davon absehen, explizit Listen und Prioritäten festzulegen, egal ob auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe. Es handelt sich um ein sehr heikles Thema. Aber es gibt Leute, die es sich gewohnt sind und die Erfahrung darin haben, diese Fragen richtig zu stellen. Das sind die Leute, die dieses Thema in den Spitälern bearbeiten. Diese Leute werden sich untereinander schon austauschen, wie man es am besten angeht, damit sich die Leute eben nicht unter Druck gesetzt fühlen und damit sie genau wissen, was ihre Möglichkeiten sind. Aber das aus der Amtsstube heraus irgendwie zu legiferieren, egal auf welcher Ebene, ist kontraproduktiv. Bitte geben Sie dort den Leuten, die die Praxis haben, das nötige Vertrauen. Aus diesen Gründen lehnen wir alle Minderheitsanträge Amaudruz ab.

Jetzt kommen wir noch zur entscheidenden Sache, der Kaskade, wer wann welche Entscheidungen fällen kann. Das ist in drei Absätzen in Artikel 8 geregelt. Absatz 1 regelt ganz klar, dass der Betroffene die oberste Entscheidungsgewalt hat. Nach Absatz 1 Buchstabe b dürfen einer verstorbenen Person Organe entnommen werden, wenn die Person vor ihrem Tod der Entnahme nicht widersprochen hat. Das ist die Widerspruchslösung. In Absatz 2 werden die Angehörigen genannt. Ein kleiner Hinweis: Falls Sie die Diskussion mit Ihren Angehörigen vermeiden wollen, können Sie im Register die eine Haltung festlegen und gegenüber den Angehörigen eine andere Haltung vertreten. Zählen würde Absatz 1, also das, was im Register steht.

Jetzt ist aber die Frage, was geschieht, wenn auch die Angehörigen keine schlüssige Antwort geben können. Dann gilt Absatz 3: "Sind keine nächsten Angehörigen erreichbar, so ist die Entnahme unzulässig." Wenn Sie diesen Satz genau lesen und immer noch denken, dass wir hier von einer erweiterten Widerspruchslösung reden, dann irren Sie sich. Falls Sie wirklich eine Widerspruchslösung, ob im engen oder im erweiterten Sinn, unterstützen, dann müssen Sie hier der Minderheit II (Nantermod) folgen. Das ist genau das, was Ihnen die grünliberale Fraktion empfiehlt.

Berset Alain, conseiller fédéral: Ce premier bloc traite principalement de la licéité du prélèvement, des mesures médicales préliminaires, de la manière dont le personnel de l'hôpital doit procéder pour clarifier un éventuel refus de don. Dans le cadre des délibérations de votre commission, peu de modifications ont été apportées.

AB 2021 N 863 / BO 2021 N 863

Nous approuvons les décisions de la majorité de la commission. Nous proposons par contre de rejeter la totalité des propositions de minorité, notamment parce qu'elles nous semblent être de nature à créer une certaine incertitude sur ce qui prévaut. Nous cherchons avec cette évolution à introduire un modèle de consentement présumé. Le consentement présumé s'oppose à l'idée d'avoir un consentement qui doit d'abord être exprimé par les proches. C'est le consentement présumé de la personne décédée qui prime et ensuite une discussion avec les proches. Il faudrait veiller à ne pas créer de situations trop complexes à gérer, parce que l'on ne saurait pas exactement ce qui prévaut au moment où des décisions difficiles sont à prendre dans un contexte très émotionnel.

Nous avons également des réserves par rapport au modèle de l'obligation de déclaration. Cela a été dit au cours du débat. Ce modèle a d'abord été proposé comme alternative au consentement présumé. Maintenant c'est une sorte de complément; on peine à comprendre comment les choses pourraient bien fonctionner. Il faut être conscient que ce modèle pose toute une série de difficultés.

Il est par exemple prévu d'interroger la population dans les pharmacies. Cela ne permet pas de régler la fréquence des interrogations. On peut donc très bien donner un consentement dans une pharmacie et, une année plus tard, avoir changé d'avis, ce qui n'aura pas été corrigé. On peut aussi imaginer que si vous êtes à chaque fois confronté, dans une pharmacie ou chez le médecin, à la question du don d'organes, franchement, cela pourrait devenir lassant. Il nous semble que de ce point de vue, cela est difficile à mettre en place. Des questions liées aux coûts entrent aussi en ligne de compte. Si l'on doit imaginer que le sujet soit abordé lors d'une consultation tous les trois ans, cela pourrait aussi avoir des conséquences financières que nous ne souhaitons pas, sans compter que les conseils sollicités n'entrent pas dans le cadre de la LAMaI.

Bref, il nous semble que nous avons compris quelle était la volonté de la minorité. Nous avons approfondi cette discussion dans le cadre des débats. Le Conseil fédéral a mené cette discussion, qui a également été menée avec la commission. Et nous avons proposé, pour les raisons que j'exprime maintenant et que j'ai également exprimées tout à l'heure dans le cadre de l'entrée en matière, de ne pas soutenir ce modèle. Voilà pour les



éléments essentiels.

Je ne vais pas m'exprimer automatiquement sur les autres minorités. Je vais peut-être ajouter encore un mot sur celle qui concerne l'admissibilité du prélèvement lorsque les proches ne sont pas joignables. Nous proposons également de rejeter cette proposition de minorité. Il faut dire que ce qui est proposé par la minorité est ce que le Conseil fédéral avait mis en consultation. Et suite à la consultation, nous avons corrigé cet élément parce que nous souhaitons tout faire pour éviter la situation dans laquelle l'avis de la personne décédée était connu, cette dernière était contre le don d'organes, mais on ne l'apprend que trop tard. C'est cette situation que l'on essaie d'éviter, parce que cela ne nous semble pas de nature à stabiliser la discussion. De toute manière, nous partons de l'idée que c'est un cas qui devrait être extrêmement rare, puisqu'en général des proches sont contactés et sont joignables.

Je vous invite donc à suivre pour l'intégralité de ce bloc 1 la majorité de votre commission.

Wasserfallen Flavia (S, BE), für die Kommission: Ihre Kommission möchte mit diesem indirekten Gegenvorschlag, der eine erweiterte Widerspruchslösung vorsieht, Menschenleben retten, die Spendequote erhöhen und gleichzeitig auch erreichen, dass sich mehr Menschen der Schweizer Bevölkerung zu ihrem Spendewillen äussern. Es ist ganz wichtig zu wissen, dass verbunden mit diesem vorgeschlagenen Systemwechsel auch eine Intensivierung der Informationstätigkeit einhergeht. Das ist so vorgesehen. Insbesondere sollen auch Fremdsprachige und schwer erreichbare Gruppen erfasst werden, damit wirklich sichergestellt ist, dass der Modellwechsel bekannt ist. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz müssen wissen, dass sie es hinterlegen müssen, wenn sie keine Organe spenden wollen.

Nun haben wir intensiv über die verschiedenen Modelle gesprochen. Wir haben bei Artikel 7a die Minderheit Amaudruz vorliegen, die ein weiteres Modell in die Diskussion bringen möchte, das sogenannte Erklärungsmodell. Wir haben uns in der Kommission intensiv damit auseinandergesetzt und der Verwaltung Aufträge erteilt, weil sich mit der Umsetzung eines Erklärungsmodells doch vielfältige Fragen stellen. Wir haben uns damit auseinandergesetzt, weil ja auch die Ethikkommission dieses Modell eingebracht hat.

Noch einmal: Es ist wirklich das Ziel, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner über 16 Jahren wissen, dass sie ihren Entscheid zur Organspende festhalten sollen und über ihre Rechte informiert sind. Das ist klar.

Eine Realität ist auch, dass das Bundesamt für Gesundheit aktuell 1,5 Millionen Franken pro Jahr für TV-Spots, Kampagnenmaterial, Give-aways oder für das Auflegen und Verteilen von Spendekarten ausgibt, um möglichst viele Menschen zu erreichen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen und ermuntert werden sollen, ihren Entscheid zur Organspende festzuhalten. Wo stehen wir heute? Wir haben es gehört: Im Register von Swisstransplant sind 100 000 Menschen registriert, was 1,2 Prozent der Bevölkerung entspricht. Weitere haben eine Spendekarte ausgefüllt.

Wenn wir schon von einer Informationskampagne sprechen – Kollege Köppel hat das eingangs ebenfalls vehement verlangt und als Lösung dargestellt –, so sollte man, meine ich, auch von den Medien erwarten können, dass sie in diesem Bereich eine gewisse Rolle einnehmen, indem sie über die Spendemöglichkeiten und die Transplantationen informieren. In Ihrem Medium, Herr Köppel, habe ich für den Zeitraum der letzten zwei Jahre keinen einzigen Treffer zu diesem Thema gefunden.

Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit ist es mit vertretbarem Aufwand nicht möglich sicherzustellen – und das ist genau die Formulierung der Minderheit Amaudruz –, dass die ganze Bevölkerung eine Erklärung zur Organspende abgibt. Nebst dem Effekt, dass der administrative Aufwand und die Kosten, die damit verbunden sind, erheblich wären, bestünde auch die Gefahr, dass man die Bevölkerung, die einzelnen Menschen, damit ein wenig überfordern könnte und dass Ermüdungserscheinungen und negative Auswirkungen eintreten könnten. Ausserdem stellt sich auch die Frage, wie der Bund mit diesem Auftrag, sicherzustellen, dass sich alle äussern, umginge. Was geschieht, wenn das nicht gelingt? Gibt es Konsequenzen bei Nichtbefolgung? Es ist ja schwer vorstellbar, hier eine Sanktion vorzusehen. Das wäre wohl nicht verhältnismässig.

Es haben sich wirklich viele Umsetzungsfragen gestellt. Auch wenn das Ziel wünschenswert bleibt, ist Ihre Kommission zum Schluss gekommen, dass ein sogenanntes Erklärungsmodell keine valable und umsetzbare Alternative zum Grundgedanken des indirekten Gegenvorschlages darstellt. Die Kommission hat den Antrag Amaudruz mit 13 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Noch eine wichtige Bemerkung: Sollten Sie den Minderheitsantrag Amaudruz annehmen, müssten wir auch die Ausgabenbremse lösen. Denn in Artikel 7a Absatz 4 ist das kassenpflichtige Angebot einer Beratung über die Organspende und eines Eintrages in das Register vorgesehen. Das würde in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu Mehrkosten von bis zu 160 Millionen Franken führen. Diese Mehrkosten würden dann wiederum eine Erhöhung des Beitrags des Bundes an die Prämienverbilligung nach sich ziehen. Deshalb müssten wir die Ausgabenbremse lösen.



Dann noch zu Artikel 8, der die Voraussetzungen zur Entnahme von Organen regelt. Die erste Voraussetzung bleibt selbstverständlich gleich: Der Tod muss festgestellt werden. Neu ist, dass man vor dem Tod nicht einer Organentnahme zugestimmt haben muss, sondern dass die Entnahme eben zulässig ist, wenn man zu Lebzeiten nicht widersprochen hat.

Jetzt kommt noch die Rolle der Angehörigen hinzu, die ganz wichtig ist. Neu können die Angehörigen gemäss Absatz 3 ein sogenanntes Vetorecht erhalten, wenn keine Äusserung bekannt ist. Dazu ist vielleicht noch wichtig zu sagen – das

AB 2021 N 864 / BO 2021 N 864

haben wir bisher noch nicht gehört -: Die Definition der Angehörigen ist wirklich sehr breit gefasst. Es geht nicht allein nur um das Verwandtsein, sondern um ein nahes Verhältnis. Die Vertrauensperson hat Vorrang vor den übrigen Angehörigen.

Es gibt noch verschiedene Minderheitsanträge Amaudruz, die im Zusammenhang mit dem Erklärungsmodell zu sehen sind. Diese sind in der Kommission in einer sogenannten Konzeptabstimmung behandelt worden.

Einen wichtigen Punkt betreffen zwei Minderheitsanträge zu Artikel 8 Absatz 3, wo die Frage geklärt werden soll, was passiert, wenn innerhalb der Frist, die in der Verordnung geregelt wird und die normalerweise zwischen 12 und 24 Stunden beträgt, keiner der Angehörigen – diese Kategorie ist breit definiert – erreicht werden kann. Der Bundesrat hat nach der Vernehmlassung eingeführt, dass in diesem Fall, wenn keine Angehörigen erreicht werden können, die Organentnahme nicht zulässig ist. Die Minderheit I (Amaudruz) und die Minderheit II (Nantermod) möchten hier trotzdem die Zulässigkeit einführen. Ihre Kommission hat sich in dieser Grundsatzfrage mit 17 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung dazu entschlossen, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben.

Somit habe ich alle Minderheiten behandelt. Wie gesagt, bei den Minderheitsanträgen Amaudruz zu Artikel 8 Absatz 5, Artikel 8b Sachüberschrift und auch Artikel 10 Absatz 1 ist die Kommission der Meinung, dass man hier durch eine Ergänzung der Zustimmungslogik mehr Verwirrung stiften und den Grundsatz verwässern würde. Das steht natürlich auch im Zusammenhang mit ihrem Entscheid zu Artikel 7a, dem Erklärungsmodell.

Nantermod Philippe (RL, VS), pour la commission: Dans ce bloc 1, la première minorité, aux articles 7a, 10a alinéa 5 lettre c, 8b concernant son titre, et 10 alinéa 1, est un projet de notre collègue Amaudruz. Elle propose d'introduire un modèle de déclaration explicite. La Confédération devrait prendre des mesures pour que chacun fasse part de son choix sur le don d'organes, dans un registre national, avec des rappels réguliers et l'appui du système de santé pour conseiller les citoyens à ce sujet. En cas d'absence de déclaration, le consentement présumé s'appliquerait. Le but visé par cette proposition est que l'on ne doive s'en remettre à une présomption que dans une minorité de situations, et que la majorité des citoyens trouvent l'occasion de s'exprimer et d'inscrire leur volonté dans le registre national.

La minorité ne revient ainsi pas directement sur le principe du consentement explicite, mais insiste sur l'importance pour tout un chacun de déclarer sa volonté s'agissant du don d'organes, ce que nous connaissons déjà aujourd'hui avec les succès mitigés que l'on sait. Ainsi, cette proposition rejoint en partie les minorités Nantermod à l'article 10a, qui seront traitées dans le bloc 2.

La majorité, de son côté, souhaite s'en tenir à la version du Conseil fédéral, avec un registre des déclarations. Les appels récurrents à exprimer sa position sur le sujet peuvent s'avérer lassants et être perçus comme des limitations des droits individuels. Par ailleurs, l'appareil administratif à mettre en oeuvre pour récolter régulièrement ces déclarations pourrait, selon le Conseil fédéral, être important et coûter une véritable petite fortune. Les coûts sont estimés entre 140 et 160 millions de francs par année pour les consultations relatives au don d'organes. Ainsi, cette version paraît superflue et irréaliste pour la majorité, alors qu'un registre existera déjà.

Par 13 voix contre 10 et 1 abstention, la commission a décidé de rejeter la proposition défendue par la minorité Amaudruz.

A l'article 8 alinéa 3, il est question du prélèvement lorsque aucune volonté dans le registre des déclarations n'est connue et lorsque aucun proche n'est connu. C'est la situation qui peut se produire lorsqu'un décès a lieu sans qu'on connaisse de proche à contacter et sans que la personne ait fait enregistrer sa volonté dans le registre des déclarations. La situation qui prévaudrait selon la règle du consentement présumé que nous adoptons aujourd'hui dans le contre-projet voudrait que la personne soit présumée consentante au don d'organes.

Comme l'a relevé le conseiller fédéral Alain Berset, c'était la teneur du projet du Conseil fédéral soumis à consultation. Mais la majorité des retours de la consultation estiment qu'il y aurait là un problème, que ce serait



considéré comme une ingérence trop forte dans les libertés individuelles et que des personnes pourraient s'en trouver lésées. Dès lors, il y a là une exception au principe du consentement présumé. Les personnes qui n'ont pas de proche connu se verraient appliquer la règle actuelle du consentement explicite.

Les minorités I (Amaudruz) et II (Nantermod) considèrent qu'il n'y a pas de raison justifiée de revenir sur le principe du consentement présumé. Certes, dans le cadre d'une campagne précédant une votation populaire, ce cas de figure très particulier et relativement rare serait peut-être difficile à défendre. Mais, selon les deux minorités précitées, l'exception ne se justifie que par des arguments objectifs; l'argument de la campagne avant une votation populaire est insuffisant. Si nous voulons passer au principe du consentement présumé, il faut qu'il s'applique dans toutes les situations, y compris aux cas de personnes qui n'ont pas de proche dans leur entourage, charge à elles de faire enregistrer leur volonté dans le registre des déclarations national.

La majorité de la commission a estimé que les propositions Nantermod et Amaudruz étaient mauvaises et qu'il ne fallait pas provoquer de cas de conscience pour les quelques situations rarissimes qui pourraient plutôt crispier les positions.

Par 17 voix contre 7 et 1 abstention, la commission a rejeté la proposition défendue par la minorité I (Amaudruz) et, par 15 voix contre 9 et 1 abstention, celle que défend la minorité II (Nantermod).

Enfin, à l'article 8 alinéa 5, il y a encore une minorité Amaudruz qui concerne une modification du droit en vigueur pour que l'on prenne en compte la volonté de la personne décédée figurant dans le registre des déclarations plutôt que la volonté rapportée par les proches. Si on lit le texte proposé par la minorité de notre collègue Amaudruz, on estime de prime abord que ce qu'elle souhaite est marqué au coin du bon sens. On a l'impression que l'on tiendrait compte avant tout de la volonté de la personne décédée puisqu'il est écrit que l'on doit tenir compte de ce qui figure dans le registre des déclarations. Le droit actuel prévoit que c'est la volonté de la personne décédée qui prime.

La majorité de la commission estime qu'il vaudrait mieux s'en tenir à la volonté de la personne décédée.

Pourquoi? Simplement parce que la volonté de la personne décédée peut être ce qui figure dans le registre – en principe, c'est ce que nous devrions avoir comme cas de figure le plus fréquent – mais il peut arriver aussi que, peu avant le décès, la personne déclare quelque chose de contradictoire avec ce qui se trouve dans le registre. Quelqu'un qui était jusque-là défavorable au don d'organes peut, au dernier moment, décider soudainement de vouloir donner ses organes ou, à l'inverse, quelqu'un qui y était favorable peut, au dernier moment, face à la mort, changer d'avis.

Du point de vue de la majorité, il convient de s'en tenir au droit en vigueur qui prévoit que c'est la volonté de la personne au dernier moment – que cette volonté soit rapportée par le registre ou par les proches ne change rien – qui doit faire foi.

C'est pour cette raison que, par 15 voix contre 7 et 2 abstentions, la commission vous propose de nous en tenir au droit en vigueur et de ne rien changer.

Art. 7a

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Titel

Erklärung über Willensäusserung

Abs. 1

Der Bund stellt sicher, dass alle in der Schweiz wohnhaften Personen eine Erklärung zur Organspende abgeben, und gewährleistet, dass sie die hierfür notwendigen Informationen erhalten. Die Erklärung kann neben einer Zustimmung oder einem Widerspruch auch darin bestehen, dass sich die Person nicht zur Organspende äussern will.

Abs. 2

Der Bund stellt sicher, dass eine Erklärung für oder gegen eine Organspende in einem nationalen Register festgehalten

AB 2021 N 865 / BO 2021 N 865

wird und jederzeit durch die erklärende Person geändert oder gelöscht werden kann.

Abs. 3

Für den Fall, dass eine Person keine Erklärung abgegeben hat, gelten Artikel 8 Absätze 1 bis 5.

Abs. 4

Der Bund bestimmt Institutionen und Medizinalpersonen, welche bei Behördengängen oder bei medizinischen Behandlungen und Beratungen neutrale Informationen über das Organ- und Gewebespenderegister abgeben.



Spitäler, Apotheken sowie Medizinalpersonen können eine neutrale, kassenpflichtige Beratung über die Organ- und Gewebespende und den Eintrag in das Organ- und Gewebespenderegister anbieten. Die Tarifpartner der Leistungserbringer und Versicherer regeln die Abgeltung in Tarifverträgen oder vereinbaren je eine Pauschale für die Beratung und für den Eintrag in das Organ- und Gewebespenderegister oder eine Änderung eines Eintrags.

Art. 7a*Proposition de la minorité*

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Titre

Explications sur la déclaration

Al. 1

La Confédération s'assure que toutes les personnes domiciliées en Suisse remettent une déclaration sur le don d'organes et qu'elles reçoivent les informations nécessaires à ce sujet. Outre le consentement ou le refus, la déclaration peut aussi porter sur la renonciation de la personne à s'exprimer sur le don d'organes.

Al. 2

La Confédération s'assure en outre qu'une déclaration en faveur ou contre le don d'organes soit inscrite dans un registre national et qu'elle puisse être modifiée ou effacée en tout temps par son auteur.

Al. 3

Lorsqu'une personne n'a pas remis de déclaration, l'article 8 alinéas 1 à 5 est applicable.

Al. 4

La Confédération détermine les institutions et les médecins qui donnent des informations neutres sur le registre des déclarations relatives au don d'organes et de tissus lors de démarches administratives ou de traitements et de consultations. Les hôpitaux, les pharmacies et les médecins peuvent proposer un conseil neutre, à la charge de l'assurance obligatoire des soins, à propos du don d'organes et de tissus et de l'inscription dans le registre. Les partenaires tarifaires des fournisseurs de prestations et des assureurs règlent l'indemnisation dans des conventions tarifaires ou conviennent d'un forfait pour le conseil et d'un forfait pour l'inscription dans le registre des déclarations relatives au don d'organes et de tissus, ou pour la modification d'une inscription.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 10a Absatz 5 Buchstabe c.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22881)

Für den Antrag der Minderheit ... 30 Stimmen

Dagegen ... 150 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 8*Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Liegt weder ein Widerspruch, eine Zustimmung, noch eine andere Äusserung ...

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3bis

Hat die verstorbene Person die Entscheidung über die Entnahme von Organen, Geweben oder Zellen nachweisbar einer Person ihres Vertrauens übertragen, so tritt diese an die Stelle der nächsten Angehörigen.

Abs. 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

Unverändert

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Abs. 2

... Entnahme widersprechen oder zustimmen. Sie haben dabei den mutmasslichen Willen der verstorbenen



Person zu beachten. Können sie sich nicht auf einen Widerspruch einigen, so gilt Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b.

Antrag der Minderheit I

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Abs. 3

... so gilt Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b.

Antrag der Minderheit II

(Nantermod, Hess Lorenz, Mäder, Mettler, Moret Isabelle, Porchet, Sauter, Silberschmidt, Wasserfallen Flavia)

Abs. 3

... so ist die Entnahme zulässig.

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Abs. 5

Der Wille der betroffenen Person im Organ- und Gewebespenderregister oder in einer Patientenverfügung oder in einem ähnlich verbindlichen Dokument hat zwingend Vorrang vor Äusserungen von nahen Angehörigen.

Art. 8

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... de refus, de consentement ou de toute autre ...

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3bis

S'il est prouvé que la personne décédée a délégué à une personne de confiance la compétence de prendre une décision concernant un prélèvement d'organes, de tissus ou de cellules, cette dernière agit en lieu et place des proches.

Al. 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

Inchangé

Proposition de la minorité

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Al. 2

... peuvent s'opposer ou consentir au prélèvement. Ils doivent respecter la volonté présumée de la personne décédée. S'ils ne parviennent pas à s'entendre sur un refus, l'article 8 alinéa 1 lettre b est applicable.

Proposition de la minorité I

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Al. 3

... l'article 8 alinéa 1 lettre b est applicable.

AB 2021 N 866 / BO 2021 N 866

Proposition de la minorité II

(Nantermod, Hess Lorenz, Mäder, Mettler, Moret Isabelle, Porchet, Sauter, Silberschmidt, Wasserfallen Flavia)

Al. 3

... le prélèvement est autorisé.



Proposition de la minorité

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Rösti, Schläpfer)

Al. 5

La volonté de la personne décédée figurant dans le registre des déclarations relatives au don d'organes et de tissus, dans des directives anticipées ou dans un autre document de même nature l'emporte sur les déclarations des proches.

Abs. 2 – Al. 2

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 8b Absätze 1, 3 und 4, Artikel 10a Absatz 1 und Artikel 61 Absatz 2 Buchstabe a.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22883)

Für den Antrag der Mehrheit ... 149 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 33 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Abs. 3 – Al. 3

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22884)

Für den Antrag der Minderheit II ... 112 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 74 Stimmen

(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22885)

Für den Antrag der Mehrheit ... 92 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 87 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Abs. 5 – Al. 5

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22886)

Für den Antrag der Mehrheit ... 140 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 44 Stimmen

(1 Enthaltung)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 8a

Antrag der Kommission

Titel

Mindestalter

Text

Hat eine Person das 16. Altersjahr zurückgelegt, so kann sie selbstständig darüber entscheiden, ob ihr Organe, Gewebe oder Zellen entnommen werden dürfen.

Art. 8a

Proposition de la commission

Titre

Age minimum



Texte

Toute personne âgée de 16 ans révolus peut décider de manière autonome si ses organes, tissus ou cellules peuvent être prélevés.

Angenommen – Adopté

Art. 8abis

Antrag der Kommission

Titel

Widerruf

Text

Ein Widerspruch, eine Zustimmung oder eine andere Äusserung zur Spendebereitschaft kann jederzeit widerrufen werden.

Art. 8abis

Proposition de la commission

Titre

Refus

Texte

Un refus, un consentement ou toute autre déclaration relative à la disposition à faire un don peuvent être révoqués en tout temps.

Angenommen – Adopté

Art. 8b

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

... ein Widerspruch, eine Zustimmung oder eine andere ...

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Ist ein Widerspruch, eine Zustimmung oder eine andere ...

Abs. 4

... ein Widerspruch, eine Zustimmung noch eine andere ...

Abs. 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Titel

Abklärung des Widerspruchs oder der Zustimmung

Abs. 4

... so sind sie über ihr Widerspruchs- und Zustimmungsrecht nach Artikel ...

Art. 8b

Proposition de la majorité

Al. 1

... si un refus, un consentement ou toute autre ...

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Si aucun refus, aucun consentement ou aucune autre ...

Al. 4

... ni d'un refus, ni d'un consentement, ni d'une autre ...

Al. 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Titre

Clarification de l'existence d'un refus ou d'un consentement

Al. 4

... ils sont informés du droit de s'opposer ou de consentir au prélèvement ...

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22887)

Für den Antrag der Mehrheit ... 144 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 40 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Abs. 1, 3 – Al. 1, 3

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Wir haben schon bei Artikel 8 Absatz 2 über den Antrag der Minderheit Amaudruz abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

AB 2021 N 867 / BO 2021 N 867

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 10

Antrag der Mehrheit

Abs. 1–4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4bis

Artikel 8 Absatz 3bis gilt sinngemäss.

Abs. 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Abs. 1

... Abklärung des Widerspruchs oder der Zustimmung durchgeführt werden.

Art. 10

Proposition de la majorité

Al. 1–4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4bis

L'article 8 alinéa 3bis est applicable par analogie.

Al. 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Al. 1

... clarifier si un tel refus ou consentement existe.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sondersession Mai • Vierte Sitzung • 05.05.21 • 08h00 • 20.090
Conseil national • Session spéciale mai • Quatrième séance • 05.05.21 • 08h00 • 20.090



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22888)

Für den Antrag der Mehrheit ... 144 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 41 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr

La séance est levée à 12 h 55

AB 2021 N 868 / BO 2021 N 868

